Kohlsdorf, Karl

Geschichte der Leipziger Ökonomischen...

[S.l.]

1913

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED -- EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

 Kohlsdorf, Karl, 1883-
Geschichte der Leipziger ökonomischen sozietät.
Leipzig, 1913.
69 p.

Thesis. Leipzig.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: 12:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 11/9/98 INITIALS: WW

TRACKING #: 33079

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

BIBLIOGRAPHIC IRREGULARITIES

MAIN ENTRY: Kohlsdorf, Karl

Geschichte der Leipziger Ökonomischen Sozietät

Bibliographic Irregularities in the Original Document:

List all volumes and pages affected; include name of institution if filming borrowed text.

____ Page(s) missing/not available: ____

____ Volume(s) missing/not available: ____

____ Illegible and/or damaged page(s) ____

____ Page(s) or volume(s) misnumbered: ____

____ Bound out of sequence: ____

____ Page(s) or volume(s) filmed from copy borrowed from: ____

X Other: pagination: 1-[73]

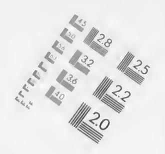
____ Inserted material: ____

TRACKING #: MSH33079

2.5 mm abcdefghijklmnopqrstuvwxyz 1234567890

2.0 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

1.5 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890



PM-MGP
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

200 mm

150 mm

100 mm

1.0 1.1 1.25 1.4 1.6 1.8 2.0 2.2 2.5 2.8 3.2 3.6 4.0 4.5 5.0

1.0 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

1.5 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

2.0 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ abcdefghijklmnopqrstuvwxyz 1234567890

2.5 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ abcdefghijklmnopqrstuvwxyz 1234567890

A5

A4

A3

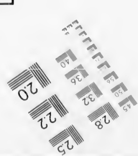
PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

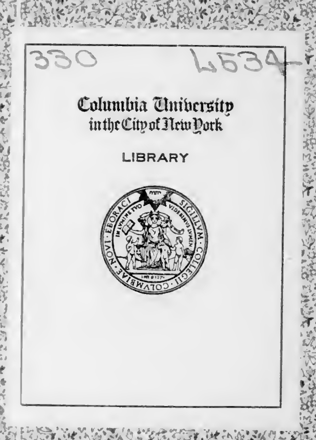
A&P

A & P International
612/854-0088 FAX 612/854-0482
8030 Old Cedar Ave. So., Ste. #215
Bloomington, MN 55425

4.5 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ abcdefghijklmnopqrstuvwxyz 1234567890

3.5 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890





5

Geschichte der Leipziger Ökonomischen Sozietät.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Hohen Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig

vorgelegt von

Karl Kohlsdorf

aus Steinbach i. Sachsen.

Leipzig 1913.

Druck von Alexander Edelmann

Universitäts-Buchdrucker.

Angenommen von der II. Sektion auf Grund
der Gutachten der Herren
Kirchner und Stieda.

Leipzig, den 22. April 1913.

Der Prokanzellar:
Le Blanc.

Die Dissertation erscheint in wesentlich unverändertem Wortlaute und unter dem gleichen Titel
als selbständige Schrift.

I. Von der Gründung der Ökonomischen Sozietät bis zur Entstehung der Ökonomischen Gesellschaft zu Dresden.

Der siebenjährige Krieg war vorüber, der Friede von Hubertusburg am 15. Februar 1763 geschlossen worden; aber das Kurfürstentum Sachsen blutete noch aus tausend Wunden, und sein Zustand war über alle Maßen traurig. Erklärte doch Friedrich der Große selbst, daß neben Preußen kein Land durch den Krieg so gelitten habe wie Sachsen, wo dieser begonnen und geendet hatte. Wenn Friedrich der Große selbst die Kontributionen, die ihm hatten entrichtet werden müssen, auf 40—50 Millionen Taler veranschlagt, so darf man wohl deren ganzen Betrag, da auch Oesterreicher, Franzosen und Reichstruppen dem Lande viel gekostet hatten, auf 70 Millionen und, wenn man den Verlust durch Plünderung und Brand noch in Betracht zieht, den gesamten Schaden des Landes auf mehr als 100 Millionen Taler berechnen. Die Bevölkerungszahl hatte während der Kriegsjahre, statt zuzunehmen, um volle 90000 Seelen abgenommen. Manche Städte und eine Unzahl Dörfer waren teilweise oder ganz zerstört worden; eine unerschwingliche Schuldenlast schien das Land erdrücken zu wollen. Der Handel, der schon vor dem Kriege durch die mangelhafte Verwaltung und die preußische Grenzsperre gelitten hatte, begann sich aus Sachsen wegzuwenden, die Nachbarn lernten sich ohne Sachsen zu behelfen. Die Kriegskontributionen, denen Leipzig während des Krieges ausgesetzt war, bewirkten, daß der Kredit und die Solidität des Handels zurückgingen, daß viele Kaufleute Leipzig verließen, und daß der Wechselhandel sich zum Teil nach Frankfurt am Main zog. Die Manufaktur verfiel infolge der Schwierigkeit des Absatzes und der Krieg nahm ihr die Arbeiter. Auch dem Ackerbau, der unter den Kontributionen und anderen Übeln des Krieges stark zu leiden hatte, fehlte es an Menschenkräften. Der Boden lag unbebaut, und das noch vorhandene Vieh wurde von Seuchen hinweggerafft.

In dieser großen Not suchten sowohl der Kurprinz und spätere Kurfürst Friedrich Christian, wie auch die Stände Sachsens nach Mitteln und Wegen zur Hebung des Wirtschaftslebens, und die am 14. Oktober 1763 abgehaltene allgemeine Landesversammlung zu Dresden war der Anlaß, für eine größere Vereinigung zu werben, die zunächst „Land- und stadtwirtschaftliche Leipziger Kreisgesellschaft" benannt wurde. Unterzeichnet hatten das hierzu auffordernde Schreiben außer

Peter Freiherrn von Hohenthal auf Cossa, Vizepräsidenten des Ober-Konsistoriums, dem eigentlichen Begründer der Gesellschaft,

Detlev Carl Graf von Einsiedel auf Wolkenburg, Mückenberg ꝛc., Kreishauptmann des Leipziger Kreises,
Wolfgang George Welck, Oberpostamtsdirektor in Leipzig,
Dr. Andreas Wagner auf Zweinaundorf, Geheimer Kammer- und Bergrat,
Dr. Johann Carl Gehler, Professor der Botanik in Leipzig,
Johann August Schilling, Gräflich Reußischer Rat.

Nach vorbereitenden Unterredungen und Entwürfen wurde, wie das Protokoll vom 26. Mai 1764 bezeugt, an diesem Tage die Gesellschaft als „Leipziger ökonomische Societät" begründet.

Am 28. Februar 1765 wurde das Statut bestätigt wie folgt:

Wir Xaverius von Gottes Gnaden, Königlicher Prinz in Polen und Littauen ꝛc., Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve, Berg, Engern und Westphalen, Landgraf in Thüringen, Marggraf zu Meißen, auch der Ober- und Niederlausitz, gefürsteter Graf zu Henneberg, Graf zu der Mark, Ravensberg, Barby und Hanau, Herr zu Rabenstein ꝛc., der Chursachsen Administrator ꝛc., in Vormundschaft Unseres freundlich geliebten Herrn Vetters, des Churfürsten zu Sachsen, Friedrich August Lbdl für Selbde, Dero Erben und Nachkommen thuen kund:

Demnach uns das von mehreren Privatis, unter der Benennung der „Leipziger ökonomischen Societät" verabredete Institutum einer auf Beförderung des gesamten Nahrungsstandes abgezweckten Vereinigung zu ausnehmendem gnädigsten Gefallen gereichte; daß wir daher auf derselben unterthänigstes Ansuchen nicht nur sothanes Institutum an sich mildest genehmiget, sondern auch insbesondere die diesfalls errichteten Statuta, wie solche folgendermaßen lauten: . . . . (s. Anhang), bestätiget, auch gedachter Gesellschaft das Befugnis, sich eines eigenen Siegels, nach der uns überreichten Zeichnung, zu bedienen, hierdurch ausdrücklich ertheilet haben. Thun das auch in jetziger Administration, und wie ob berührt, von Vormundschaftswegen, hiermit und in Kraft dieses, und wollen, daß solchen Statutis in allen und jeden Punkten, Klausuln, Inhalt und Meinungen nachgegangen und darwider nichts getan noch gehandelt werde. Jedoch Sr. Lbdl. Dero Erben und Nachkommen an IHREN hohen Landesfürstlichen Regalien und Gerechtigkeiten, wie die Namen haben mögen, auch sonst männiglich an seinen Rechten ohne Schaden.

Zu Urkund haben WIR UNS eigenhändig unterschrieben, und UNSERES Herrn Vetters Lbdl. größeres Insiegel hieran hängen lassen.

So geschehen und gegeben zu Dreßden, am Acht und Zwanzigsten Monats-Tage Februarii, nach Christi Jesu, unseres lieben Herrn, einigen Erlösers und Seligmachers Geburt, im Ein Tausend Siebenhundert Fünf und Sechzigsten Jahre.

XAVERIUS.
Hieronymus Friedrich von Stammer.
Gottlob Benedict Lochmann,
S.

Noch heute ist die Bestätigungsurkunde dem Statute angedruckt und dieses selbst noch allermeist in dem ursprünglichen Wortlaute der Entstehungszeit gehalten, im Artikel XIII durch eine Anmerkung verändert und sonst durch einen Nachtrag, welcher

die §§ IV und VIII umgestaltet, welche durch Zusätze vom 20. Januar 1861 erweitert worden. Nachtrag und Zusätze sind von der Königlichen Regierung bestätigt worden.

Über die Stiftung selbst liegt noch eine Anzeige vom 26. Mai 1764 vor, die sowohl die Hauptbestimmungen der künftigen Statuten, als auch die Namen der Mitglieder, des Direktors und der acht Deputierten enthält. Diese „Erste Anzeige von der neuerrichteten Leipziger ökonomischen Societät" hat folgenden Wortlaut:

„Die Verbindlichkeit, mit vereinigten Kräften an der Beförderung des allgemeinen Besten zu arbeiten, hat die Errichtung einer Gesellschaft veranlasset, welche den Nahrungsstand überhaupt, als Land- und Stadtwirthschaft, Manufakturen und Handlungen im weitesten Umfange, zum Gegenstande ihrer Beschäftigungen macht.

I.

Die Glieder der Gesellschaft, so nur aus hiesigen Landeseinwohnern genommen werden, sind theils ordentliche Mitglieder, theils Ehrenmitglieder. Erstere verbinden sich zu einem ordentlichen unter § V determinirten Geldbeytrage, und hat jedes ein Votum deliberativum; letztere haben nur Vota consultativa, und werden zwar, wie die ordentlichen, der Gesellschaft zur Erhaltung ihrer Endzwecke, allen nöthigen Vorschub leisten, ob sie aber, bey der Aufnahme in die Gesellschaft, als bey anderen vorkommenden Gelegenheiten, zu den gemeinschaftlichen Anlagen, etwas beytragen wollen oder nicht, ingleichen ob diese ihre freywilligen Beyträge mit Hinzusetzung ihrer Namen bekannt gemacht werden sollen, ist ihrem Willkür überlassen.

II.

Die Gesellschaft hat einen Director und eine beständige Deputation, welche aus 8 Personen bestehet. Director und Deputati werden in den allgemeinen Zusammenkünften aus den ordentlichen Mitgliedern erwählet; und behalten ihre Functionen 2 Jahre; damit aber die Deputation allezeit mit der Sachen kundigen Personen besetzt sey, so hat die Einrichtung dergestalt getroffen, daß von den acht Deputierten in jedem Jahre nur viere abgehen, und an deren Statt vier neue erwählet werden. Außer diesen ist zur Haltung des Protocolls, Führung der Rechnungen und der Correspondenz, ein beständiger Secretär bestellet.

III.

In jeder Oster- und Michaelismesse, werden am Dinstage in der Zahlwoche, ohne vorhergegangene besondere Einladung darzu, allgemeine Zusammenkünfte gehalten; doch können auch außerordentliche Zusammenkünfte, von dem Directore, oder in dessen Abwesenheit, dem jedesmaligen Vorsitzenden, wenn er solche für nothwendig erachtet, veranstaltet werden. Es werden darinnen die eingesendeten Aufsätze und Abhandlungen abgelesen und geprüfet, um davon, nach Befinden, nützlichen Gebrauch zum Besten des Publici zu machen; die Cassenrechnungen abgenommen; der Gesellschaft von allen demjenigen, was sie und ihre Absichten angehet, durch den Secretarium Vorträge gethan; die Wahlen neuer Mitglieder, des Directoris, der Deputatorum, wenn dergleichen

abgegangen sind, des Secretarii per majora vorgenommen; Preise ausgesetzt, und nach Untersuchung der eingesendeten Auflösungen der Aufgaben, gehörig vertheilet; und alles verabhandelt, was dem Zwecke der Gesellschaft gemäß ist.

IV.

Die Beschäftigung der Deputation, welche wenigstens aller 6 Wochen in Leipzig zusammenkommt, wird dahin gerichtet seyn, die Arbeit der ganzen Gesellschaft außer den allgemeinen Zusammenkünften ununterbrochen fortzusetzen, zu unterhalten, zu betreiben, und durch Einziehung nützlicher Nachrichten, Prüfung der eingehenden, auch sonst jene allgemeinen Beratschlagungen der ganzen Gesellschaft zu präpariren. Sie resolvirt ebenfalls per plurima, jedoch nur unter sich, obschon jedem Mitgliede der Gesellschaft freystehet, der Deputation beyzuwohnen.

V.

Der Beytrag der ordentlichen Mitglieder bestehet in 5 Rthl. bey der Reception, so denn 5 Rthl. bey der Oster= und 5 Rthl. bey der Michaelis=Zusammenkunft; von dessen Entrichtung doch diejenigen Gelehrten, Manufacturisten, Künstler, Handwerker, Förster und Landwirthe ausgenommen sind, welche die Gesellschaft zu ihrem Beytritte selbst ersuchen wird. Die säumigen Contribuenten werden, wenn sie nach Verlauf von 2 Terminen ihren Beytrag nicht geleistet haben, ohne Ansehung der Person, der Qualität eines Mitgliedes entsaget zu haben erachtet; und solchem nach aus denen von Zeit zu Zeit bekannt zu machenden Verzeichnissen der Mitglieder, herausgelassen. Wenn aber in den allgemeinen Zusammenkünften, zu nützlichen Versuchen und dergleichen, außerordentliche Beyträge beliebet werden sollten; so bleiben dieselben ohne allen Zwang, auf freiwillige Subscription gestellet.

VI.

Die Mitglieder der Gesellschaft sind zwar nicht eigentlich zu gewissen Arbeiten und Einsendung einzelner Abhandlungen verbunden; doch ist die Correspondenz in sofern eine Obliegenheit, welche sie durch den Eintritt in die Gesellschaft übernehmen, daß sie nehmlich von allen dem, was in das Ganze des Nahrungsstandes, es sey nun zu dessen Beförderung oder Verfalle, einen beträchtlichen Einfluß hat, sobald ihnen dergleichen bekannt wird, der Deputation, jedoch zur Erleichterung der gemeinschaftlichen Casse, franco Nachricht ertheilen.

VII.

Die Prämien, welche die Gesellschaft jährlich auf nützliche Abhandlungen und Versuche in den öffentlich bekannt zu machenden Aufgaben aussetzt, werden in allgemeinen Versammlungen ausgetheilt.

VIII.

Endlich ladet die Gesellschaft alle ihre an der Beförderung der Oekonomie und des Nahrungsstandes überhaupt, insonderheit die an dem Wohlstande des Vaterlandes

theilnehmenden Landsleute, ein, sich mit ihr zur Erreichung ihres Endzwecks zu vereinigen; sie wird von jedem Landwirthe, wes Standes er sey, auch vom Bauernstande, von Künstlern, Handwerksleuten, Förstern, Gärtnern rc., Versuche und Arbeiten annehmen; behält sich auch vor, aus allen Ständen Mitglieder zu ernennen, wenn sie sich besonders hervorthun.

IX.

Die gegenwärtig bey Stiftung der Gesellschaft zusammen verbundenen Mitglieder sind nach der Ordnung ihrer Unterzeichnung folgende:

a) Ordentliche Mitglieder:

1. Johann Georg Friedrich, Graf von Einsiedel, Excellenz auf Gersdorf rc., Churfürstl. Sächss. Cabinets=Ministre und Staats=Secretair.
2. Johann Friedrich Graf Vitzthum von Eckstädt, auf Welkau, Churfürstl. Sächss. Generallieutenant von der Cavallerie, und Obrister von der Guarde du Corps.
3. Peter Freyherr von Hohenthal, auf Cossa, Vicepräsident des Ober=Consistorii sowohl als der Landesöconomie=Deputation.
4. Carl Heinrich Graf und Herr von Schönburg zu Wechselburg, Churfl. Sächs. Geheimer Rath.
5. Johann Friedrich von Ponickau auf Belgershain, Churfl. Sächs. Geheimer Rat und Creyssteuereinnehmer.
6. Ludewig Carl von Pöllnitz auf Bendorf, Churfl. Sächs. Cammerherr.
7. Dr. Andres Wagner auf Zweynaundorf, Churfl. Sächs. Geheimer= Cammer= und Bergrath.
8. Detlev Carl, Graf von Einsiedel auf Wolkenburg, Churfl. Sächs. Cammerherr, Creyshauptmann des Leipziger Creyses und Obersteuereinnehmer.
9. D. Christian Ludewig Stieglitz, Stadtrichter der Stadt Leipzig.
10. Friedrich Anton von Heynitz, auf Dröschkau, Churfl. Sächs. Geheimer= Cammer= und Bergrath.
11. Wolfgang Georg Welck, Churfl. Sächs. Hofrat und Oberpostamtsdirector.
12. Gottfried Steinbach, Churfl. Sächs. Cammerrath.
13. Ernst Haubold von Miltitz, auf Oberau, Churfl. Sächs. Obristlieutenant und Amtshauptmann.
14. Carl Fredrich Trier, Churfl. Sächs. Appellationsrath.
15. D. Daniel Gottfried Schreber, Professor der Cameralwissenschaften zu Leipzig.
16. Rudolph von Schönberg, auf Reichstädt, Churfl. Sächs. Generalpostmeister.
17. Carl August von Schönberg, auf Meineweh, Churfl. Sächs. Cammerherr und Obersteuereinnehmer.
18. D. Christian Gotthelf Gutschmid, Churfl. Sächs. Geheimer= Assistenz=Hof= und Justitienrath, auch Geheimer=Archivarius und Bürgermeister der Stadt Leipzig.
19. Carl Gottlob Bose, auf Schleinitz, Churfl. Sächs. Geheimer Rath.

20. Carl Friedrich von Beust, auf Neuensalze, Churfl. Sächs. Geheimer Rath und Creyshauptmann des Vogtländischen Creyses.
21. Michael Gottlob Bucher, Churfl. Sächs. Cammercommissionsrath.
22. Adam Friedrich Senf von Pilsach, auf Tscheuplitz, Churfl. Sächs. Creyshauptmann des Thüringischen Creyses.
23. Joh. Friedr. Ernst Freyh. von Friesen, auf Retha, Ch. S. Geh. Rath.
24. Christ. Gottlob von Burgsdorf, Ch. S. Hof- und Justitienrath.
25. Günther, Graf von Bünau, zu Dahlen, Kön. Französ. Obrister.
26. Gotthelf Adolph Graf von Hoym, auf Gleina, Churfl. Sächs. Cammerdirector im Stifte Zeitz und Cammerherr.
27. Wolf Christian von Schönberg, auf Arnsdorf, Churfl. Sächs. Landshauptmann des Marggrafthums Oberlausitz.
28. Robert Maximilian Freyh. von Fletscher, auf Kliphausen, Churf. Sächs. Geh. Cammer- und Bergrath auch Creyshautmann des Weißenfelsischen Creyses.
29. Johann Albericus von Hofmann, auf Rammenau, Churfl. Sächs. Geheimer Assistenzrath.
30. Johann George Beckmann, Forstinspektor.
31. Johann Otto Heinrich Schlegel, auf Imnitz.

b) Ehren-Mitglieder:

1. Hans Moritz Graf von Brühl, auf Martinskirchen, Churfl. Sächs. Cammerherr.
2. Dr. Johann Carl Gehler, der Botanik Professor zu Leipzig.
3. Johann August Schilling, Gräfl. Reußischer Rath.

X.

Hiervon sind für diesesmal erwählet worden:

a) zum Directore: Se. Excell. Johann Georg Friedrich Graf von Einsiedel.

b) Zu Deputatis; und zwar in folgender Ordnung nach dem Loose:

1. Detlev Carl Graf von Einsiedel.
2. Diese Stelle ist noch vacant, weil die Erklärung desjenigen Mitgliedes, auf welches die Wahl gefallen, noch nicht eingegangen ist.
3. Johann Friedrich von Ponickau.
4. Ludewig Carl von Pöllnitz.
5. D. Christian Ludewig Stieglitz.
6. D. Daniel Gottfried Schreber.
7. Johann Friedrich Graf Vitzthum von Eckstädt.
8. Peter Freyherr von Hohenthal.

c) Als Secretarius perpetuus ist ernennet worden D. Christian Daniel Schreber, der Königl. Schwedischen Akademie der Wissenschaften Correspondent, an welchen der Briefwechsel gerichtet, und alles an die Gesellschaft einzusendende adressiret wird.

Leipzig, den 26. May 1764.

Der Text dieser Anzeige enthält so ziemlich alles, was später in dem bestätigten Statut Ausdruck gefunden hat. Nur der einleitende Satz der „Anzeige" gibt den § 1 der Statuten in etwas veränderter Form. Denn dieser lautet:

„Die Gesellschaft machet alles dasjenige, was der Nahrungsstand überhaupt im weitesten Umfange, vorzüglich aber die Land- (und) Stadtwirthschaft, und das Manufactur- und Handlungswesen in sich begreifen, mithin auch die diesem vorteilhafte Anwendung der Mathematik und Physik und Chemie zum Gegenstande ihrer Beschäftigungen, insonderheit was davon Sachsen und die zugehörigen Lande angehet."

Das Statut ist mit größter Sorgfalt und Sachkenntnis ausgearbeitet worden, sodaß sich im Laufe der Zeiten nur geringe Abänderungen nötig machten. Es muß hervorgehoben werden, daß es den Mitgliedern eigentlich nur Lasten auferlegt und von ihnen die größte Uneigennützigkeit verlangt. Es bot keine Vorteile oder Ehren höherer Art, als die Ämter der Direktors, des Sekretärs und der Deputierten in sich schlossen, indem sie zur Arbeit für das Gemeinwohl verpflichteten. Um so anerkennenswerter aber ist es, daß sich sofort ein Stamm tüchtiger angesehener Männer aus den besten Kreisen mit wahrhaft patriotischer Gesinnung fand, die bereit waren, sich dem edlen Zwecke der neuen Gesellschaft mit allen Kräften zu widmen und auch materielle Opfer zu bringen. Vergleicht man die festgesetzten Mitgliedsbeiträge (neben 5 Taler Eintrittsgeld, 10 Taler Jahresbeitrag, s. § V S. 4) mit solchen von heute, berücksichtigt man weiter auch den damaligen viel höheren Wert des Geldes, so wird man die Uneigennützigkeit und Opferfreudigkeit der Gründer und ersten Mitglieder, die wir oben namentlich aufgeführt haben, entsprechend würdigen müssen.

Das gute Beispiel blieb nicht ohne Nachahmung. Bereits in der nächsten Versammlung, am 9. Oktober 1764, treten weitere 18 ordentliche Mitglieder bei und 9 andere Herren werden zu Ehrenmitgliedern ernannt. Gleichzeitig hören wir von den ersten Schritten, die die Sozietät zur Verwirklichung ihres Zieles, die gesamte Volkswirtschaft unseres Vaterlandes zu fördern, unternahm. Man faßte den Beschluß, jährlich 3 Preisaufgaben über je ein landwirtschaftliches, ein naturwissenschaftliches und ein kameralistisches Thema auszuschreiben und stellte sofort folgende 3 Preisaufgaben:

1) Wievielerlei Sorten Wolle können aus jedem Schafpelze verschiedener Gegenden sächsischer Lande ausgelesen werden?

2) Wieviel Pottasche kann man aus jeder von nachstehenden Holzarten, als Eichen-, Buchen-, Ellern-, Birken-, Weiden-, Fichten-, Kiesern- und Tannenholz und auch anderen, ein alkalisches Salz in einiger Quantität gebenden Gewächsen, wie Heidekraut, Farnkraut, Inster, Rehheide, Moos, rc. erhalten?

3) Wie sind die sächsischen Bleichen, sowohl mit größter Ersparnis des Holzes, als auch in der kürzesten Zeit, ohne Nachteil der Ware, zu der größten Vollkommenheit und möglichster Weise zu bringen?"

Für die beste Lösung der ersten Aufgabe wurde ein Preis von 80 Talern und für die beste Beantwortung der beiden anderen Fragen Preise von je 50 Talern in barem Gelde oder in einer gleichwertigen Medaille festgesetzt. Die nötigen Fonds zu den Preisen lieferten die Mitgliederbeiträge und Geschenke von Gönnern und Freunden der Gesellschaft. So wurde der Preis für die beste Arbeit über das letzte

Thema, die Leinwandbleichen, vom Kammerrat Steinbach aus Lauban gestiftet. Wie wir erfahren, sind die 80 Taler für die 1. Aufgabe im folgenden Jahre an einen Zschopauer Tuchmacher ausbezahlt worden, während die anderen Aufgaben in der gestellten Frist keine befriedigende Behandlung gefunden hatten und deshalb nochmals ausgeschrieben wurden. In der Anzeige über die bereits erwähnte Versammlung vom [illegible]. Oktober 1764 wurde den Mitgliedern der Sozietät weiter die Anstellung verschiedener Versuche landwirtschaftlicher und industrieller Art empfohlen. Unter anderem wurde angeregt, Versuche mit Getreidesamen von verschiedenem Alter anzustellen, um zu ermitteln, wie lange die Keimfähigkeit der verschiedenen Getreidearten unvermindert erhalten bleibt. Desgleichen wurde die versuchsweise Anwendung verschiedener Mittel, wie Kalk, Sägespähne, Getreidespelzen usw., zur Vertilgung der Ackerschnecken empfohlen und zu einem Versuch mit der Verwendung verschiedener Knochenasche beim Bleichen nach einem vom Pastor Osleck empfohlenen Verfahren aufgefordert. Im folgenden Jahre machte man es sich zur Aufgabe, dadurch einen rationelleren Betrieb der Schafzucht einzuführen, daß man zur Anschaffung guter Böcke, zur Verbesserung der Triften und zur Vermehrung des Winterfutters ermunterte und gleichzeitig einen Preis von 100 Talern demjenigen in Aussicht stellte, der durch obige Maßnahmen von seiner mindestens 100köpfigen Herde im Jahre 1769 nachweislich die meiste und beste Wolle geschoren und einen klaren schriftlichen Bericht über seine Schafhaltung eingereicht hatte.

So bemühte sich denn die junge Sozietät eifrig, ihren Stiftungszweck zu erfüllen und für die Hebung von Handel, Industrie und Landwirtschaft tätig zu sein. Dieses ernste Streben verschaffte ihr in den weitesten Kreisen solche Beachtung und Anerkennung, daß ihr ständig neue Mitglieder beitraten und sie zu Ostern 1766 bereits 116 ordentliche und 34 Ehrenmitglieder zählte, und ihr außerdem als korrespondierendes Mitglied ein Herr Seyfert in London angehörte, der sich besonders durch Übersendung verschiedener Modelle von Maschinen, die hier im Lande noch nicht gebraucht wurden, verdient gemacht hat. In den gut besuchten und meistens äußerst anregend verlaufenden Versammlungen besprach man Arbeiten und Aufsätze verschiedenster Art, hörte gute Vorträge und begutachtete die ausgestellten Modelle, Proben und Zeichnungen. Infolge der raschen Zunahme der Mitgliederzahl und wegen des lebhaften Briefwechsels mit auswärtigen Gesellschaften und Personen vermehrten sich die Verwaltungsgeschäfte der Sozietät derart, daß zu Anfang des Jahres 1766 die Anstellung eines 2. Sekretärs, dem die Besorgung des Briefwechsels und die Verwaltung der Kasse übertragen wurde, sowie die Annahme zweier Einnehmer nötig wurde, deren einer seinen Wohnsitz in Leipzig hatte, während der andere in Dresden wohnte. Kaum zwei Jahre später reicht auch die Arbeitskraft dieser Beamten nicht mehr aus, sodaß die Anstellung eines besonderen Rechnungsführers nötig wurde, und man dem 1. Sekretär Gehalt zulegte. Außerdem wurde die Zahl der Hauptdeputierten von 8 auf 12 Mitglieder erhöht und eine aus 6 Personen bestehende sogenannte zensierende Deputation gewählt, die nach eingehender Prüfung der eingereichten Arbeiten und Abhandlungen zu bestimmen hatte, was gedruckt und veröffentlicht, was vorgetragen und besprochen werden sollte.

Dem beträchtlichen Umfange der Tätigkeit der Sozietät entsprechend, erwies sich die bisherige Einrichtung zweier jährlich während der Oster- und der Michaelismesse stattfindenden Hauptversammlungen nicht mehr als ausreichend, um neben der Regelung der mehr geschäftlichen Angelegenheiten noch genügende Zeit für wissenschaftliche Vorträge zu haben. Aus diesem Grunde wurden seit Michaelis 1776 sowohl während der Oster- als auch während der Michaelismesse je zwei Versammlungen an aufeinanderfolgenden Tagen abgehalten; in der ersteren fanden innere Gesellschaftsangelegenheiten ihre Erledigung, während in der zweiten öffentlichen Versammlung, zu der auch Nichtmitglieder Zutritt hatten, ökonomische Vorträge gehalten wurden.

In der ersten Sitzung für ausschließlich innere Angelegenheit im Jahre 1766 „in dem der Societät gnädigst eingeräumten und nunmehro bis zur Ausmalung vollendeten Versammlungssaale“ in der Pleißenburg wurde die Einrichtung von Klassen oder Sektionen beschlossen, da man hierin ein weiteres Mittel erblickte, um durch Spezialisierung der Kräfte die Arbeiten nutzbringend zu gestalten. Es wurden drei Klassen errichtet: für Landbau, für Manufakturwesen und für Mineralogie, Chemie und Mechanik. Jede dieser drei Klassen wurde wieder in bestimmte Unterabteilungen „Subdivisionen“ genannt, eingeteilt: die erste in „a) Ackerbau, b) Wiesenwachs, c) Forstwirthschaft, d) Gartenbau, e) Obstbaumzucht, f) Weinbau, g) Teich- und Fischnutzung, h) Viehzucht und i) aller durch Brauen, Branntweinbrennen, Stärke-, Grütze- und Graupenmachen, Ölschlagen zu erhaltenden Veredelung der Früchte.“

Für die Sektion „Manufacturwesen“ sah man folgende Unterabteilungen vor: „a) für diejenigen Manufacturen, welche auf die erste Verarbeitung der rohen Materialien aus dem Thier- und Pflanzenreiche abzwecken und b) für diejenigen, welche die weitere Verarbeitung der aus jenen rohen verfertigten zweiten Materialien in sich begreifen.“

Die Subdivisionen der Klasse für Mineralogie, Chemie und Mechanik, bezogen sich: „a) auf die Beschäftigungen, die die Aufsuchung der Erden, Steine, Erd- und Steinkohlen rc. zur Absicht haben; b) auf die Arbeiten, die bei allen Arten von Fabriken, im Gegensatze der Manufacturen, und bei den übrigen, auf Benutzung der mineralischen Körper abzielenden Arbeiten vorkommen; c) auf diejenigen Bemühungen, welche darauf gerichtet sind, aus der Mechanik zum besten der Agricultur, der Manufacturen und Bergwerke Hilfsmittel zu gewinnen.“

Der leitende Gedanke bei dieser Klasseneinteilung bestand darin, die Arbeitskräfte der Mitglieder, je nach ihren besonderen Fähigkeiten und Neigungen, auszunutzen, um dadurch größeren Einfluß auf die Entwickelung der gesamten Volkswirtschaft ausüben zu können. Bis zur Maiversammlung 1767 waren 50 Mitglieder der ersten Sektion, 26 der zweiten und 40 der dritten beigetreten, aber der Rest hatte noch keine Erklärung abgegeben. Zur selben Zeit wurde eine weitere Neuerung bei der Einteilung der Mitglieder getroffen. Während sich diese bis dahin, wie vorher mitgeteilt wurde, nur aus ordentlichen und Ehrenmitgliedern zusammensetzten, führte man jetzt noch als dritte Klasse die sogenannten „assozierten“ Mitglieder ein. Diese Änderung entsprach einem praktischen Bedürfnisse; es war für eine fruchtbringende Tätigkeit der Sozietät nötig, daß ihr auch Handwerksmeister, Gärtner, Kleinhändler

und Kleinbauern angehörten. Bisher hatte man die Gepflogenheit gehabt, zu Ehrenmitgliedern alle Personen zu ernennen, deren Arbeitskraft für die Gesellschaft erwünscht erschien, die daher mit der Sozietät arbeiteten, aber keine Beiträge zu bezahlen hatten. Da man in der gleichen Eigenschaft Adelige und Großgrundbesitzer, höhere Beamte, Professoren, Handwerksmeister und einfache Landleute angeführt wurden, so scheint man dies jetzt nicht mehr für recht passend gefunden zu haben und man kam auf den Gedanken, die Klasse der Assoziierten zu schaffen. Als erste assoziierte Mitglieder werden in einer Anzeige vom 27. Mai 1767 genannt: Amtsverwalter König, Hofmaschinenmeister Reuß, Wasserinspector Kirscht, Accis-Geleits-Einnehmer Mäder, Lederwaren-Manufacturist Seifert, ein gewisser Klinghammer und ein gewisser Matthiesen.

Alle diese neuen Einrichtungen förderten das geistige Leben und die Wirksamkeit der Sozietät und verursachten ein so gewaltiges Maß von Arbeit, daß zu seiner Bewältigung die ordentlichen Hauptversammlungen in Leipzig nicht mehr genügten, sondern außerdem noch mehrere außerordentliche Versammlungen in **Dresden** abgehalten werden mußten. Desgleichen traten die Deputierten häufig zu Sitzungen, die meist nach Dresden, mitunter auch nach Leipzig einberufen wurden, zusammen; weiter fanden regelmäßig Sektionsversammlungen statt und außerdem waltete die zensierende Deputation fleißig ihres Amtes.

Fürwahr, gar reiches Leben pulsierte in der Sozietät und teilte sich von ihr aus, wieder Schaffensfreude erweckend, dem schwer darniederliegenden Lande mit.

Die allgemeine Notlage hatte die Tätigkeit des Wuchers stark begünstigt. Jetzt galt es, einen Damm gegen diese Flut zu errichten und die Beschaffung von Kredit auf solider Basis zu ermöglichen. Da ist es denn ein nicht zu unterschätzendes Verdienst der Sozietät gewesen, daß es ihren Bemühungen gelang, den Dresdner Magistrat zur Errichtung eines Leihhauses zu veranlassen, nachdem mehrere ihrer Mitglieder der Stadt ein Kapital von 8000 Talern vorgeschossen hatten.

Um Unternehmungslustigen mit gutem Beispiele voranzugehen und außerdem lohnende Arbeitsgelegenheit zu schaffen, errichtete die Sozietät zu Anfang des Jahres 1767 zu Dresden eine Bleiweißfabrik auf Grundlage einer Aktiengesellschaft. Bereits gegen Ende des Jahres war die Fabrik im vollen Gange und konnte beträchtliche Mengen tadellosen Bleiweißes herstellen.

In den gut besuchten Versammlungen der landwirtschaftlichen Sektionen ging gegen Ende des Jahres 1767 ein lebhafter Austausch der Erfahrungen vor sich, namentlich über die Erweiterung und Verbesserung der Naturwiesen sowie über sogenannte Kunstfuttersaaten und über Feldfutterbau. In Sachsen noch wenig bekannte Futterpflanzen, wie Esparsette und Luzerne, wurden zum Anbau empfohlen, und Sämereien gelangten gar häufig zur Verteilung an Interessenten, die Versuche mit ihnen anstellen wollten.

Das Jahr 1765 bedeutet bekanntlich einen Wendepunkt in der Geschichte der sächsischen Schafzucht. Während bis dahin in Sachsen nur das grobe deutsche Landschaf heimisch war, wurde in diesem Jahre eine Herde von 220 spanischen Merinoschafen eingeführt, die der spanische König Karl IV. der sächsischen Regierung zum Geschenke gemacht hatte. Diese Herde wurde in Lohmen untergebracht und erhielt

daher zum Unterschiede von später eingeführten Merinostämmen den Namen „Lohmener" Merinos. Eine zweite Einfuhr spanischer Schafe fand auf Anregung des Grafen Carl Detlev von Einsiedel, eines Mitgliedes der Leipziger ökonomischen Sozietät, zwei Jahre später statt. Diese Herde bestand aus 176 Schafen und 100 Stären; sie wurde mit einem Aufwande von 31154 Mark eingeführt und in Tiergarten bei Stolpen, einem Vorwerke des Kammergutes Rennersdorf, untergebracht. Sie ist unter dem Namen des Stolpener oder Tiergartenstammes bekannt geworden. Durch Kreuzung der spanischen Merinos mit unserem gröberen Landschafe und durch fortgesetzte Züchterarbeit, zu der die Sozietät in Wort und Schrift Anregung gab, wurde die sächsische Schafzucht bald auf eine hohe Stufe gebracht und zu einer lohnenden Erwerbsquelle für unsere Landwirtschaft gestaltet.

Weiter richtete die Sozietät ihr Augenmerk darauf, genaue Aufklärung über die Wirtschaftsverhältnisse in den verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes zu schaffen. Zu diesem Zwecke forderte sie zur Abfassung und Einsendung von Wirtschaftsbeschreibungen auf; ihre Anregung war nicht umsonst, denn manche gute Beschreibung aus jener Zeit liegt bei den Akten.

Gleiche Förderung ward dem Forst- und Bergwesen zugewendet. Durch fortlaufende Herausgabe von Schriften, durch Verteilung von Belehrungen, die besonders für den kleinen Mann verfaßt waren, und namentlich durch Veröffentlichung zahlreicher Mitteilungen in den damals gelesensten sächsischen Blättern, brachte die Sozietät neues Leben in die beteiligten Kreise. Außer dem „Leipziger Intelligenzblatte", dessen Gründer der schon eingangs erwähnte verdienstvolle Graf Peter von Hohenthal ist, waren es besonders das „Wittenberger Wochenblatt" und die „Dresdner Gelehrten Anzeigen", welche solche Belehrungen verbreiteten.

In der richtigen Erkenntnis der Tatsache, daß die Durchführung von Anbauversuchen das beste Mittel ist, um Aufklärung über den Wert verschiedener Sorten und über den Einfluß bestimmter Kulturmaßregeln auf die Entwickelung und den Ertrag unserer Feldfrüchte zu geben, legte die Sozietät im Jahre 1766 einen botanischen Garten an und richtete ihn nach den Ratschlägen der bedeutendsten Botaniker und Ökonomen der damaligen Zeit ein. Die Direktion des Gartens übernahmen Generalleutnant Graf Vitzthum von Eckstädt und der Sekretär der Sozietät, Dr. Schreber d. Jüngere.

Wenn man hieraus sieht, welche Erfolge die Sozietät schon in der kurzen Zeit ihres Bestehens zu verzeichnen hat, auch wenn man die vielfachen Anregungen nach anderen Richtungen hin, z. B. auf den Gebieten der Färberei und Weberei, der Bienenzucht, des Tabaks- und Hopfenbaues, des Maschinenwesens usw., außer Betracht läßt, so wird es nicht wundernehmen, zu hören, daß der Landesherr der Gesellschaft seine Gunst zuwendete und ihre Unternehmungen unterstützte. Der junge Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen, der mit großem Ernste und Eifer die wirtschaftliche Lage seines Landes zu heben bestrebt war, hatte bereits als Kurprinz am 15. Oktober 1767 die allgemeine öffentliche Meßversammlung der Sozietät in Leipzig besucht; nach seinem Regierungsantritte wohnte er noch zweimal einer Hauptversammlung bei und brachte sowohl den Vorträgen, wie auch der Modellsammlung und den ausgestellten Waren

großes Interesse entgegen. Unter Zusicherung fernerer gnädigster Protektion gewährte er der Sozietät als einen werktätigen Beweis seiner Gnade aus Staatsmitteln einen jährlichen Beitrag von 400 Talern, der im Jahre 1771 an Stelle der bis dahin genossenen Portofreiheit noch um weitere 90 Taler erhöht wurde. Beide Unterstützungen blieben bis zur Einführung der konstitutionellen Verfassung im Jahre 1849 bestehen.

Diese Anerkennung von höchster Stelle führte der Sozietät aus dem Adel, dem Grundbesitze und der Industrie, aus Beamten- und Gelehrtenkreisen zahlreiche ordentliche Mitglieder zu, und eifrig ward die Ehrenmitgliedschaft erstrebt.

Bei den über das ganze Land zerstreut wohnenden Mitgliedern, bei der Einrichtung der Deputation, die von 8 auf 12 Teilnehmer erhöht wurde, ferner bei dem Vorhandensein der Sektionen und ihren Unterabteilungen, sowie endlich bei dem großen Arbeitseifer, der namentlich durch die drei Klassen von Mitgliedern gefördert wurde, reichten die Versammlungen zu Leipzig und Dresden schon lange nicht mehr aus, und man hielt gegen Ende der sechziger Jahre außerdem in verschiedenen anderen Städten des Landes, in Freiberg, in Zwickau, in Wittenberg und später auch in Suhl, in Neustadt und in Meißen Versammlungen ab. So fanden in der ersten Hälfte des Jahres 1770 neben der Hauptversammlung in Leipzig vier Hauptdeputations-, sowie sechs Klassen- und Kreisversammlungen statt. Die Protokolle aller Sitzungen wurden der Hauptdeputation zur Kenntnisnahme und Durchberatung eingereicht. Um die Ergebnisse der Verhandlungen weitesten Kreisen zugänglich zu machen, wurden von 1771 an Auszüge aus den Protokollen als Anzeigen von der Leipziger ökonomischen Sozietät nach jeder Oster- und Michaelis-Versammlung herausgegeben. Neben diesen Anzeigen erschienen noch sowohl die „Größeren Schriften der Societät“, in denen die von der Zensurdeputation ausgewählten Arbeiten und Aufsätze abgedruckt sind, als auch ein von den erfahrensten Forst-Sachverständigen in möglichster Vollkommenheit gebrachter Forstkalender. Ein ebenfalls von der Sozietät herausgegebener Baumgartenkalender scheint keinen Anklang gefunden zu haben, denn er wird nur einmal erwähnt.

In den Jahren 1771—1773 erwarb sich die Sozietät besondere Verdienste durch ihr eifriges Bemühen, die infolge einer Mißernte hervorgerufene große Not der Armen im sächsischen Erzgebirge zu lindern. Eine hauptsächlich unter den Sozietätsmitgliedern veranstaltete Subskription ergab den Betrag von 1608 Talern, der teils bedürftigen Landwirten zur Beschaffung von Saatgut zinsfrei vorgeschossen, teils zur Abnahme gesponnenen Garnes verwendet, für das die armen Spinner und Weber in diesem Teuerungsjahre keine Käufer finden konnten, teils in bar an die Ärmsten verteilt wurde. An Vorschußgeldern hatten die Landwirte des Amtes Wolkenstein 200 Taler, und des Kreisamtes Schwarzenberg 735 Taler erhalten, die man in den nächsten Jahren wieder einzuziehen beabsichtigte. Auf der Ostermeß-Versammlung i. J. 1779 beschloß man jedoch, dem Kreisamte Schwarzenberg die noch rückständige Summe von 261 Talern und dem Amte Wolkenstein den Betrag von 53 Talern gänzlich zu erlassen, da sich die betreffenden Schuldner noch nicht von der letzten Teuerung erholt hatten.

Zum Besten von Schul- und Versorgungs-Anstalten, namentlich auch zur Gewinnung von Mitteln für die Gründung einer Spinnschule in Klingenberg, veranstaltete die Sozietät eine Wohltätigkeits-Lotterie, deren Gewinne von Freunden und Gönnern ihrer Bestrebungen gestiftet waren. Die Verlosung fand am 13. Mai 1773 statt und das Unternehmen brachte einen bedeutenden Reinertrag, der im angedeuteten Sinne Verwendung fand. Eine weitere lohnende Aufgabe sah die Sozietät darin, dafür zu sorgen, daß in Zukunft die Folgen einer Mißernte, die in den vergangenen Jahren so verhängnisvoll gewesen waren, abgeschwächt wurden. Sie veranstaltete zu diesem Zwecke ein Preisausschreiben und veröffentlichte in der Folge eine ganze Anzahl Abhandlungen, die beachtenswerte Vorschläge zur Abwehr und Milderung einer Teuerungsnot brachten.

Im übrigen ist aus den Jahren 1770—1774 nichts wesentliches zu berichten. In den Anzeigen ist die Aufnahme von Mitgliedern, von Wahlen zur Hauptdeputation, von eingegangenen Aufsätzen, Druckschriften, Modellen, Mustern, sowie von Preisausschreiben und -verteilungen usw. zu lesen. Die Auszüge aus den Verhandlungen der Mitglieder sind zwar oft sehr interessant; allein diese auch hier nur im Auszuge zu erörtern, würde viel zu weit führen.

Mit gerechtem Stolze durfte die Sozietät auf dieses goldene Zeitalter zurückblicken und die Stifter und Führer der Gesellschaft als Vorbilder gemeinnütziger Tätigkeit und echter Vaterlandsliebe sich für alle Zukunft vor Augen halten.

Allein bereits gegen den Schluß dieser Blütezeit deuteten einzelne Zeichen auf ein Abflauen der Begeisterung und ein Nachlassen der Wirksamkeit. Der Eifer für die Arbeiten und der Besuch der Versammlungen wurden geringer, neue Mitglieder traten weniger zahlreich bei; in den Versammlungen wurden oft nur Ehrenmitglieder aufgenommen. Auch die 1767 eingeführte Klasse der Assozierten (S. 9) scheint sich nicht recht bewährt zu haben, denn von der Michaelismesse des Jahres 1774 ab wurden an ihrer Stelle sogenannte Korrespondenten ernannt. Ein weiterer Grund für das Zurückgehen des allgemeinen Interesses an den Bestrebungen der Sozietät kennzeichnet sich ferner dadurch, daß von 1774 ab die halbjährlichen Doppelversammlungen, von denen die erste geschlossen, die andere öffentlich war, wieder auf eine einzige beschränkt wurden, da der schwache Besuch die Abhaltung zweier Versammlungen nicht mehr lohnte. Um zu stärkerem Beitritte zu der Gesellschaft anzuregen, setzte man den Jahresbeitrag für ordentliche Mitglieder von 10 auf 5 Taler herab und schränkte demgemäß die Ausgaben ein. Weiter befand man es für gut, aus den in Dresden wohnenden wirklichen und Ehrenmitgliedern Deputierte für die Provinzialversammlungen zu wählen, welche den jetzt bestimmungsgemäß regelmäßig alle vier Wochen stattfindenden Sitzungen der Hauptdeputationen als Repräsentanten ihrer Provinzialversammlungen beiwohnen, deren Protokolle vortragen und wiederum alles Wissenswerte in die Provinz berichten sollten, damit der Verkehr der Sozietätsmitglieder im ganzen Lande geregelter würde.

In der zur Ostermesse 1770 stattfindenden Hauptversammlung war der Kabinetsminister Graf von Einsiedel, der das Direktorat 6 Jahre lang geführt hatte, von seinem Amte zurückgetreten und der Konferenzminister von Wurmb war an seiner Stelle gewählt worden. Von Wurmb bekleidete dieses Amt bis 1774; da er von seiner Wiederwahl abzusehen bat, erhielt er in der Person des Geheimen

Kabinettsministers und Staatssekretärs Grafen von Sacken einen Nachfolger. Da inzwischen der bisherige Sekretär, Johann Gottfried Köhler, der dieses Amt seit dem Abgange Dr. Schrebers im Jahre 1771 verwaltet hatte, zurückgetreten war, fand im Anschlusse an die Direktorwahl die Neuwahl eines Sekretärs statt, und es wurde ein Herr Lüdicke, der, wie es im Protokoll heißt, von einem würdigen Mitgliede der Gesellschaft in Vorschlag gebracht worden war, an seiner Stelle gewählt; gleichzeitig wird ihm eine schriftliche Instruktion über die Verwaltung seines Amtes eingehändigt. Um eine genaue Kontrolle über die Tätigkeit des bezahlten Sekretärs zu bekommen, um eingehendere Kenntnis von wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart zu erhalten und größere Anregung zur Beteiligung an den Arbeiten der Gesellschaft geben zu können, befand es die Hauptdeputation für gut, einen Herrn aus ihrer Mitte zum dauernden Sekretär zu ernennen, unter dessen Anweisung und Aufsicht der neu angestellte Herr Lüdicke die Sozietätsgeschäfte zu führen hatte. Zu diesem neuen Amte wurde Hofrat Haymann, Assessor der Churfl. Sächs. Landesökonomie-, Manufaktur- und Kommerzien-Deputation, bestimmt. Daß diese Neuerung größeren Nutzen gebracht hätte, läßt sich nicht erkennen. Ein auf der Osterversammlung 1775 gefaßter und zur Durchführung gekommener Beschluß, die Klassenversammlungen mit den Deputationssitzungen zu vereinigen, scheint sich ebenfalls nicht bewährt zu haben, denn bereits $1\frac{1}{2}$ Jahr später kommt man von dieser Einrichtung wieder ab und bestimmt, daß die früheren Klassenversammlungen erneuert und in ihnen alle Vorträge besprochen werden, die in der Hauptdeputation gehalten werden sollen.

Von den zahlreichen Preisausschreiben, die von der Sozietät seit ihrer Gründung veranstaltet worden waren, hatten nur verhältnismäßig wenige ein günstiges Ergebnis geliefert, sodaß man in den letzten Jahren von ihnen vollständig abgekommen war. Durch das Beispiel anderer Sozietäten veranlaßt, schrieb man jedoch im Jahre 1777 wieder Preisaufgaben aus und erließ, um zur Verbesserung der Flachskultur und Zwirnspinnerei aufzumuntern, eine Aufforderung, Leinsamen nach Livländer Art zu erbauen, auch stellte man für den Scheffel selbstgezogenen Leinsamens, der an Güte dem Rigaer Tonnenlein gleichkommen mußte, eine Vergütung von 2 Dukaten in Aussicht.

Weiter wird eine kurze und deutliche auf eigene Erfahrung begründete Abhandlung über die Mistel (Viscum) verlangt. Eine Gesellschaft auswärtiger Freunde hat einen Preis von 4 Dukaten für die beste Abhandlung über dieses Thema ausgesetzt. An 3 Sozietätsmitglieder, die im Jahre 1777 nützliche Arbeiten eingereicht haben, werden in Anerkennung des bewiesenen Fleißes Belohnungen von je 10 Talern gewährt, und 2 Herren, die im Auftrage der Sozietät seit fünf Jahren mit großem Eifer Witterungsbeobachtungen angestellt hatten, erhielten Gratifikationen von je 25 Talern.

Da es vielfach mit dem Hufbeschlag auf dem Lande schlecht bestellt war und häufig Hufkrankheiten infolge fehlerhafter Ausführung des Beschlages auftraten, so wurde von der Sozietät die Abhaltung von Hufbeschlags-Lehrkursen durch einen geschickten Obertierarzt in Wittenberg empfohlen und die Bedingungen, unter denen sich der genannte Tierarzt zur Abhaltung von Kursen bereit erklärt hatte, durch ein

Rundschreiben den gesamten Ständen des Meißener Kreises mitgeteilt. Leider wurde von diesem Anerbieten wenig Gebrauch gemacht.

Zur Michaelisversammlung 1777 machte sich die Wahl eines neuen Direktors nötig, da der Graf von Sacken mitten in seiner Amtsperiode zurückgetreten war. Wir haben keine Aufzeichnungen über die Gründe gefunden, die ihn zu diesem Schritte bewogen haben. An seiner Stelle wurde Kammerherr und Obersteuerdirektor, nachmaliger Konferenzminister und Wirklicher Geheimer Rat Reichsgraf Carl Detlev von Einsiedel auf Wolkenburg gewählt, der dann 33 Jahre lang an der Spitze der Sozietät gestanden hat.

Eine neue Blütezeit fiel in die Periode seines segensreichen Wirkens. Das Gesellschaftsleben floß ungetrübt in ruhigem Strome dahin und die Arbeiten nahmen einen guten Fortgang. Da der Graf von Einsiedel in seiner Eigenschaft als Konferenzminister in den ersten zwanzig Jahren seines Direktorats den Hauptversammlungen in der Regel selbst präsidierte, so verlieh dies der Gesellschaft einen besonderen Glanz. Neben den bedeutendsten Männern der Wissenschaft nahmen Fürsten und Prinzen, Grafen und Freiherren in großer Zahl als Mitglieder an den Arbeiten der Sozietät teil. Auch regierende Fürsten, wie der Herzog von Weimar, der Fürst von Anhalt und der Fürst von Reuß zu Schleiz zeichneten die Versammlungen durch ihren Besuch aus. Nach außen hin hatte die Sozietät sehr schätzbare Verbindungen mit angesehenen Gesellschaften gewonnen, von denen hier nur die „Kaiserliche Freie Ökonomische Societät zu Petersburg“, die „Kaiserlich Königliche Patriotische Gesellschaft im Königreich Böhmen“, die „Königlich Sardinische Ackerbaugesellschaft zu Turin“, die „Hamburger ökonomische Societät“ und die „Landwirtschaftsgesellschaft zu Celle“ genannt seien. Um den Verkehr mit diesen auswärtigen Gesellschaften besonders anregend und lebhaft zu gestalten, wurde die Korrespondenz mit ihnen dem ordentlichen Professor der Naturgeschichte und Ökonomie, Nathaniel Gottfried Leske in Leipzig, übertragen. Dieser verwaltete gleichzeitig, bis zu seiner Berufung nach Marburg im Jahre 1786, auch die in Leipzig befindliche Modell- und Mineralien-Sammlung. Neben Professor Leske, der sich durch die verschiedensten wissenschaftlichen Abhandlungen einen Namen gemacht hat, erwarb sich besonders auch der Kommissionsrat Johannes Riem, der früher Königlich Preußischer Oberbrennereiinspektor und alsdann Fürstlich Anhalt-Cöthenscher Amtsrat gewesen war, anerkannte Verdienste in der Stellung als ständiger Sekretär der Sozietät vom Jahre 1785 bis 1807. In der Osterversammlung 1787 wird rühmend hervorgehoben, daß die Sozietät durch ihn mit den bedeutendsten Landwirten des In- und des Auslandes in nähere Verbindung getreten sei und dadurch anerkennenswerte Förderung ihrer Aufgaben erfahren habe. Von Riems vielen Schriften, über die des öfteren in den Versammlungen gesprochen wird, sind die besten: die „Monatliche Praktisch-Ökonomische Enzyklopädie für Deutsche“, die noch 1803 zum dritten Male aufgelegt wurde; die „Allgemeine Zucht- und Fütterungs-Ordnung des milchenden Rindviehs“, eine gekrönte Preisschrift, und sein „Praktischer Bienenvater“, dessen vierte Auflage 1820 erschien. Als Herausgeber der „Physikalisch-Ökonomischen Zeitung“ hat er die Ideen der Sozietät

in weitesten Kreisen verbreitet. Ein gleichgroßes Verdienst erwarb er sich durch die Anlage und Leitung des Botanischen Gartens in Dresden.

Da man die Anstellung landwirtschaftlicher „Sämereiversuche" in Dresden[1]) zur besseren Beförderung der Gesellschafts-Absichten für erforderlich hielt, so pachtete man im Jahre 1786 einen Garten mit einem Feldstücke in nächster Nähe von Dresden. Die Durchführung von Versuchen mit ausdauernden Pflanzen ließ es jedoch ratsam erscheinen, als sich die Gelegenheit bot, einen an der Neuen Gasse vor dem Wilsdruffer Tore in Dresden gelegenen Garten käuflich zu erwerben. Mit der Anstellung der Versuche verfolgte man einen zweifachen Zweck, einmal sollte der Wert aller in- und ausländischen Getreidearten, Futterkräuter, Gräser und Handelsgewächse geprüft, und zweitens der Samen von bewährten Sorten vermehrt und an die Landwirte verkauft werden. Als einen Fehler müssen wir es ansehen, daß die Versuche in viel zu ausgedehntem Maße angelegt wurden, als daß sie zuverlässige Ergebnisse hätten liefern können. So gelangten im Jahre 1787 nicht weniger als 53 Grasarten, 95 Getreidearten, 48 Futterkräuter, 45 Hülsenfrüchte, 25 Wurzelgewächse und 72 Handels- und medizinische Gewächse zum versuchsweisen Anbau. Außerdem wurden 22 verschiedene Bäume und Sträucher angepflanzt, ferner Versuche über die Fortpflanzung von Bäumen mittels Schnittlingen eingeleitet und Untersuchungen über Vor- und Nachteile des Schröpfens des Leines angestellt. Unter der Direktion Riems ward der Garten und das Versuchsfeld von einem Gärtner bestellt und zweimal jährlich werden in den Anzeigen eingehende Berichte über neue Erfahrungen veröffentlicht. Bereits in der Anzeige von der Michaelismesse 1788 findet sich als Beilage eine Preisliste über verkäufliche Sämereien.

Einzelne Fragen treten jahrzehntelang in den Arbeiten der Sozietät immer wieder auf, ohne zum Abschluß zu kommen. Zu erwähnen sind hier der Flachs-, Hopfen- Tabaks- und Baumwollenbau, die Seiden- und Bienenzucht, die Drehkrankheit der Schafe usw. Dabei ist es von hohem Interesse, die Ansichten und Überzeugungen in den verschiedenen Zeiten kennen zu lernen und zu sehen, wie hier und da ein Teilchen nach dem andern als hinfällig erkannt wird, ohne daß man deswegen schon zu der heute geltenden Wahrheit gelangt, weil vielfach die heutigen wissenschaftlichen Hilfsmittel fehlten. So bemühte sich die Sozietät in den ersten Jahren ihres Bestehens besonders ernsthaft den Tabaksbau in Sachsen allgemein einzuführen und auf eine solche Stufe zu bringen, daß das einheimische Erzeugnis mit dem ausländischen konkurrieren könne. Zur Anfeuerung des Eifers wurde ein Preis von 100 Talern für denjenigen ausgesetzt, der nachweislich den meisten Tabak in einer Gegend, wo dessen Kultur bislang noch nicht bekannt war, ernten würde. Diese Bemühungen hatten den Erfolg, daß bis zur Frühjahrsmesse 1767 drei Bewerbungen um den Preis eingegangen waren, welcher nach Entscheidung der Versammlung einem Gutsbesitzer aus dem Dorfe Zedlitz bei Borna im Leipziger Kreise zuerkannt wurde. Daß die klimatischen Verhältnisse Sachsens dem Tabaksbau nur wenig günstig sind und daß das einheimische Erzeugnis

[1]) Die Geschäftsführung der Sozietät hatte ihren Sitz in Dresden, dem Wohnorte des Direktors und des Sekretärs.

mit der vorzüglichen ausländischen Ware nicht in Wettbewerb treten kann, mußte man im Laufe der Zeit mehr und mehr einsehen, und so ist denn der Erfolg der Bemühungen auf diesem Gebiete nur vorübergehend gewesen. Das nämliche ist über die Bestrebungen zur Förderung des Baumwollenbaues und der Seidenraupenzucht zu berichten. Ferner sei noch an die Drehkrankheit der Schafe erinnert, von der man anfangs glaubte, daß sie durch das Stoßen der jungen Lämmer entstehe; später glaubte man, daß die Krankheit erblich sei, und daß die davon befallenen Tiere gleich mit der Anlage zur Krankheit geboren würden. Im Jahre 1801 endlich wies der Landphysikus Dr. Treutler in Bautzen nach, daß diese Krankheit nur durch das Einwandern von Bandwurmgliedern in das Gehirn der Schafe entstehen könne.

Aus der Mitte der neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts ist eine Preisaufgabe über die Schädlichkeit des Streuharkens im Walde hervorzuheben, für die 10 vollwichtige Dukaten ausgesetzt wurden. Die Aufgabe hat auch verschiedene Einsendungen veranlaßt; zu einem völlig befriedigenden Ergebnis hat sie jedoch nicht geführt, denn von den 36 eingegangenen Arbeiten genügte keine vollkommen. Man wählte jedoch 3 Arbeiten aus, die wenigstens zwei von den aufgezählten drei Gesichtspunkten am besten erledigten. Als man den drei Verfassern je 4, 3 und 3 Dukaten einsenden wollte, ergab sich, daß der Königlich Preußische Forstrat Hennert in Berlin bereits vor drei Wochen gestorben war, daß ein anderer, ohne seinen Namen zu nennen, auf das Geld zugunsten einer anderen Abhandlung „über die besten Mittel, der Rindviehpest vorzubeugen" verzichtet hatte, und daß Andreas Krause auf Neudorf bei Bautzen ebenfalls verzichtete. Die 4 Dukaten wurden der Witwe des Forstrates Hennert überwiesen. Die neue Preisfrage über die Rindviehpest wurde umgehend ausgeschrieben und in der Osterversammlung 1802 wurde die Bewerbungsschrift mit dem vollen Preise von zehn Dukaten ausgezeichnet.

Des öfteren hat die Kurfürstliche Landes-Ökonomie-Manufactur- und Kommerzien-Deputation in dieser Zeit Sachverständigen-Gutachten in verschiedenen Angelegenheiten von der Gesellschaft eingeholt. Besondere Anerkennung fanden auch die sich auf die Herausgabe eines landwirtschaftlichen Kalenders erstreckenden Bemühungen der Sozietät, um dadurch Aufklärung in die Kreise der kleinen und kleinsten Landwirte zu tragen, die für das Lesen größerer ökonomischer Schriften nicht zu haben sind.

Seit der Ostermesse 1787 war die in Dresden bei der Frauenkirche neben der Münze in dem „Sonnenweiser" in der I. Etage untergebrachte Sozietätsbibliothek jeden Montag und Donnerstag im Sommer von 3—5 und im Winter von 3 bis 4 Uhr zur kostenlosen Benutzung für die Mitglieder geöffnet. Zu Michaelis 1788 legte der expedierende Sekretär Dr. Bruhm sein Amt nieder; die Stelle wurde nicht wieder neu besetzt, sondern der beständige Sekretär, Kommissionsrat Riem, und der Kassierer teilten mit Einwilligung der Gesellschaft die Arbeit wie auch das Gehalt derart unter sich, daß der Kassierer die Bibliothek, das Archiv-, die Modell- und Produkten-Sammlung sowie das Samenkabinett übernahm und außerdem den beständigen Sekretär in den Sekretariatsgeschäften unterstützte.

Im Jahre 1799 wurde Dr. Albrecht Thaer in Celle, dessen Bedeutung man in der Sozietät erkannte, zum Ehrenmitgliede ernannt. Mit seinem Auftreten verzeichnet die Landwirtschaft in der Tat den Beginn einer neuen Periode ihrer Entwickelung. Zunächst war es eines der größten Verdienste Thaers, auf Grund der bis dahin gewonnenen, an und für sich zwar reichen, aber noch ungeordneten praktischen Erfahrungen der vorgeschritteneren Kulturländer ein System in die Regeln des landwirtschaftlichen Betriebes gebracht zu haben. Seine ausgezeichnete Befähigung zur Beobachtung und Kritik setzte ihn in den Stand, indem er die mannigfaltigen Gebilde landwirtschaftlicher Betriebseinrichtungen der verschiedensten Gegenden und Länder vergleichend prüfte, die Erscheinungen im Großen zu sichten und ihre Beziehungen zu den örtlichen und zeitlichen Bedingungen der Landwirtschaft darzulegen. Durch diese Richtung seines Schaffens wurde Thaer der Mann, welcher der landwirtschaftlichen Praxis unmittelbar die hervorragendsten Verdienste geleistet hat. Ihr verdankt er ja auch vornehmlich die Auszeichnung, als ein Reformator der deutschen Landwirtschaft gefeiert zu sein und noch heute gefeiert zu werden. Doch größer noch, als in der unmittelbaren Einwirkung auf den praktischen Betrieb erwies sich Thaer in seinen Leistungen für die wissenschaftliche Entwickelung der Landwirtschaft. Er war der Erste, der in überzeugender Weise die Anschauung vertrat, daß die Landwirtschaftslehre ein selbständiges Wissenschaftsgebiet umfasse, auf dem sie zu unterrichten und zu forschen habe und daß sie ihre wissenschaftliche Begründung nach der erzeugenden Seite in den Natur-, nach der ökonomischen Seite in den Wirtschafts-Wissenschaften finde. Die Umsetzung dieses Gedankens in die Tat betrachtete Thaer als die vornehmste Aufgabe seines Ringens und Strebens, und deshalb verdankt die Landwirtschaft diesem Manne den Grund zu dem Lehrgebäude, an dessen Fortführung alle Lehrer und Forscher bis auf unsere Tage gearbeitet haben, das auch für alle Zeiten die Grundlage für die Landbauwissenschaft bilden wird.

Im Jahre 1801 starb der Direktor der Landes-Ökonomie-Manufactur- und Kommerzien-Deputation, Freiherr von Färber, der sich als langjähriger leitender Deputierter große Verdienste erworben hatte. An seiner Stelle ward in der Osterversammlung 1801 der damalige Appellationsgerichtspräsident Graf von Hohenthal einstimmig gewählt.

In derselben Versammlung wurde an der Hand eines Entwurfes zur Teilnahme an einer Schloßenschäden-Assekuranz-Gesellschaft im Meißnischen Kreise aufgefordert; es scheint jedoch aus der Gründung nichts geworden zu sein, weil später davon niemals wieder die Rede ist. Die Landwirte waren zu jener Zeit noch nicht von der Bedeutung des Versicherungswesens überzeugt, das in unserer Zeit eine so gewaltige Ausdehnung erfahren hat. Daß nach der damaligen Ansicht von einer Versicherung keine Vorteile zu erwarten sind, weist Pfarrer Hein aus Gumpelstädt auf der Osterversammlung 1802 nach, wobei er sich entschieden gegen eine vom Hochstifte Würzburg ergangene Aufforderung verwahrt, einer in Würzburg ins Leben zu rufenden Viehassekuranz-Gesellschaft gegen die Rindviehpest beizutreten. Erst auf der Osterversammlung 1812 wird das erste Mal von einer bestehenden Versicherungsanstalt

berichtet, und zwar liegen die „Grundgesetze des Hagel-Schaden-Entschädigungs-Instituts zu Cöthen“ vor.

Zu einem besonderen Ereignis wurde 1803 die Schenkung eines Grundbesitzes. Der Kammerkommissar Leich, Besitzer der Gleditschschen Buchhandlung zu Leipzig, Ehrenmitglied der Sozietät, eignete ihr durch Vermächtnis sein Landgut in Möckern zu, das außer Gebäuden, Hofraum und Garten aus 48 Acker Feld, 15 Acker Wiesen und $2^3/_4$ Acker Holz bestand. Um das gleichfalls vermachte Inventar in gutem Zustande zu erhalten, war dieser Schenkung noch ein auf dem Hause eines gewissen Stolberg in Möckern als Schuld eingetragenes Kapital hinzugefügt worden. Wörtlich lautet jenes Testament folgendermaßen:

„Die Leipziger ökonomische Societät soll mein Landgut in Möckern erben nebst dem Inventario, wie es der Pächter erhalten hat; um dieses im Stand zu erhalten, soll sie das Kapital, so auf Stolberg's Hause stehet, erhalten, so können die Zinsen darzu angewendet werden. Sollte es aber die Societät nicht behalten wollen, so kann es verkauft werden und alsdann die Kaufgelder pro rata an meine Erben und Legate verteilt werden.“

Dieses Landgut in Möckern hatte der Verstorbene von seiner Schwester, Witwe des Buchhändlers Gleditsch, geerbt, die es zur Zeit des siebenjährigen Krieges vom Kammerrat Ebert gekauft hatte. Leich, der der Landwirtschaft großes Interesse entgegenbrachte, hatte das Gut während der Sommermonate bewohnt, durch Ankäufe erweitert und mit Verständnis bewirtschaftet. So wurde durch ihn der Kleebau in Möckern eingeführt, besonders ließ er auch Fohlen nach eigenen Anordnungen aufziehen. Hierdurch zugleich zu einem Kenner der Roßarzneikunde geworden, trat er durch Einreichung von Schriften über diese mit der Ökonomischen Sozietät in Verbindung; er hatte sich jedoch, unbefriedigt von der Aufnahme dieser Arbeiten, als er im Alter von $81^1/_2$ Jahren am 9. August 1803 starb, über 20 Jahre lang den Versammlungen ferngehalten. Durch sein eigenhändiges Testament vom 17. Juli 1794 suchte er dennoch die Zwecke der Sozietät zu fördern. Am 25. April 1804 wurde die Sozietät durch die Herrlich Klugeschen Gerichte zu Möckern mit dem Gute belehnt und dieses von den Mitgliedern Professor Dr. Ludwig und Floßkommissarius Deutrich übernommen.

Den Wert der geerbten Besitzung schätzte man auf ungefähr 10000 Taler; das auf dem Stolbergschen Hause haftende Kapital betrug 1300 Taler, eine Berechnung vom 2. Oktober 1804 ergab an Jahreseinnahmen:

275	Taler	Pacht von der Landwirtschaft,
10	„	für den vom Pächter zu entrichtenden Auszug,
45	„	Pacht von dem Garten,
80	„	Mietzins von dem Herrenhause,
52	„	Interesse von 1300 Talern Kapital auf 4%, so Christoph Heinrich Stolberg zu verzinsen hat,
462	Taler	in Summa.

Die durch den Direktor mit dem Pachter Voigt, dem Gärtner Weidenhammer

und der Witwe Julius abgeschlossenen Pacht- und Miets-Verträge erhalten auf der Michaelisversammlung 1804 die nachträgliche Genehmigung der Sozietät. Im Jahre 1807 genügten indessen die Pachteinnahmen nicht nur nicht zur Deckung der Kriegsunkosten, sondern der Inspektor Hennicke vom Intelligenzkontor in Leipzig, der die Rechnung über das Möckernsche Gut führte, hatte noch 108 Taler vorschießen müssen. Die Geld-Verhältnisse der Sozietät besserten sich jedoch bald wieder; bereits zu Ostern 1808 und Michaelis 1809 wurden für je 500 Taler Staatspapiere angekauft. Während sich der Pachtertrag bis zum Jahre 1810 auf 450 Taler gesteigert hatte, ging er infolge der Kriegsjahre wieder auf 350 Taler zurück.

Das Leben innerhalb der Sozietät bewegt sich indessen in den alten Bahnen weiter. Wie zu Ende des 18., so herrschten auch in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts eine rege Tätigkeit und ein lebhafter Verkehr mit auswärtigen Gesellschaften und Gelehrten. Manche gediegene Arbeit veröffentlichte die Sozietät. So sei besonders auf die in größerem Maßstabe angestellten ökonomisch-chemischen Versuche des Professor Lampadius zu Freiberg hingewiesen. Ferner haben in dieser Zeit wieder verschiedene Preisaufgaben zu eingehender Beschäftigung mit den betreffenden Materien angespornt und manches brauchbare Ergebnis geliefert. Erwähnt seien: „Über die besten Mittel, der Rindviehpest vorzubeugen und deren Kurart,“ „Welche Werkzeuge haben sich in der Praxis des Ackerbaues am besten bewährt?“ „Welches ist die beste Schaufelung der Wasserräder?“ usw. Alle Einsendungen waren zu richten: „An das beständige Sekretariat der Leipziger ökonomischen Gesellschaft in Dresden.“ Die Preise werden in dieser Zeit fast sämtlich von Mitgliedern gestiftet, die Sozietät schreibt nur die Aufgaben nach Wunsch der betreffenden Mitglieder aus und erkennt die Preise zu. Erst im Jahre 1804 wurde der Gesellschaft ein Prägestock zu einer goldenen Medaille im Werte von 50 Talern geschenkt, die an Stelle von barem Gelde bei Preisaufgaben zu dienen schon 1765 bestimmt worden war. Auf der Hauptseite der Medaille sieht man das Bildnis des damaligen Kurfürsten Friedrich August mit der Umschrift: Friedrich August, unser Beschützer. Die Rückseite zeigt Ceres, die Göttin des Ackerbaues, auf einem Pfluge sitzend, mit der Göttin Minerva landwirtschaftliche und technische Unternehmungen besprechen, zu denen der Gott des Handels, Merkur, seine Unterstützung und Hilfe zusagt. Die Umschrift auf der Rückseite lautet: „Forschen, Prüfen, Wirken; Leipziger ökonomische Gesellschaft.“

Am 11. Dezember 1807 erlitt die Gesellschaft einen großen Verlust durch den Tod ihres langjährigen verdienten beständigen Sekretärs, Kommissionsrat Riem, der dieses Amt seit 1785 mit größter Auszeichnung bekleidet hatte. In der Osterversammlung 1808 werden dem Andenken des Verstorbenen von dem Obersteuerdirektor und Kammerherrn von Carlowitz tiefgefühlte Worte wärmster Anerkennung gewidmet. In die erledigte Stelle wird der frühere Sekretär der Königl. Sächs. Landeskommission, Hofrat Friedrich Christian Franz, gewählt.

Nicht lange sollte es dem Direktor der Sozietät, dem Grafen von Einsiedel, vergönnt sein, seinen Sekretär, mit dem er in den letzten 22 Jahren die Geschäfte der Sozietät gemeinsam geführt hatte, zu überleben. Am 17. Dezember 1810 wurde er im Alter von 74 Jahren in Mückenberg vom Tode ereilt, nachdem er 33 Jahre

lang der Gesellschaft vorgestanden hatte. Ausgezeichnet durch vielseitige Kenntnisse, durch unermüdliche Tätigkeit und durch das Streben, allenthalben Licht und Wahrheit zu verbreiten, durch den Adel seiner Gesinnung und die Uneigennützigkeit seines Wirkens hatte er sich die Hochachtung und die Verehrung des In- und des Auslandes erworben. Wie hoch die Ökonomische Sozietät die Verdienste dieses Direktors schätzte, und wie ungeteilt sie in ihm den Mann erkannt hatte, der sich ihren Zwecken mit seiner ganzen Persönlichkeit gewidmet hatte, zeigt die vieljährige Übertragung des Direktorats und die Nichtanwendung der Vorschrift der Statuten, nach welchen das Direktorium immer nach zwei Jahren für erledigt zu erachten ist. Das letzte Mal hatte Graf von Einsiedel als Vorsitzender der Leipziger Ökonomischen Sozietät die Ostermeßversammlung 1805 geleitet. Von dieser Zeit an bis zu seinem Tode hat er sich in den Hauptversammlungen vertreten lassen durch den Grafen Langenau, den Grafen Hohenthal, den Amtshauptmann von Brandenstein, den Kammerherrn von Carlowitz, Kammerherrn von Wolffersdorff und Freiherrn von Gutschmid. Seinen Nachfolger erhielt er in der Person des Konferenzministers und wirklichen Geheimen Rates Peter Carl Wilhelm Grafen von Hohenthal, der, wie bereits erwähnt, von Ostern 1801 an als dirigierender Deputierter dem Verstorbenen getreulich zur Seite gestanden hatte.

Der Anzeige von der Neuwahl des Direktors ist ein Mitgliederverzeichnis beigelegt, das 171 ordentliche, zur Zeit lebende Mitglieder, und 516 Ehrenmitglieder anführt. In einem Nachtrage zu diesem Verzeichnis werden in der nächsten Anzeige noch die Namen von 15 weiteren Ehrenmitgliedern mitgeteilt, die in der ersten versehentlich nicht genannt waren, sodaß zu Ostern 1811 die Sozietät tatsächlich 702 Mitglieder zählte.

Der Freiheitskampf des deutschen Volkes gegen das napoleonische Joch im Jahre 1813 ist auch an der Sozietät nicht spurlos vorübergegangen. Nur eine einzige Anzeige wurde in diesem Jahre gedruckt, eine Hauptversammlung aber weder zu Ostern noch zu Michaelis abgehalten. Zur Erledigung der dringendsten Geschäfte ist die Hauptdeputation einige Male zusammengetreten. Eine Direktorwahl scheint jedoch überhaupt nicht stattgefunden zu haben. Als Folge der Kriegsjahre wurde der Jahresbeitrag um die Hälfte des bisherigen erniedrigt, und die Ausgaben wurden demgemäß beschränkt. Nach der im Jahre 1815 erfolgten Teilung des Königreichs Sachsen wurde in einer Hauptversammlung zu Dresden am 2. Oktober 1816 beschlossen, „in den Statuten dasjenige abzuändern, was dem jetzigen Umfange des Landes und der Zeit nicht mehr zu entsprechen schien“, in einer weiteren Versammlung, die unter Leitung des neuerwählten Direktors, des Kabinetsministers und Staatssekretärs Grafen Detlev von Einsiedel, zu Anfang des Jahres 1817 zu Dresden abgehalten wurde, faßte man den Beschluß: bei Sr. Majestät dem Könige Genehmigung zu erwirken, daß die 1765 bestätigte Leipziger Ökonomische Sozietät neue Statuten annehmen und sich in eine „Ökonomische Gesellschaft im Königreich Sachsen mit dem Sitze in Dresden“ umwandeln dürfe. Dieses Gesuch, das durch seine Abfassung den Anschein erweckte, als ob es von der Leipziger Ökonomischen Sozietät in corpore beschlossen worden wäre, fand allerhöchste Genehmigung und die vorgelegten neuen

Statuten wurden bestätigt. Nun war aber jene Versammlung, in der das eben gedachte Ersuchen beschlossen wurde, überhaupt keine statutenmäßige Veranstaltung. Denn nach § 4 der 1764 konformierten Satzungen sollen die allgemeinen Zusammenkünfte der Gesellschaft allemal in Leipzig, und zwar ohne besondere Einladung in jeder Oster- und Michaelismesse, gehalten werden, und außerordentliche allgemeine Zusammenkünfte, die der Direktor oder vorsitzende Deputierte allerdings zusammenberufen darf, durften wohl zu einer anderen Zeit, aber keineswegs an einem anderen Orte veranstaltet werden. Jener Beschluß war aber auch durchaus nicht einstimmig gefaßt worden, denn es waren 15 Mitglieder, die in einer diese Sache betreffenden Petition vom Hofrat Mahlmann namentlich aufgeführt werden, bei jener Dresdner Versammlung nicht zugegen. Höchstwahrscheinlich haben außer diesen noch andere, deren Namen nicht bekannt geworden sind, bei jener Zusammenkunft gefehlt und daher ihre Einwilligung zu der Verfassungsänderung nicht gegeben.

Durch die neuen Statuten wurden die außerhalb Dresdens und des Meißener Kreises wohnhaften Mitglieder der Sozietät zu Kreisvereinen in Bautzen, Chemnitz, Leipzig und Plauen verbunden und diese Neugestaltung wurde später durch öffentliche Anzeigen bekannt gemacht. Die Vorsitzenden und die Sekretäre dieser Kreisvereine sollten von einer Dresdner Hauptversammlung gewählt und die Sitzungsprotokolle der Hauptdeputation in Dresden eingeschickt werden. Demgemäß wurde für Leipzig am 5. November 1817 Kreishauptmann Alexander von Einsiedel auf Prießnitz bei Borna als Direktor und der Professor der Ökonomie und Technologie Friedrich Pohl zum Sekretär ernannt. Dieser hatte durch ein Rundschreiben die in Leipzig und Umgegend wohnenden Mitglieder zu einer Versammlung für den 23. Februar 1818 in der Pleißenburg zusammenberufen, wo den Erschienenen, wie es im Verhandlungsnachweise über diese Sitzung heißt, „die von einem hohen Directorio beliebte Abänderung der Leipziger ökonomischen Societät zu einer neuen ökonomischen Gesellschaft im Königreich Sachsen besonders bekannt gemacht wurde." Nachdem der Vorsitzende der bedeutsamen Wirksamkeit der Gesellschaft seit der Zeit ihrer Stiftung rühmend gedacht, und zu gleicher hingebender Arbeit in Zukunft aufgefordert hatte, brachte Professor Arndt den Dank der anwesenden Mitglieder des „Leipziger Vereins" für die Bemühungen des Direktors zum Ausdruck, und ohne Einspruch von irgend jemand zu erfahren, schritt man zur Konstituierung des neuen Vereines.

Da die bisherigen Versammlungen als zu wenig zahlreich erachtet wurden, beschloß man neben den beizubehaltenden Haupt- noch 10 Monats-Versammlungen einzuberufen. Die beiden Hauptversammlungen sollten wie bisher in der Zahlwoche der beiden Messen zu Ostern und zu Michaelis abgehalten werden, sowohl um die „Leipziger Stiftung" hochzuhalten, als auch wegen des während der Messe erfolgenden Fremdenzudranges nach Leipzig. Man hielt es weiter für zweckmäßig, in Leipzig selbst eine Sammlung von Modellen, Büchern, Maschinen, Naturalien und anderen Gegenständen anzulegen. In der nächsten Versammlung wurden dann die neuen Statuten im Entwurfe vorgelesen und fanden freudige Anerkennung.

Gegen diese Umgestaltung, an der verschiedene Mitglieder der Leipziger ökonomischen Sozietät, sogar Mitglieder der Deputation keinen Anteil gehabt haben, weil

sie zu der betreffenden Versammlung am 23. Februar nicht eingeladen worden waren, ist allerdings nicht sofort Verwahrung eingelegt worden. So sind besonders Hofrat Mahlmann, Kaufmann Reichel und einige andere in jener Februarversammlung nicht zugegen gewesen. Immerhin muß man aber annehmen, daß sie bei den nächsten Monatsversammlungen, am 12. März und am 21. April, von dem Vorgefallenen Kenntnis gehabt haben, und es wäre somit ihre Pflicht gewesen, gegen jene Beschlüsse zu protestieren. Statt dessen aber ließen sie die Dinge ruhig ihren Gang gehen und den Leipziger Kreisverein der ökonomischen Gesellschaft im Königreiche Sachsen entstehen. So geht das Jahr 1818 hin ohne die geringste Äußerung der Unzufriedenheit; mit großer Freude und Genugtuung wurde in der zahlreich besuchten Dezemberversammlung 1818 der Hofrat Professor Dr. Rosenmüller, Rektor magnificus, begrüßt und es herrscht eitel Freude ob der vorzüglichen Wirksamkeit des Vereins. Erst am 3. Februar 1819 tritt ein Umschlag in der Stimmung der versammelten Mitglieder ein, weil der „Präses", der Kreishauptmann von Einsiedel, kurz vor Beginn der Versammlung in einem Schreiben sein Fernbleiben ankündigte, ohne einen Grund dafür anzugeben. Man fühlte sich durch die Form dieses Schreibens verletzt und erkannte darin Anzeichen, wie sehr man von anderer Seite her die „Leipziger ökonomische Sozietät" zu beeinträchtigen bemüht sei. Professor Pohl legte daraufhin das Sekretariat nieder, nahm es aber nach einstimmiger Wiederwahl aus den Händen „der verehrten Herren Mitglieder der Leipziger ökonomischen Societät" wieder entgegen. Eine eingehendere Verhandlung über diese Angelegenheit wurde auf später verschoben. Seit jener Februarsitzung jedoch ist der Name „Kreisverein" völlig verschwunden, und man begann von jetzt an auf Grund des alten Namens „Leipziger ökonomische Societät" selbständig Mitglieder aufzunehmen.

Um eine Wiedervereinigung der Leipziger Ökonomischen Sozietät und der Ökonomischen Gesellschaft im Königreiche Sachsen herbeizuführen, hatte der Kreishauptmann von Einsiedel am 23. August eine Konferenz in Leipzig einberufen, zu der einige Mitglieder der Leipziger Sozietät eingeladen waren, und in der die Dresdner Gesellschaft durch ihren dirigierenden Deputierten, den Grafen von Hohenthal, vertreten war. Diesem gelang es jedoch nicht, die Leipziger von der Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Dresdner Gesellschaft zu überzeugen, vielmehr gaben die Leipziger die Erklärung ab, unentwegt an der alten Leipziger ökonomischen Sozietät festhalten zu wollen. Am 7. November wird Professor Dr. Rosenmüller zum Direktor und Hofrat Mahlmann sowie fünf andere Herren zu Deputierten ernannt; beständiger Sekretär blieb Professor Pohl.

II. Die Wiederherstellung der Leipziger Ökonomischen Sozietät.

So war nun die alte Leipziger Sozietät wieder errichtet worden, und man mußte suchen, das frühere gemeinsame Eigentum, das die Ökonomische Gesellschaft im Königreiche Sachsen jetzt in eigenem Interesse verwaltete, durch den Nachweis wieder zu gewinnen, daß man die rechtmäßige Fortsetzung der i. J. 1763 gegründeten Sozietät sei. Aus diesem Grunde wandte sich die Sozietät am 2. August 1820 an die Leipziger Juristen-

fakultät mit dem Ersuchen um Abgabe eines Rechtsgutachtens über die Verhältnisse zwischen ihr und der Dresdner Gesellschaft; die Fakultät jedoch lehnte das Gesuch ab. Ebenso wies der Leipziger Schöppenstuhl, an den alsdann eine Eingabe gemacht wurde, die Sache als bedenklich zurück; erst die Juristenfakultät in Jena, der die Sache am 17. August unterbreitet wurde, willfahrte dem Wunsche im Dezember 1820 durch Zufertigung eines Gutachtens. Um von vornherein jedem Scheine von Parteilichkeit vorzubeugen, war die Eingabe von Professor Pohl persönlich gemacht und es waren in der Sachdarstellung fingierte Namen gebraucht worden.

Das von der Juristenfakultät in Jena erstattete Gutachten war nun sehr günstig für die Leipziger Ökonomische Sozietät, indem es ausführte, daß sie

1) rechtlich in der ursprünglichen statutenmäßigen Verfassung noch fortbestehe;
2) daß der seiner Zeit in Dresden gefaßte Beschluß weder für die beteiligte Mehrzahl noch für die übrigen Gesellschaftsmitglieder verbindlich sei;
3) daß die Leipziger Sozietät berechtigt sei, jene Mitglieder, welche seit 1817 keine Beiträge zur Kasse abgeführt haben, als ausgeschlossen zu betrachten;
4) daß bloß der Leipziger Sozietät das bis 1817 erworbene Vermögen zustehe, ohne daß die Dresdener Gesellschaft Anspruch daran habe;
5) daß nur die seit 1817 von der Sozietät aufgenommenen Mitglieder Teilnehmer an dem Vermögen der alten Gesellschaft seien, nicht aber die der Ökonomischen Gesellschaft seitdem beigetretenen Herren.

Wegen des zu ergreifenden Rechtsmittels betont das Gutachten allerdings die großen, für die Sozietät vorliegenden Schwierigkeiten.

Der nächste Schritt der Sozietät ist nun eine unmittelbare Eingabe an Se. Majestät den König. Nach Darstellung des Sachverhaltes und unter Berufung auf die 1765 bestätigten Statuten und das beigelegte Rechtsgutachten der Jenaer Juristenfakultät schließt das Gesuch mit folgendem Satze: „Wir gründen auf dieses alles das allerunterthänigste Gesuch, Euer Königliche Majestät wollen uns in dem durch mehrere Mitglieder der ökonomischen Gesellschaft des Königreich Sachsen und nunmehro durch diese Gesellschaft uns entzogenen Besitz des der Leipziger ökonomischen Societät zuständigen Eigentums allergnädigst wiederum einzusetzen und der Ökonomischen Gesellschaft des Königreichs Sachsen, daß sie über die bisher erhobenen Nutzungen Rechnung ablege und auch diese uns restituiere, anzubefehlen, oder wenigstens uns in allerhöchsten Gnaden zu verstatten geruhen, daß wir unsere diesfallsigen Gerechtsame ausführen, und daß zwischen uns und der Ökonomischen Gesellschaft des Königreichs Sachsen über unsere gegenseitige Rechtsbehauptung rechtlich erkannt werde, wobei wir zugleich devotest den Gang, welchen dieser Rechtsstreit zwischen uns nehmen solle, Allerhöchstselbst vorzuschreiben bitten."

Diese Eingabe trägt das Datum vom 5. Februar 1821 und es erfolgt darauf unter dem 20. Juni die Antwort der Landesregierung, daß es den Klägern unbenommen bleibe, „ihre vermeintlichen rechtlichen Ansprüche wegen des obbemeldeten Gegenstandes, daferne sie sich damit fortzukommen getrauen, im Wege rechtens anund auszuführen." Als Beilage begleitet diesen Kanzleischein eine Rechtfertigung der Ökonomischen Gesellschaft im Königreiche Sachsen vom 1. Mai 1821, in der

ausgeführt wird, daß die alte Sozietät schon seit 1765 ihren eigentlichen Wohnsitz zu Dresden, dem Wohnorte ihrer Direktoren und des Sekretärs, dem Orte ihrer Kasse, dem Heime ihrer reichen Sammlungen, gehabt, daß mithin von einer Überführung des angeblich in Leipzig aufbewahrten Eigentums der Gesellschaft gar nicht die Rede sein könne, daß die Verlegung der Hauptversammlung in Übereinstimmung mit den Leipziger Sozietätsmitgliedern geschehen sei, und daß über ein Jahr lang niemand der öffentlichen Bekanntmachung wegen Verlegung der Versammlungen widersprochen habe. Die Mitglieder hätten auch nach wie vor von Leipzig aus ihre Jahresbeiträge regelmäßig eingesandt, die Versammlungen in Leipzig unter dem Kreishauptmann von Einsiedel ordentlich besucht, auch die Protokolle über solche bei der Ökonomischen Gesellschaft eingereicht und damit die völlige Anerkennung deutlich ausgesprochen. Außerdem hätten Hofrat Mahlmann und Kaufmann Reichel am 30. September 1819 ihren Austritt aus der Gesellschaft erklärt, und die anderen fünf Konsorten seien Ehrenmitglieder, die nach § 2 der alten und nach § 10 der neuen Statuten kein Votum deliberativum, sondern nur ein votum consultativum hätten und folglich gar nicht berechtigt wären, über Verfassungsänderungen abzustimmen.

Zu diesen Einwendungen bemerken Mahlmann, Reichel und andere, daß sie ihren Austritt nur aus der Ökonomischen Gesellschaft im Königreiche Sachsen, die sie nicht als berechtigte Fortsetzung der alten Leipziger Sozietät anerkennten, erklärt hätten.

Noch gegen Ende des Jahres 1821 wurde dann eine Klageschrift von Hofrat Mahlmann, Geheimen Hofrat Dr. Baumgarten, Kaufmann Reichel und Konsorten im Namen der Leipziger ökonomischen Sozietät gegen die Ökonomische Gesellschaft im Königreich Sachsen bei Sr. Majestät dem Könige eingereicht, in der nach Darstellung des Sachbestandes folgende Bitte ausgesprochen wird:

„Die beklagte Ökonomische Gesellschaft im Königreich Sachsen zur Herausgabe sämtlicher der Leipziger Ökonomischen Societät im Jahre 1817 zuständig gewesenen, damals in den Besitz der Beklagten gekommenen Güter, baren Gelder, Kapitalien, Bücher, Manuskripten, Modellen und sonstigen Gegenständen nach einer eidlich zu bestärkenden Spezifikation cum fructibus perceptis et percipientis, soviel das darunter befindliche bare Geld betrifft, mit Zinsen von Ostern 1817 an, auch in die Erstattung der Kosten des Prozesses zu verurteilen".

Die vom Königlich Sächsischen Appellationsgerichte eingehende Antwort vom 15. Juni 1822 besagt hierauf, daß Se. Königliche Majestät zur Zeit Anstand nehme, der beklagten Ökonomischen Gesellschaft im Königreich Sachsen die Rechte einer Korporation und die Schriftsässigkeit zu belassen. Ihre Mitglieder seien daher im Falle einer gegen letztere anzustellenden Klage nur als Streitgenossen zu betrachten, und „in Maßen selbige unter verschiedener Gerichtsbarkeit ständen, vor dem, nach Vorschrift des Mandats vom 13. März ds. Js. § 17, jetzt bei der Königlich Sächsischen Landesregierung allein stattfindenden Gerichtsstand des Zusammenhangs der Sache zu belangen seien".

Unverzüglich wurde jetzt die Klage bei der Königlichen Landesregierung eingereicht. Nach Verlauf einiger Monate kam, erst nach mehrmaliger Erinnerung, der Bescheid zurück, daß in der Klageschrift die einzelnen Mitglieder der Dresdner Ge=

sellschaft namentlich angeführt werden sollten, da die Ökonomische Gesellschaft kein „corpus“ bilde und die Klage somit gegen „singulos“ ginge. Der Rechtsbeistand der Leipziger Ökonomischen Sozietät, Heinrich Reinhard, bemühte sich zunächst mündlich, dann auch schriftlich, ein Mitgliederverzeichnis der Dresdner Gesellschaft zu bekommen, um es einzusenden. Ob es dazu gekommen ist, darüber finden sich in den Akten keine Belege. Erwähnt seien nur einige Bemerkungen aus einem Briefe, den Hofrat Mahlmann in dieser Angelegenheit an den Syndikus Dr. Günther schrieb: „Es ist unerhört, welche Mittel man anwendet, diese Sache zu verschieben. Wo ein Minister an der Spitze steht, sollten solche Wege am wenigsten beschritten werden.“

Die tatsächlichen Verwickelungen hatten sich indessen vermehrt, weitere Vermittelungen durch Berghauptmann von Herder waren ebenfalls gescheitert, sodaß beiden Seiten endlich eine gerichtliche Vereinbarung erwünscht erschien. Eine solche ist denn auch — es sei hier im voraus erwähnt — als ein „Rezeß“ am 6. September 1824 zustande gekommen und hat am 28. März 1825 die Königliche Bestätigung erhalten.

Unbeachtet dieser Beunruhigungen hat die Leipziger Ökonomische Sozietät ihre Tätigkeit von 1819 an erfolgreich fortzusetzen gewußt. Wie bereits mitgeteilt wurde, fand jetzt allmonatlich eine Versammlung statt, und man widmete sich mit neuem Eifer der Erörterung volkswirtschaftlicher Fragen und der Förderung des landwirtschaftlichen Gewerbes. So faßte man den Beschluß, auf dem Möckernschen Gute, dem Wunsche des Erblassers gemäß, Anbau- und Düngungsversuche anzustellen, da man diese als das beste Anschauungsmittel zur Verbreitung landwirtschaftlicher Kenntnisse würdigte. Weiter bemühte man sich in anerkennenswerter Weise, den Getreidemarkt in Leipzig zu fördern und gedachte so in gleicher Weise dem Interesse der erzeugenden Landwirte wie der Getreidehändler und des verzehrenden Publikums zu dienen.

In der Versammlung am 2. Januar 1821 wurde von einem Mitgliede der Sozietät der Plan über die Gründung einer Sparkasse in Leipzig entwickelt. Um in dieser Angelegenheit, deren Besprechung schon manche Stunde in den Versammlungen gewidmet worden war, weiterzukommen, wurde eine Kommission gewählt, die das ganze für diesen Zweck eingegangene Material nochmals durcharbeiten und dann die nötigen Schritte zur Verwirklichung des Planes unternehmen sollte. Einem Antrage dieser Kommission hat der Rat der Stadt Leipzig Folge gegeben. Am 7. Februar wurde die erste Versammlung wegen dieser Sache im Börsensaale abgehalten. Darauf hatte der Rat ein Lokal für die Expedition angewiesen und ein von den Sozietätsmitgliedern Dr. Becker und Ambrosius Barth auf Grund der Satzungen mehrerer fremder Sparkassen entworfenes Statut mit diesen Herren unter Mitwirkung des Antragstellers, des Kaufmanns Pultz, vereinbart.

Ein großes Verdienst erwarb sich die Sozietät um die Verbesserung der Feuerstätten in den Wohnhäusern. Weiter wurde die Besprechung der im Sommer 1820 bei Lausigk entdeckten Mineralquelle zu wiederholten Malen auf die Tagesordnung der Versammlungen gesetzt. Die von einem Sozietätsmitgliede, dem Chemiker Flock, ausgeführte Analyse der als sehr mineralhaltig erkannten Quelle hatte das erfreuliche Ergebnis, daß sie reichhaltiger war, als das Wasser der meisten zu jener Zeit in

Deutschland bekannten Bäder. In der Auffassung, für das Wohl des Vaterlandes zu wirken und das Volksvermögen unserer engeren Heimat zu erhöhen, betrieb die Sozietät die Anlage und den Ausbau des Bades, sodaß die Einweihung bereits am Himmelfahrtstage 1821 stattfinden konnte.

Von weiteren Verhandlungsgegenständen seien nur auf die damals in der Leipziger Gegend noch unbekannte Gründüngung und auf die Verwendung des Mergels als Düngemittel hingewiesen; ein bestimmtes Urteil über den Wert dieser Maßregeln hatte man jedoch nicht.

In der Holzsäure glaubte man ein ausgezeichnetes Mittel gegen die Maul- und Klauenseuche gefunden zu haben. Man begnügte sich jedoch nicht damit, Erfahrungen, die Landwirte und Tierärzte damit gemacht hatten, zu sammeln, sondern veranlaßte auch Mitglieder zur Anstellung von praktischen Versuchen mit diesem Mittel.

Am 7. März 1820 wird der Sozietät der Tod des Direktors Dr. Rosenmüller mitgeteilt, und dem Entschlafenen werden vom Professor Pohl herzliche Worte der Anerkennung und des Dankes gewidmet. Zunächst wurde dem 1. Deputierten, Professor Ribbe, die Leitung übertragen; erst in einer Versammlung am 9. Oktober 1821 fand eine Neuwahl statt, in der Hofrat Mahlmann zum Direktor gewählt wurde.

In diese Zeit fallen manche erfreuliche Erscheinungen, aber auch die bittere Erfahrung drängt sich auf, daß die landesherrliche Gnade der Gesellschaft nicht mehr zuteil werde, wie dies schon aus den wenig wohlwollenden Zufertigungen in der Prozeßsache mit der Dresdner Gesellschaft, noch mehr aber aus der Allerhöchsten Orts befohlenen Entziehung des Sitzungssaales in der Pleißenburg hervorgeht. Mehrere Eingaben in dieser Angelegenheit hatten nur geringen Erfolg.

Ein klares Bild von der Art der Wirksamkeit der Sozietät in dieser Zeit geben die Worte, die Professor Pohl zur Einleitung seines Vortrages auf der Hauptversammlung am 2. Mai 1820 über die Tätigkeit der Gesellschaft ausspricht:

„Die Ereignisse, welche in dem letztverflossenen halben Jahre die Leipziger ökonomische Sozietät getroffen haben, sind bis auf den Verlust zweier sehr geehrter Mitglieder nur erfreulich und beziehen sich einzig nur auf die zweckmäßige Wirksamkeit, der nur die gleichkommt, welche an der Sozietät, als sie noch in ihrer Jugendkraft war, gerühmt wird und ihr durch ganz Deutschland Aufmerksamkeit und Ruhm erwarb, ja die Verdientesten zur geehrten Teilnahme bewegte. Auch gibt es wirklich in Deutschland keine andere so zahlreiche Gesellschaft für gemeinnützige Zwecke, auch ist mir nicht erinnerlich, daß irgend eine zu gleichem Ruhme sich aufschwang. Auch hier wird die Wahrheit in der Tat ausgesprochen, daß die Unternehmungen, welche in Leipzig begonnen werden, zum kräftigen Gedeihen kommen, vom Neide und Eigennutze nur angefochten, aber nicht unterdrückt werden können. Ein Rückblick auf unsere in diesem halben Jahre bewiesene Tätigkeit führt uns zu der sehr erfreulichen Ansicht, daß wir bei der Beachtung derselben der Elteren Ruhm keineswegs schmälern können. Es ist unter den Herren anwesenden Mitgliedern ein so rühmlicher Eifer für die gute Sache erwachsen, daß wir vielmehr die gerechte Hoffnung hegen dürfen, das beabsichtigte Gute werde mit noch festerer Hand befördert werden.

In dem vergangenen Halbjahre sind 49 neue Mitglieder aufgenommen worden, und viele wertvolle Geschenke an Büchern, Schriften, Maschinen und Modellen, Mineralien und Warenproben der Gesellschaft zugeflossen. Auch manche ansehnliche Geldspende zeugt von dem uneigennützigen Eifer, mit welchem sich die Mitglieder den gesellschaftlichen Zwecken widmen."

Während so die innere Fortentwickelung zu großen Hoffnungen berechtigte, machten sich von außen feindliche Einflüsse bemerkbar und störten die friedliche Arbeit der Sozietät. Wir brauchen nur an die bereits angedrohte Entziehung des Versammlungssaales in der Pleißenburg zu erinnern. Recht deutlich geht aber die Erbitterung und der geheime Groll, der sich aus diesen Gründen der Mitglieder bemächtigt hatte, aus den Worten des Professors Pohl gelegentlich der Erstattung des Tätigkeitsberichts auf der Osterversammlung 1821 hervor: „Sieht man zunächst auf die Art und Weise und die bezweckte Tätigkeit, so ist gar nicht zu verkennen, daß der Sinn für die gemeinnützige Sache noch mehr geweckt worden ist und zu großen Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Der feindseligste Gegner, wäre er in unseren Versammlungen zugegen gewesen, müßte uns das Zeugnis geben, daß wir bei wenig Mitteln mehr getan haben, als die Sozietät in einer früheren Periode bei vielen Mitteln und Unterstützungen je zu bewirken vermochte. So begünstigt würde die Sozietät in einem Lande, wo die Gewerbe fast ohne Aufmunterung gedeihen und durch die Gewerbsbürger zum höchsten Flor gelangen, wo das Volk so viel Sinn für die Wissenschaft zeigt und soviel Vorbildung hat und zwar, da sie ihren Sitz in Leipzig, wo Belehrung leichtlich fußt und sich sicher verbreitet, hohe Wirksamkeit erlangen und sich zu einem Vereine erheben, der alles faßt, was die Mittel zur Belebung in Gewerben betrifft. Sie würde diesen hohen Zweck umso eher und sicherer erreichen, wenn sie sich ein Lokal erwerben könnte, wo sie nicht nur ihre eigentümlichen Sammlungen, sondern auch die technischen Mittel und Kunstprodukte zur Belehrung und Aufmunterung aufstellen könnte."

Inbetreff der Lokalfrage war bereits erwähnt, daß der Sozietät im Jahre 1821 ganz unerwartet die Abhaltung einer für den 20. Mai vorgesehenen Versammlung im Saale der Pleißenburg verboten und die unverzügliche Ablieferung der Schlüssel an die Kreishauptmannschaft befohlen wurde, weil vom Direktor der ökonomischen Gesellschaft im Königreich Sachsen der Regierung mitgeteilt worden war, daß die Leipziger ökonomische Sozietät aufgehört hätte zu existieren. Auf ein beim Geheimen Finanzkollegium eingereichtes Gesuch, in dem die Verhältnisse der Leipziger ökonomischen Sozietät eingehend dargelegt wurden, erging unter dem 27. Dezember 1827 die Mitteilung, daß der Saal im runden Turme der Pleißenburg der Sozietät weiter, aber gegen Erstattung einer Miete von 20 Talern im Jahre, überlassen werden solle, unter der Bedingung, daß der katholischen Geistlichkeit die Mitbenutzung wie bisher unentgeltlich gestattet würde. Gegen diese Forderung protestierte die Sozietät; jedoch finden wir in den Akten keine Mitteilung über eine Antwort, wohl aber ist der bewußte Pleißenburgsaal weiter als Versammlungsraum benutzt worden, bis dann vom Jahre 1846 ab die Versammlungen in einem Zimmer der Königlichen Kreisdirektion abgehalten werden. Diese Veränderung scheint eine Folge des abnehmenden

Besuches der Versammlungen gewesen zu sein, da aus den Wahlprotokollen, welche seit 1823 notariell geführt werden, eine starke Verminderung des Besuches zu erkennen ist. Der Notar Dr. Mothes, ein Mitglied der Sozietät, hatte sich in der Juliversammlung 1823 freiwillig bereit erklärt, „die Protokolle über Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten der ökonomischen Sozietät zu Leipzig als Notar, und zwar unentgeltlich, zu führen," und er tat dies auch in Beisein des Syndikus Dr. Günther. Nach des letzteren Tode wurde Dr. Mothes Syndikus mit Honorar für seine Arbeiten bis zu seinem Lebensende im Jahre 1856, wo dann Domprobst Dr. Emil Wendler an seine Stelle trat.

Nach diesen Ausführungen über die Tätigkeit und Entwickelung der Sozietät in der Konfliktszeit soll noch auf die streitige Frage wegen ihres Rechtsverhältnisses zur ökonomischen Gesellschaft im Königreich Sachsen kurz eingegangen werden. Zunächst ist anzuführen, daß der schon oben erwähnte Vergleich zwischen den beiden Gesellschaften am 1. September 1824 an Se. Majestät den König mit der Bitte abgegangen war:

„den demütigst überreichten Rezeß und mit ihm das selbständige Fortbestehen beider Gesellschaften allergnädigst zu konfirmieren" und einem weiteren Gesuch: „jedem der beiden Vereine die jura universitatis ordinate und die Schriftsessigkeit huldreichst zu erteilen."

Auf diese Eingaben erfolgte gegen Ende Februar 1825 die Königliche Antwort durch die Landesregierung mit zwei Urkunden, welche den Rezeß bestätigen und beiden Gesellschaften Korporationsrechte und Schriftsessigkeit erteilten.

Die wichtigsten Paragraphen dieses Rezesses seien im folgenden wörtlich angeführt:

§ 1.

Die im Jahre 1765 gegründete Leipziger ökonomische Societät besteht künftig in zwei von einander unabhängigen, gleich selbständigen Gesellschaften, und zwar die eine in Dresden, nach ihren Statuten vom 13. Mai 1817, und die andere in Leipzig, nach den Statuten vom 18. Februar 1765, jedoch dergestalt, daß es beiden unbenommen bleibt und ist, ihre Statuten vom 28. Februar 1765 resp. 13. Mai 1817 auf gehörigem Wege zu verändern, insoweit die Neuerung nicht den Sitz und den Zweck derselben betrifft, und die deshalb in besagten Statuten bestehenden Vorschriften alteriert. Beide Gesellschaften wollen jedoch stets in wissenschaftlicher Verbindung miteinander bleiben, auch sich wechselseitig in Beförderung ihrer wissenschaftlichen Zwecke unterstützen.

§ 2.

Die ökonomische Gesellschaft zu Leipzig wird als Eigentümerin des aus der Stiftung Christian Andreas Leich's herrührenden Landguts in Möckern nebst Zubehör, sowie eines von Christoph Heinrich Stollberg acquirierten Hauses daselbst anerkannt und tritt in Besitz und in die Nutzung dieser Grundstücke und des Inventarii derselben, . . .

§ 3.

Die ökonomische Societät zu Leipzig hat sich aller Veräußerung und Verpfändung des gedachten Landgutes nebst Zubehör zu enthalten. Wenn sich dieselbe auflöst, oder den Sitz und den Zweck, welchen sie nach den Statuten vom 28. Februar 1765 hat, nicht mehr annimmt und verfolgt, oder Leich's Testaments Erben etwas gegen den vorliegenden Vergleich unternehmen und durchführen würden, so fällt diese Besitzung mit ihren Zubehörungen, wie solche alsdann stehen und liegen werden, der Ökonomischen Gesellschaft zu Dresden anheim.

In den anderen fünf Paragraphen des Rezesses wird weiter bestimmt, daß alle Modelle, Maschinen und Geräte, die sich in Leipzig befinden, der hiesigen Sozietät verbleiben, während das übrige, bis zum Jahre 1817 erworbene Vermögen der Ökonomischen Gesellschaft im Königreich Sachsen zu Dresden zukommt, und die Leipziger Ökonomische Sozietät allen Ansprüchen darauf entsagt.

Dieser Vergleich ist für die Leipziger Ökonomische Sozietät nicht ungünstig ausgefallen; denn sie wird dadurch als die rechtmäßige Fortsetzung der alten Gründung vom Jahre 1765 anerkannt und ihr aus diesem Grunde der Möckernsche Grundbesitz zugesprochen. Das einzige, was man in späterer Zeit an dem Vertrage zu tadeln fand, war, daß ihr ein Erbrecht an dem Vermögen der Dresdner Gesellschaft, für den Fall, daß diese sich auflösen sollte, nicht zugestanden worden war, während sie sich dieser Bedingung hinsichtlich der Leich'schen Schenkung gegenüber der Dresdener Gesellschaft unterworfen hatte. Inwieweit dieser Vorwurf berechtigt ist, läßt sich schwer sagen; jedenfalls müssen wir in diesem Zugeständnis eine Sühne dafür sehen, daß Hofrat Mahlmann und Genossen nicht sofort gegen den statutenwidrigen Beschluß in Sachen der Namensänderung und der Verlegung der Hauptversammlungen von Leipzig nach Dresden Verwahrung eingelegt hatten.

Die glückliche Durchführung des Streitfalles ist in der Hauptsache dem damaligen Sozietäts-Direktor, dem schon erwähnten Hofrat Mahlmann, zu verdanken, der mit großer Energie und Geistesschärfe das Recht der bedrängten Sozietät zu wahren wußte. Nachdem er im Jahre 1817 als Mitglied beigetreten war, wurde er bereits 1819 zum Deputierten erwählt, und nahm in dieser Eigenschaft unter dem Direktorium Rosenmüllers an den Beratungen, welche die Sicherung des Bestandes der Gesellschaft betrafen, lebhaften Anteil. Nach Rosenmüllers Tode wurde Mahlmann in der Hauptversammlung am 9. Oktober 1820 einstimmig zum Direktor der Sozietät ernannt. Als solcher faßte er zunächst eine straffere Organisation der Gesellschaft ins Auge. So gab er eine neue Dienstanweisung für den Sekretär heraus, der ein Gehalt von 150 Talern im Jahre bezog. Auf seinen Vorschlag wurde das ziemlich ungeordnete und mit dem Sekretariate verbundene Kassengeschäft einem besonderen Kassierer übertragen, es wurden Verzeichnisse von Büchern und Modellen angelegt, und die Bücher einem Bibliothekar, der zugleich Archivar wurde, sowie die Modelle und übrigen Sammlungen einem besonderen Modellinspektor übertragen. Besonders machte Mahlmann seinen Einfluß dahin geltend, daß die in letzter Zeit arg vernachlässigte Technologie neben der Land- und Stadtwirtschaft wieder mehr in den Beschäftigungskreis der

Sozietät gezogen wurde. Stets war es sein eifrigstes Bemühen, der Sozietät mehr allgemeine Beachtung und Bedeutung zu verschaffen und in immer nähere Beziehungen zum praktischen Leben zu bringen. Daher übernahm er es auch in anerkennenswerter Weise, ökonomische Vorschläge und technologische Entdeckungen und Erfindungen auf seinem Rittergute Ober- und Unternitzschka auszuprobieren und der Sozietät die Ergebnisse mitzuteilen. Noch auf der Höhe seiner geistigen Leistungsfähigkeit stehend, wurde er nach zweimonatigem Krankenlager am 16. Dezember 1826 vom Tode ereilt, in den weitesten Kreisen tief betrauert. In der Geschichte der Leipziger Ökonomischen Sozietät wird sein Name nie vergessen werden.

Nachfolger des Verstorbenen wurde Kammerrat Christoph Heinrich Ploß, der sich als Deputierter hauptsächlich mit der Verwaltung des Möckernschen Gutes beschäftigt hatte. Als dieses auf Grund des im Jahre 1825 bestätigten Rezesses wieder an die Leipziger Ökonomische Sozietät gekommen war, befand es sich in einem vollständig verwahrlosten Zustande. Der Kuhstall drohte einzufallen, da die schon seit Jahren angebrachten zahlreichen Stützen das Gebäude kaum noch zu halten vermochten, der Schafstall war fast ebenso baufällig, außerdem zu niedrig und für die vermehrte Schafhaltung zu klein. Der Zustand der Scheunen ließ polizeiliches Einschreiten befürchten. Außerdem mußte ein zweiter Brunnen gegraben werden, da der alte dem Wasserbedürfnis der Wirtschaft nicht genügte. Der Garten war verwildert und teils mit zu alten, teils mit wertlosen Bäumen bestanden.

Die Deputierten erkannten, daß hier energisches Handeln erforderlich war, wenn der beabsichtigte Zweck erreicht werden sollte, eine Musterwirtschaft zu errichten, in der bei größter Sparsamkeit die größtmöglichen Vorteile eines Bauerngutes erlangt werden konnten. Die erforderlichen Bauten wurden nach einem Entwurfe des Sozietätsmitgliedes, Universitätsbaumeisters Geutebrück, errichtet, und der Garten unter der Oberleitung des Ratsgärtners Kühn neu angelegt.

Die Durchführung dieser Maßregeln kostete reichlich 5000 Taler, ein Betrag, der größtenteils vom Kammerrat Ploß vorgeschossen wurde. Das beste Mittel, um diese Schuld abzutragen, sah man in der Gründung eines Aktienunternehmens. Es wurden 50 Aktien zu je 100 Talern ausgegeben und eine Verzinsung mit 4 Prozent gewährleistet. Die Ausgabe der Aktien erfolgte zu Neujahr 1827. Die Auslosung sollte von Ostern 1830 an stattfinden, damit inzwischen ein Reservefonds angesammelt und dann halbjährlich mindestens eine Aktie gezogen werden könne. Gleich bei der in einer Deputiertensitzung im Oktober 1828 stattgehabten Besprechung des Aktienplanes wurde von den Anwesenden die Hälfte der Summe untergebracht.

Wie aus den Aktien ersichtlich ist, hat der letzte Kaufpreis des ganzen Gutes im Jahre vor der erfolgten Schenkung an die Sozietät, 6000 Taler betragen. Vergleicht man hiermit die Reparatur- und Neubaukosten nach Übernahme des Gutes durch die Sozietät, so muß man über die bedeutende Erhöhung des Gebäudekapitals im Verhältnis zum gesamten Grundkapitale staunen.

Über die Bewirtschaftung des Sozietätsgutes sei noch kurz erwähnt, daß es bis 1826 für 350 Taler und von diesem Jahre an bis 1832 für 320 Taler an einen gewissen Kietz weiter verpachtet war. Kietz ließ sich jedoch bereitfinden, sein

Pachtrecht von Weihnachten 1828 an einen gewissen Schröder, der der Sozietät als vorzüglicher Landwirt empfohlen war, abzutreten. Dieser hat dann das Gut für den genannten Pachtpreis über 20 Jahre lang bewirtschaftet. Wie bereits erwähnt, hatte der Buchhändler Leich der Sozietät außer dem Möckernschen Gute noch eine Forderung von 1300 Talern, die er an einen gewissen Stolberg in Möckern hatte, vermacht, damit die Zinsen zur Instandhaltung des Inventars benutzt werden sollten. Da der Schuldner jedoch nicht imstande war, die Zinsen zu bezahlen, so gab er sein Haus an Zahlungsstatt unter der Bedingung, daß es ihm und seiner Frau gegen einen Zins von 39 Talern auf Lebenszeit überlassen würde. Während derjenigen Jahre, in denen der Streitfall zwischen der Leipziger ökonomischen Sozietät und der ökonomischen Gesellschaft im Königreich Sachsen nicht geklärt war, wurde diese Hausmiete auf 32 Taler herabgesetzt, jedoch die Bestimmung beibehalten, daß der Mieter zum Ausziehen verpflichtet sei, sobald er den Mietzins nicht regelmäßig entrichte. Im Jahre 1830 wurde auf der Ostermeßversammlung vom Syndikus der Sozietät mitgeteilt, daß die Witwe Stolbergs im Bezahlen der Miete sehr säumig wäre, und sich schon ein ganz beträchtlicher Betrag in Rückstand befände. Da infolgedessen das Grundstück der Gesellschaft gar nichts mehr einbrachte, so hielt man es für das Beste, dasselbe zu verkaufen. Von einem Vertrauensmann der Sozietät wurde es auf 700 Taler taxiert und bald darauf zu diesem Preise an einen Möckernschen Bäckermeister verkauft.

Zu diesem Verkaufe des Stolbergschen Hauses ist noch zu bemerken, daß das Patrimonialgericht zu Möckern unter Berufung auf den Rezeß mit der Ökonomischen Gesellschaft in Dresden vom 1. September 1824 gegen die Rechtsgültigkeit des Verkaufs Einspruch erhob. Infolgedessen wurde nun von dem Syndikus der Sozietät unter dem 8. Juni 1830 eine sachverständige Darlegung der Rechtsverhältnisse bei dem Gerichte zu Möckern eingereicht und gebeten, „bei einem hierländischen Spruchkollegium ein Informaturteil einzuholen“. Genanntes Gericht wandte sich hierauf an den Schöppenstuhl zu Leipzig und dieser erklärte unter dem 23. August, daß die Leipziger Sozietät sehr wohl berechtigt sei, ohne Vorwissen der Dresdner Gesellschaft das Stolbergsche Haus zu verkaufen, da es in keiner Weise als Zubehör des Leich'schen Gutes zu betrachten sei.

III. Die Beschränkung der Tätigkeit der Sozietät auf ausschließlich landwirtschaftliche Zwecke.

Mit dem dritten Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts beginnt die Tätigkeit der Leipziger ökonomischen Sozietät mehr den allgemeinen volkswirtschaftlichen Charakter zu verlieren, und es bereitet sich ihre Umgestaltung in eine rein landwirtschaftliche Korporation vor. Ein großer Teil ihrer Tätigkeit ist jetzt der Vermögensverwaltung gewidmet. Eine besondere Kommission von Mitgliedern wurde gewählt, die die Angelegenheit des Gutes zu besorgen, die Wirtschaftsführung des Pächters, soweit angängig und nötig, zu beaufsichtigen, die Rechnung zu prüfen und gegebenenfalls Vorschläge zu machen hatte. Im übrigen wurde in den Versammlungen eifrig fortgearbeitet und manche gute Arbeit geliefert. Die wichtigsten Entdeckungen

und Erfindungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft werden besprochen und der landwirtschaftlichen Praxis wird Anregung zu mancher Neuerung gegeben. So finden wir oft, daß Mitglieder Proben von Getreidesorten und anderen Feldfrüchten, die sie auf ihren Feldern zum ersten Male und mit gutem Erfolge angebaut haben, einschicken, die Erträge pro Acker mitteilen und über die angewandten Kulturmaßregeln berichten. Neben Anbauversuchen mit unsern hauptsächlichsten Getreidearten, mit Roggen, Weizen, Hafer und Gerste, wurde namentlich auf die Gewinnung ertragreicher Maissorten viel Aufmerksamkeit verwendet. Um die Maiskultur zu heben, stiftete sogar ein Leipziger Buchhändler, namens Roßangel, im Jahre 1834 einen Preis für die beste Anleitung zum Maisbau, und an den Versuchen, die mit bei uns unbekannten, aber von ausländischen Landwirten gerühmten Sorten angestellt wurden, beteiligten sich neben anderen Sozietätsmitgliedern namentlich auch Dr. Crusius auf Sahlis und Rüdigsdorf und der Pächter des Möckernschen Gutes.

Die Anbauversuche mit hochgezüchteten Getreidesorten ließen bald erkennen, daß die veredelten Sorten auch einen vermehrten Aufwand von Dünger und eine bessere Bodenbearbeitung verlangten, wenn sie dauernd ihre hohe Leistungsfähigkeit beibehalten sollten. Dr. Crusius (seit 1831 Direktor der Sozietät) suchte demgemäß auch die Kenntnis einer sachgemäßeren Düngung zu verallgemeinern, indem er zu wiederholten Malen Besprechungen über Düngungsfragen auf die Tagesordnung der Versammlungen setzte. Erst allmählich gelang es jedoch, allgemeineres Interesse dafür zu erwecken und noch im Jahre 1834 kam es zweimal vor, daß Versammlungen, in denen über ein künstliches Düngesalz gesprochen werden sollte, wegen allzu geringen Besuches ausfallen mußten. Um den Kunstdünger zu verbilligen, beabsichtigte Crusius sogar, bei der Ständeversammlung eine dahinzielende Bittschrift einzureichen.

Neben dem Anbau ertragreicher Sorten und der Ausführung einer verbesserten Düngung wurde in den Sitzungen jener Zeit der Vervollkommnung der Feldbestellung und der Ackergeräte große Aufmerksamkeit gewidmet. So sehen wir, daß die Versuche mit Reihensaat, die von Schwerz im Jahre 1803, von Schweizer 1813, von Zeller und von Kischenbauer gegen Ende der Dreißiger Jahre angestellt und beschrieben worden sind, in den Versammlungen zu eifrigen Betrachtungen führten. Und wenn die Ansichten zunächst auch geteilt waren, so erkannten die Landwirte, die sich in der Sozietät zusammen geschlossen hatten, um ihren Beruf zu heben, mehr und mehr die großen, jetzt allgemein bekannten Vorteile der Drillsaat. Namentlich war es wieder der Direktor Dr. Crusius, der, ein eifriger Freund des Fortschrittes, auf eigene Kosten die wichtigsten Maschinen aus Hohenheim besorgte und den Mitgliedern der Sozietät vorführen ließ. Auch wollen wir nicht vergessen, des Amtsmanns Hammer Erwähnung zu tun, der sich im Jahre 1839 eine Drillmaschine unmittelbar aus Prag beschaffte und Interessenten zur Verfügung stellte. Besprechungen über Dreschmaschinen, über eiserne Pflüge und Walzen, zeigen, daß die Sozietät der Förderung der landwirtschaftlichen Technik großes Interesse entgegenbrachte.

Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete hat sich die Sozietät in den ersten Dezennien des neunzehnten Jahrhunderts mit Erfolg betätigt. Aus dem bereits

erwähnten Plane einer „Schloßenversicherungs-Gesellschaft“, mit dem sich die Sozietät im Jahre 1806 beschäftigte, scheint nichts geworden zu sein. 1824 rief Dr. Crusius eine auf Gegenseitigkeit gegründete „Hagelschäden-Versicherungsgesellschaft im Königreiche Sachsen“ ins Leben, die 1829 unter dem neuen Namen der „Gesellschaft zu gegenseitiger Hagelschäden-Versicherung in Leipzig“ das Gebiet ihrer Tätigkeit auch auf andere Teile Deutschlands ausdehnte. In demselben Jahre suchte der Rittergutsbesitzer Teichmann auf Muckern, ein sehr eifriges Mitglied der Sozietät, für die Errichtung einer Viehversicherungs-Anstalt Stimmung zu machen. Von einem Erfolge seiner Bemühungen ist jedoch nichts zu hören.

Fast bis zum Ende des ersten Drittels des neunzehnten Jahrhunderts waren bekanntlich die sächsischen Landwirte in der zweckmäßigen und freien Bewirtschaftung ihres Grund und Bodens beschränkt, indem der Grundbesitz in einen bevorrechteten und einen verpflichteten, oder in einen ritterschaftlichen und einen bäuerlichen zerfiel. Von der Zeit der Leibeigenschaft her ruhten auf dem bäuerlichen Grundbesitze noch viele Lasten, die aus dem Verhältnisse vom Ober- zum Unter-Eigentümer abgeleitet waren. Dazu kamen Dienstbarkeiten, die sich mit einer gewissen Gegenseitigkeit auf ganze Klassen von Grundstücken erstreckten und ihren Grund in der früheren Anschauung über die Beziehung der Grundstücke zum Gemeinwesen hatten. Eine andere Gruppe von Lasten geht aus der Anschauung hervor, daß zu gewissen Zwecken der Boden für alle, die einen Teil davon hatten, gemeinsam benutzbar sein müsse, und daß an gewissen, an bestimmte Stellen gebundenen Erzeugnissen auch anderen, auf deren Grund und Boden sie nicht vorhanden, ein Anteil zukäme, soweit es zur Befriedigung bestimmter Bedürfnisse nötig sei. Das waren die „Gemeinheiten“ d. h. die Berechtigungen, die zu Gunsten einer größeren oder kleineren Gemeinschaft auf dem Grundbesitz ruhten. Oft kam das Recht derartiger Benutzung ganzen Gemeinden zu. Unter ihnen war die wichtigste die Hutungs- oder Weidegerechtigkeit, nach der dem Besitzer eines Grundstücks das Recht zustand, sein Vieh im ganzen oder in bestimmter Stückzahl auf den Grundstücken anderer weiden zu lassen. Sie wurde auf Äckern, Wiesen und Angern, in Teichen, Forsten, Holzungen und auf anderen Weideplätzen ausgeübt. Wurde die Hutungsgerechtigkeit von mehreren Besitzern gegenseitig ausgeführt so wurde sie Koppelhut genannt. Mit der Hutungsgerechtigkeit stand als Nebenservitut häufig Triftgerechtigkeit (Übertrift oder Treibe) in Verbindung, die den Hutungsberechtigten gestattete, ihre Herden behufs Erreichung der Weideplätze über diejenigen Grundstücke zu treiben, die nicht in den Bereich ihrer Hutungsberechtigung fielen.

So lagen die landwirtschaftlichen Verhältnisse vor dem Erlaß des Gesetzes „über Ablösungen und Gemeinheitsteilungen“ vom 17. März 1832. Umsomehr werden wir es heute anerkennen, daß in den Versammlungen der Jahre 1829 bis 1832, in denen über die vorstehenden Ablösungen und Gemeinheitsteilungen des öfteren verhandelt wurde, die Mitglieder aus den Kreisen der praktischen Landwirtschaft, die größtenteils den bevorrechtigten Besitz vertraten, sehr wohl die großen Schäden der bestehenden Verhältnisse anerkannten und für ihre Ablösung im Sinne obigen Gesetzes stimmten. So wurde hervorgehoben, daß der pflichtige bäuerliche Besitzer, in der

freien Bewirtschaftung seines Bodens durch die Hutungsgerechtigkeiten gehindert, der Bestellung seiner Felder nicht die rechtzeitige notwendige Tätigkeit widmen konnte, und daß er außerdem die angewöhnte, unvollkommene Zwangsarbeit auch auf die Bewirtschaftung seines eigenen Bodens übertrug. Für die berechtigten Güter sah man den hauptsächlichsten Nachteil darin, daß sie, angewiesen auf große Hutungsflächen, im Sommer ohne entsprechende Futtermittel, im Winter ohne ausreichende Hackfruchternten, eingezwängt in die Dreifelderwirtschaft, nicht den Ertrag liefern konnten, dessen sie unter anderen Umständen fähig wären. Außerdem versprach man sich von der Zusammenlegung aller zu einem Gute gehörigen Grundstücke in einen Plan große Vorteile. Für das Zweckmäßigste hielt man es, die alten hergebrachten Rechte auf fremdem Grund und Boden gegen angemessene Entschädigung zu beseitigen.

Durch das Gesetz über die Ablösungen und die Gemeinheitsteilungen gingen zwei Grundzüge, durch die sowohl den Berechtigten als auch den Verpflichteten ihr volles Recht zuteil und das Gesetz so für beide Teile zu einem Segen wurde: es wurden die Verpflichteten von allen Fesseln befreit, durch die sie in der Ausnutzung ihrer Arbeitskraft und ihres Bodens beengt gewesen waren, und die Berechtigten wurden entschädigt, soweit sie durch den Verlust ihrer Rechte materielle Nachteile erlitten und soweit es ohne eine übermäßige Belastung der bisher Verpflichteten möglich war. Die Mitglieder der Sozietät, die im Erlaß dieses Gesetzes sehr richtig den Beginn eines neuen Abschnittes in der Kulturgeschichte der Landwirtschaft erkannten, sahen gleichzeitig darin den Ansporn zur Verbesserung ihrer Äcker und zur Anlage künstlicher Wiesen und Weiden. In den Verhandlungen wird viel über Ertragssteigerung der Wiesen durch den Anbau der ertragsreichsten Gräser und Kräuter und durch Düngung und sonstige Kulturmaßregeln gesprochen.

Kein geringes Verdienst an der Hebung des Niveaus der Verhandlungen ist den Universitätsprofessoren zuzuschreiben, die in stattlicher Anzahl als Ehrenmitglieder der Sozietät angehörten und aus dem Schatze ihres Wissens gern Belehrung boten. Eine Reihe gefeierter Namen trifft man in dieser Liste, so: Weber, Linné, Erdmann, Naumann, Roscher, Hankel, Knop u. a. m. Die Versammlungen fanden noch immer im alten Lokale der Sozietät, im Pleißenburgturme, statt. Mitunter wurden sie jedoch auch in den Universitätsinstituten abgehalten, wenn es das Demonstrationsmaterial, die erforderlichen Instrumente und Geräte oder sonstige technische Einrichtungen nötig machten. Es sei an dieser Stelle nur an einen als besonders interessant erwähnten Vortrag erinnert, den Professor Wilhelm Weber in der Märzversammlung 1844 im Physikalischen Kabinett der Universität hielt, wobei er über die „Anwendung einiger physikalischer Hilfsmittel für die Zwecke der Landwirtschaft“ sprach.

Wie bereits angedeutet, verwandelte sich indessen die alte Sozietät, die einst zur Hebung und Beförderung der gesamten Volkswirtschaft gegründet worden war, mehr in eine rein landwirtschaftliche Korporation, da ihr namentlich durch Gründung von Sondervereinen, wie Industrie-, Gewerbe- und Kunstvereinen, und besonders durch die Polytechnische Gesellschaft, zu der, wie der Direktor Mahlmann in der Oktoberversammlung 1830 sagt, sehr viele ihrer Mitglieder übergetreten waren, Mit-

glieder entzogen wurden, sodaß ihr mehr und mehr nur noch Landwirte angehörten. Noch unter dem Direktorate Mahlmann hielt man es für das Erstrebenswerteste, die Sozietät zu einem „Zentralpunkt für die industrielle Tätigkeit des Vaterlandes“ zu machen. Jedoch aus den angedeuteten Gründen gelang dies nicht; die Zahl der Mitglieder wurde von Jahr zu Jahr geringer und, während es gegen Mitte der Zwanziger Jahre noch weit über 200 waren, klagte Mahlmann im Oktober 1830, daß zur Zeit kaum noch 120 Mitglieder der Sozietät angehörten, da sich fast alle Professionisten und Künstler der erwähnten Polytechnischen Anstalt angeschlossen hätten. Die Belebung der Tätigkeit durch Preisaufgaben war, so nützlich und zweckmäßig sich dies auch mitunter erwiesen hatte, unmöglich geworden, da die Einnahmen aus den Jahresbeiträgen immer geringer wurden und die Einnahmen aus dem Möckernschen Gute zur Verzinsung und allmählichen Abtragung der Schulden verwendet werden mußten. — Eine kurze Übersicht soll die Einkommensverhältnisse der Sozietät im Jahre 1830 vor Augen führen:

Mitgliederbeiträge (120 × 2 Taler)	= 240	Taler
Davon sind zu bestreiten:		
1) Gehalt des Sekretärs, welches eigentlich 150 Taler beträgt, aber auf Vorschlag des jetzigen Amtsinhabers um 10 Taler gekürzt worden ist, also	140	Taler
2) Dem Aufwärter	37	„
3) Bücher, Journale, Zeitungen	34	„
4) Für Holz	6	„
5) „ Licht, Briefporto, Insertionsgebühren und sonst. kleinere Ausgaben	23	„
Summa:	240	Taler

Die Einnahmen aus dem Möckernschen Gute betragen:		
1) Pachtgeld, in vierteljährl. Raten zahlbar	330	Taler
2) Gartenpacht, in halbjährl. Raten zahlbar	32	„
3) Mietzins vom Sommerlogis im Herrenhaus	65	„
Summa:	427	Taler

Davon gehen ab:				
1) für jährliche kleine Reparaturen	30	Taler		
2) „ Kommunalabgaben	15	„		
3) „ Brandkassenbeitrag	20	„		
4) „ Zinsen für die Aktienschuld	196	„	261	„
			166	Taler.

Es verbleibt also ein Rest von 166 Talern, der zur Bezahlung der ausgelosten Aktien zu verwenden ist.

Das Stolbergsche Haus, das für jährlich 32 Taler vermietet war, hatte in den letzten Jahren nichts eingebracht, weil die Mieterin, die Witwe Rüdiger, verehl. gew. Stolberg, seit mehreren Jahren mit dem Mietzinse im Rückstand geblieben war.

Vielfach ist innerhalb der Deputation die Frage erörtert worden, auf welche Weise der sinkenden Teilnahme wieder aufzuhelfen sei. Allein ein durchgreifendes Heilmittel wurde nicht gefunden. Manche versprachen sich von einer Statutenänderung

Erfolg, andere wieder waren der Meinung, daß nicht durch gesetzliche Bestimmungen, sondern allein durch freie Belebung des Interesses die Sozietät ihren Zwecken nähergeführt werden könne, daß daher eine Umänderung der sonst vorzüglichen alten Statuten unnötig sei. So kam man auf die Bildung von Sektionen oder Ausschüssen für die verschiedenen Zwecke der Land- und Hauswirtschaft, zu deren Vorsitzenden einer oder einige der Deputierten erwählt wurden. Am 7. Juli 1830 teilte man den Verein in folgende vier Sektionen ein:

1) Sektion für Landwirtschaft unter Leitung von Dr. Feder in Seegeritz, Leutnant Stockmann in Zöpen, Rittergutsbesitzer Teichmann in Muckern.
2) Sektion für Stadt- und Hauswirtschaft unter Leitung von Dr. Crusius und Baumeister Limburger.
3) Sektion für Manufaktur- und Handlungswesen unter Kaufmann Schönkopf in Leipzig.
4) Sektion für angewandte Naturwissenschaften unter Dr. Schmiedel und Apotheker Bärwinkel, beide in Leipzig.

Leider wurde durch diese Neuerung eine Wiederbelebung der Sozietät nicht erreicht. Bereits die zweite Versammlung der Sektion für Stadt- und Hauswirtschaft mußte wegen allzu geringen Besuchs ausfallen; auch die anderen Sektionsversammlungen wiesen nur geringe Beteiligung auf und konnten häufig nicht stattfinden. Am besten besucht blieben die landwirtschaftlichen Sitzungen, sodaß es nicht verwunderlich ist, daß man sich vom Jahre 1837 an ausschließlich der Landwirtschaft widmete und aus diesem Grunde eine andere Sektionseinteilung vornahm, die den veränderten Verhältnissen Rechnung trug und den Hauptfächern der Landwirtschaft eine gleich eingehende Behandlung sicherte. Man unterscheidet 4 Sektionen, für Ackerbau, für Wiesenbau, für Viehzucht und für ökonomische Technologie.

In derjenigen Versammlung, in der diese Änderung beschlossen wurde, reichte Prof. Dr. Weber einen Antrag ein, der eine Vereinigung der Sozietät mit der polytechnischen Gesellschaft in Leipzig forderte. Nach Erwägung der Gründe, die die Polytechnische Gesellschaft zu diesem Vorschlage veranlaßt haben könnten, und welchen Nutzen eine solche Vereinigung gewähren würde, hielt man es für das beste, den Vorschlag abzulehnen, da sich die vereinigten Gesellschaften voraussichtlich in zwei Sektionen, eine ökonomische und eine technische, teilen würden, und überdies die Sozietät Eigentum aufgeben müßte, ohne dafür einen wesentlichen Vorteil zu erlangen. Schon fünf Jahre vorher war von Professor Erdmann im Namen der Polytechnischen Gesellschaft derselbe Antrag gestellt worden, den man damals in der Sozietät unter folgenden Bedingungen als wünschenswert bezeichnet hatte:

Als erste Hauptbedingung müßte gelten, daß die Hälfte der Zeit und sonstigen Mittel der vereinigten Gesellschaften der Landwirtschaft und ihren Zwecken bestimmt bliebe.

Eine zweite Hauptbedingung müßte die sein, daß der durch sein Alter achtungswerte Name „Leipziger ökonomische Sozietät“ ohne Zusatz beibehalten werde.

Weitere Verhandlungen über diese Vorschläge haben nicht stattgefunden; daraus

wird man schließen können, daß diese Bedingungen der Polytechnischen Gesellschaft als unannehmbar erschienen waren.

Mehrfach ist ferner teils von Mitgliedern, teils von außen die Wiedervereinigung der Sozietät mit der Ökonomischen Gesellschaft im Königreiche angeregt worden. Aus Selbständigkeitsgefühl ist man jedoch einer solchen Änderung damals nicht ernstlich nähergetreten.

Daß die Sozietät trotz der mannigfachsten Widerwärtigkeiten in dem oben bezeichneten Zeitraume doch Anerkennenswertes geleistet hat, hat sie in der Hauptsache Dr. Wilhelm Crusius, ihrem Direktor von 1831 bis 1858, zu verdanken. Denn dieser tatkräftige, einsichtige, strebsame und lebhafte Mann, der in den glücklichsten äußeren Verhältnissen lebte, machte die ökonomische Sozietät in den weitesten Kreisen bekannt und knüpfte manche Verbindung an, die durch Schriftenaustausch mindestens der Bibliothek zugute kam und den Belehrung suchenden Mitgliedern Nutzen brachte.

Bald nach seiner Wahl in der Ostermeßversammlung 1831 regte Dr. Crusius den Plan an, seitens der ökonomischen Sozietät eine Ausstellung sächsischer Fabrikate in Leipzig zu veranstalten und den sächsischen Industrieverein in Chemnitz sowie die Polytechnische Gesellschaft in Leipzig für die Sache zu interessieren. Dies ist ihm auch gelungen, denn in einer Versammlung am 7. Januar 1832 konnte Crusius mitteilen, daß der persönlich von ihm in einer zahlreich besuchten Versammlung des Chemnitzer Industrievereins vorgelegte Plan auf das freudigste aufgenommen und gebilligt worden sei. In den Akten finden wir weiter das vom Syndikus Dr. Mothes geschriebene Konzept einer Eingabe vom 7. März 1832 an die Landesdirektion mit der Bitte, die beabsichtigte Ausstellung zu genehmigen und einen Geldbeitrag zu gewähren mit dem Hinzufügen, daß der Industrieverein zugesagt habe, die Veranstaltung nach Möglichkeit zu fördern und glänzend zu gestalten. Auf jene Eingabe ist nun zwar keine Antwort zu finden; wohl aber wird bei den Akten ein Exemplar der Leipziger Zeitung vom 28. Mai 1832 aufbewahrt, das einen Bericht über die Ausstellung bringt, worin auch der Unterstützung durch den Industrieverein und die Kramerinnung gedacht wird. Die Ausstellung hat mit einem Reinertrage von etwa 100 Talern abgeschlossen, der nach dem Beschlusse der Hauptversammlung vom 4. Mai 1833 zur Einlösung einer Aktie verwendet werden sollte, „da nicht zu erwarten stehe, daß sobald eine neue stattfinden würde, indem das Ergebnis der letzteren sich keineswegs auffordernd gestaltet hätte". Dies ist alles, was über die Ausstellung urkundlich nachzuweisen ist.

Ein weiteres von der Sozietät auf Crusius' Veranlassung ins Leben gerufenes Unternehmen war die Herausgabe eines Volkskalenders, welcher der Belehrung der bäuerlichen Bevölkerung zu dienen bestimmt war. In der Novemberversammlung 1832 konnte Dr. Crusius in dieser Sache mitteilen, daß der von der Sozietät mit Erlaubnis der Regierung herausgegebene Volkskalender von der Königlichen Landes-Direktion hinsichtlich seines Planes und Inhaltes vollkommene Billigung gefunden hatte. Es wurde ferner von dieser hohen Stelle anerkannt, daß das von der Sozietät hierdurch an den Tag gelegte Bestreben, die Volksbildung zu fördern, die dankbarste Anerkennung verdiene. Der Kalender wurde infolge seiner gediegenen Ausführung rasch

beliebt, und der Absatz stieg im Jahre 1835 auf 17000 Exemplare. Als Dr. Crusius auf der Hauptversammlung am 16. März 1835 das „schön gearbeitete" Titelblatt zum neuen Volkskalender vorlegte, mußte er jedoch bemerken, daß er bis jetzt bereits eine Summe von 1594 Talern bei diesem Unternehmen habe zusetzen müssen. „Da dem Herrn Direktor nicht größere Opfer zuzumuten sind," so plante man die Ausgabe für das Jahr 1836 weniger umfangreich zu gestalten, um auf die Kosten zu kommen. Doch trotz dieser Maßregel hat Crusius in den beiden folgenden Jahren einen Fehlbetrag von durchschnittlich je 200 Talern aus der eigenen Tasche zu decken gehabt. Daß er trotzdem den Kalender nicht fallen ließ, ist ein schönes Zeichen seiner uneigennützigen Bemühungen für die Hebung des Bauernstandes und seiner Opferwilligkeit für das allgemeine Beste.

Die eifrigste Unterstützung in allen diesen Unternehmungen fand Dr. Crusius in dem langjährigen Mitgliede und Deputierten der Sozietät, dem bereits erwähnten Rittergutsbesitzer Teichmann auf Muckern. Seinem Mitwirken ist es hauptsächlich zu verdanken, daß die Versammlungen immer einen interessanten Verlauf nahmen. Es verging fast keine Sitzung, in der er nicht durch eine Abhandlung, einen Vortrag oder zum mindesten durch sachkundiges, geschicktes Eingreifen in die Besprechung den Anwesenden Belehrung und Anregung bot. Auf seinen Vorschlag wurde im Jahre 1832 die Einrichtung getroffen, Fragen über die Verhandlungsgegenstände gedruckt an die Mitglieder zu versenden und dadurch zu vorheriger eingehender Beschäftigung mit den Verhandlungsgegenständen anzuregen.

Ein weiteres Verdienst erwarb sich Teichmann durch die Leitung des auf seine Veranlassung von der Sozietät begründeten Lesevereins. Dieser wurde im Jahre 1834 mit 47 Mitgliedern begonnen und entwickelte sich erfolgreich weiter. Im Jahre 1836 waren 144 Bücher in Umlauf, 1840 197 und im Jahre 1844 wurden in 7 Bezirksabteilungen bereits je 33 Bände, im ganzen also 231 Bücher, gelesen. Die Bände wurden nach beendigtem Umlaufe jährlich versteigert und der Erlös zur Neuanschaffung von Büchern benutzt, sodaß der Mitgliedsbeitrag in mäßigen Grenzen gehalten werden konnte.

Im Jahre 1810 hatte Teichmann in Zedtlitz bei Borna den ersten landwirtschaftlichen Ortsverein gegründet, der sich unter seiner langjährigen Leitung befriedigend entwickelte und so zum Vorbild für später an anderen Orten entstehende ähnliche Vereine wurde. Gelegentlich des 50-jährigen Bestehens dieses Vereins wurden die großen Verdienste, die sich Teichmann als Leiter des Vereins erworben hatte, von Allerhöchster Stelle durch Verleihung des Ehrenkreuzes vom Verdienstorden anerkannt. Dem Zedtlitzer Verein schloß sich 1834 der Nossener Landwirtschaftliche Verein an, mit welchem sich gleichzeitig die erste Zentralvereinigung, die Wandergesellschaft sächsischer Landwirte und Naturforscher, konstituierte. Doch diese Zusammenfassung genügte Teichmann und anderen Landwirten noch nicht; nach dem Muster der Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte wurde 1836 eine Vereinigung deutscher Landwirte geplant, und die Vorarbeiten gingen so glücklich vonstatten, daß im Frühling 1837 von den Gründern: Ökonomierat Pabst in Darmstadt, Ökonomiekommissar Schmidt in Oschatz, Professor Schweizer in Tharandt und Rittergutsbesitzer Teich-

mann auf Mückern, eine Einladung zur ersten „Allgemeinen Versammlung deutscher Landwirte“ für den zweiten bis siebenten Oktober 1837 zu Dresden erlassen werden konnte. Die Sozietät unterstützte diese Veranstaltung, indem sie in ihrem Namen besondere Einladungen an alle diejenigen ihrer Mitglieder schickte, von denen eine Beteiligung zu erwarten war.

Die neugegründete Wanderversammlung deutscher Landwirte blieb in gewissen Beziehungen zur Sozietät. In der Michaelisversammlung 1840 wurde mitgeteilt, daß die IV. Allgemeine Versammlung deutscher Landwirte zu Brünn beschlossen habe, dem großen Reformator der Landwirtschaft, Albrecht Thaer, ein Denkmal zu errichten, und daß fast einstimmig Leipzig, wo Thaer im Jahre 1823 einen Wollkonvent im Hotel de Prusse abgehalten hatte, als Ort der Ausstellung gewählt worden wäre. Bald darauf erging denn auch an Crusius die Bitte des Geschäftsführers jener Versammlung, zu Beiträgen für das Denkmal aufzufordern. In der Osterversammlung 1841, in welcher Dr. Crusius hiervon Mitteilung machte, wurde beschlossen, daß der Direktor im Namen der Sozietät eine öffentliche Aufforderung zur Leistung von freiwilligen Beiträgen erlassen und gedruckte Einladungen zur Beteiligung an die Sozietätsmitglieder wie auch an andere Freunde der Landwirtschaft verschicken solle, während die Gelder an den Kassierer der Sozietät einzuschicken wären. Es vergingen indessen noch einige Jahre, ehe die Vorarbeiten endgültig geregelt waren; denn in der nächsten Michaelisversammlung mußte Dr. Crusius berichten, daß die von ihm besuchte V. Versammlung deutscher Landwirte in Doberan, zu welcher er bereits einige, von Rietschel entworfene Modelle zum Thaerdenkmale mitgebracht hatte, gegen die in der Brünner Versammlung beschlossene Aufstellung der Statue in Leipzig Einspruch erhoben habe, und daß erst die nächste Versammlung in Stuttgart über die Ausführung des Brünner Beschlusses endgültig entscheiden sollte. Von Stuttgart aus wurde denn auch bei Crusius angefragt, ob er die weiteren Arbeiten betreffs des Thaermonumentes in die Hand nehmen wolle. Crusius sagte zu und gewann auch die Deputierten alsbald zu dem Beschlusse, 150 Taler aus der Sozietätskasse für den Denkmalsfonds zu spenden. Die Hauptversammlung am 7. Oktober 1843 stimmte diesem Beschlusse „mit Rücksicht auf die Stellung der Sozietät und ihrem Sitze in Leipzig“ vollkommen bei. Bekanntlich hat erst die Versammlung deutscher Land- und Forstwirte zu Magdeburg im Jahre 1850 durch eine Abordnung das Denkmal in Leipzig übernehmen lassen. Als zwei Jahre später von der Versammlung zu Hannover die Rechnung abgenommen wurde, ergab sich ein Überschuß von mehr als 800 Talern, der zunächst in Crusius' Hand blieb, aber später, wie noch näher ausgeführt werden wird, zur Unterstützung der Möckernschen Versuchsstation Verwendung finden sollte. Auch in späteren Jahren hat sich die Sozietät als getreue Hüterin des Denkmals gezeigt, als die Neuanlage von Straßen eine Versetzung der Statue notwendig machte. Durch eine Eingabe an den Rat der Stadt Leipzig vom 17. Oktober 1854 erreichte sie, daß das Denkmal an einem würdigen Platze an der Schillerstraße aufgestellt wurde, wo es sich heute noch befindet.

Bei dem hohen Ansehen, das die Sozietät sowohl wegen ihres Alters, als

auch wegen ihrer Leistungen und ihrer Mitglieder in weitesten Kreisen genoß, ist es nicht zu verwundern, daß des öfteren von Privaten, von Gesellschaften und auch von der Staatsregierung Gutachten und Auskünfte in landwirtschaftlichen Angelegenheiten von ihr eingeholt wurden. In ähnlicher Weise wurde die ökonomische Gesellschaft im Königreiche Sachsen und der Landwirtschaftliche Verein in Nossen in Anspruch genommen. Als nach der ersten ständischen Bewilligung von jährlich 5000 Talern für die Zwecke der Landwirtschaft eine Versammlung von landwirtschaftlichen Vertrauensmännern, zu denen Dr. Crusius gehörte, zur Beratung über die Verwendung dieser Summe berufen wurde, gelangte man zu der Überzeugung, daß nur durch eine planvolle Organisation der vielen, für die Förderung der Landwirtschaft tätigen Kräfte etwas Ersprießliches geleistet werden könnte. Es wurden daher unter dem Vorsitze der Amtshauptleute die sogenannten Amtshauptmannschaftlichen Komitees, bestehend aus drei von der Regierung ernannten und acht gewählten Mitgliedern, gegründet und dem Ministerium des Innern unmittelbar untergeordnet.

Dieses Verhältnis scheint jedoch der Regierung zu lose gewesen zu sein; sie wünschte stärker verpflichtete Organe zu haben, um über die Zustände des Landes und Volkes, der Bodenkultur, der Viehzucht und der sonstigen wirtschaftlichen Tätigkeit genau unterrichtet zu werden. Der Plan des Ministeriums des Innern ging deshalb dahin, in ähnlicher Weise wie in mehreren süddeutschen Staaten, so auch im Königreich Sachsen eine landwirtschaftliche Zentralstelle zu errichten. Gegen Ende der dreißiger Jahre begann man die Ausführung dieses Planes vorzubereiten, wie wir aus den Verhandlungen der Sozietät ersehen. In der Michaelisversammlung 1839 wird die bereits in der Deputation behandelte betreffende Vorlage des Ministers von Nostitz und Jänkendorf bekanntgegeben und die Frage vorgelegt:

„Ob die Sozietät der Meinung sei, unter Bewahrung ihres Namens und Vermögens und ihrer Selbständigkeit, sich den übrigen ökonomischen Vereinen Sachsens in der Weise anzuschließen, daß sie durch einen Deputierten bei der zu errichtenden Zentralstelle bei dem Hohen Ministerium des Innern vertreten würde, von diesem Aufträge übernehme und so als Organ der Regierung bei den die Landwirtschaft betreffenden Angelegenheiten für den Leipziger Kreis diene, wie z. B. die Dresdner Gesellschaft für ihren Kreis benutzt werden würde?“ Die Frage wurde von allen anwesenden Mitgliedern bejaht, und die Sozietät übernahm die ihr angetragene Funktion eines landwirtschaftlichen Bezirksvereins für die Amtshauptmannschaft Borna.[1]) Die Organisation der beabsichtigten Zentralstelle war bis zum Jahre 1843 beendet. Die Amtshauptmannschaftlichen Komitees waren demgemäß in Bezirksvereine mit dem Rechte der freien Wahl ihrer Mitglieder und Vorstände umgewandelt worden, und den einzelnen Ortsvereinen hatte man eine Vertretung in den Komitees gewährt. Aus den Deputierten der Bezirksvereine, zu denen demnach wie gesagt auch die ökonomischen Gesellschaften zu Leipzig und Dresden gehörten, und aus mehreren von der Regierung ernannten Mitgliedern bildete sich der landwirtschaftliche Haupt-

1) Die Amtshauptmannschaft Borna umfaßte damals die Bezirke der heutigen Amtshauptmannschaften Leipzig und Borna.

6

verein als Zentralorgan. Das Interesse und die Kräfte der Sozietät wurden von jetzt ab auf eine Reihe von Jahren durch die Tätigkeit als Bezirksverein hauptsächlich in Anspruch genommen. Sie hatte sich vorzugsweise mit praktischen Fragen zu beschäftigen und die in großer Zahl von der Staatsregierung eingehenden Aufgaben, Anfragen und sonstigen Arbeiten zu erledigen. Um den Landwirten den Besuch der Bezirksversammlungen zu erleichtern und dadurch größeren Zuspruch zu gewinnen, wurden seit dem Winterhalbjahre 1844 die Sitzungen außer in Leipzig auch in anderen Orten des amtshauptmannschaftlichen Bezirks, so besonders in Möckern und auf dem Kieritzscher Bahnhofe, abgehalten. Von den Bezirksversammlungen getrennt, fanden noch Sitzungen der Sozietät als solcher statt, in denen in hergebrachter Weise eine mehr wissenschaftliche oder theoretische Richtung verfolgt wurde. Hier galt es als Hauptaufgabe, wissenschaftliche Forschungen zu erörtern und zu veranlassen, sowie ihre Ergebnisse zu sammeln und zu verarbeiten. Wissenschaftlich einwandfrei festgestellte Ergebnisse sollten dann durch den Bezirksverein und die in ihm vertretenen landwirtschaftlichen Ortsvereine den praktischen Landwirten übermittelt werden. Seit Beginn der 40er Jahre wich man von dem bisher befolgten Wege, Fragen aufzustellen und zu beantworten, ab und sorgte für wissenschaftliche Vorträge über interessante Gegenstände ökonomischen oder naturwissenschaftlichen Inhalts. So hatten sich durch Vermittelung des Direktors im Jahre 1844 die Universitätsprofessoren Wilhelm Weber, Naumann, Erdmann und Hansen zur Haltung von Vorträgen bereit erklärt.

Seit der Übernahme der Tätigkeit eines Bezirksvereines hatten sich die Sekretariatsarbeiten derart vermehrt, daß der langjährige Sekretär Dr. Kunze im Jahre 1843 das Sekretariat niederlegte, weil es Anforderungen stellte, die sich mit seinen Berufsgeschäften nicht mehr vereinbaren ließen. Auch der zu seinem Nachfolger erwählte Professor Hansen trat aus demselben Grunde nach nicht ganz zweijähriger Amtsführung zurück. Da man 1845 keine zur Übernahme des vereinigten Sekretariats geeignete und geneigte Persönlichkeit wußte, half man sich dadurch, daß das Sekretariat geteilt und daß interimistisch Dr. William Löbe für die Sozietät und Amtmann Proß für den Bezirksverein gewählt wurde. Im Jahre 1846 trat dann als ständiger Sekretär der Sozietät Dr. Adolf Wilda an die Stelle von Dr. Löwe.

Überblickt man die Tätigkeit der Sozietät in den Jahren 1843 bis 1848, in denen sie die gekennzeichnete Doppelstellung innehatte, so erkennt man, was eigentlich schon in der Natur der Sache begründet war, daß ein Verein unmöglich zwei, wenn auch an sich gleichartige, so doch im einzelnen weit auseinanderliegende Richtungen mit gleichem Erfolge und zu gleicher Zeit verfolgen konnte. Es ist daher nicht zu verwundern, daß in jener Periode die theoretisch-wissenschaftliche Seite gegen die andere, als Bezirksverein das praktische Leben in seiner Unmittelbarkeit erfassende Tätigkeit auffällig zurückblieb.

Die im Hauptvereine geschaffene landwirtschaftliche Zentralstelle genügte indessen den Anforderungen nur kurze Zeit und vom Hauptvereine selbst, der die Unzulänglichkeit erkannte, wurden schon am 9. September 1848 neue „Grundzüge der Organisation des landwirtschaftlichen Vereinswesens im Königreiche Sachsen" aufgestellt, die am 4. November desselben Jahres auch die ministerielle Genehmigung

fanden. Die Grundlage des gesamten Vereinswesens blieben nach wie vor die landwirtschaftlichen Vereine, für einzelne Gegenden und Orte oder einzelne besondere Zweige der Kultur. Neben und über ihnen wurden fünf landwirtschaftliche Kreisvereine mit den Sitzen zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Reichenbach und Bautzen gebildet, die aus den Mitgliedern der ihnen beigetretenen landwirtschaftlichen Vereine bestanden und von einem aus den Vorsitzenden der Einzelvereine zusammengesetzten Ausschusse geleitet wurden. Zur Erleichterung der Geschäftsführung erhielt jeder Kreisverein einen vom Ausschusse gewählten Sekretär, und durch den dem Ministerium des Innern angehörigen Generalsekretär der landwirtschaftlichen Vereine, zu welchem durch Dr. Crusius' Vermittelung Dr. Reuning ernannt wurde, traten die Kreisvereine mit der Staatsregierung in Verkehr. Als beratendes Glied der Regierung in allen allgemeinen und wichtigeren Maßregeln zur Förderung der Landeskultur, als Vertreter der Wünsche der gesamten Landwirtschaft der Regierung gegenüber, als Bindeglied der Kreisvereine und überhaupt als Vereinigungspunkt der verschiedenen, zu Gunsten der Landwirtschaft wirkenden Kräfte wurde der Landeskulturrat begründet, der aus je zwei Mitgliedern der Kreisvereine, aus Vertretern der öffentlichen landwirtschaftlichen Bildungsanstalten, je einem Vertreter der Forstwirtschaft und der Naturwissenschaften und dem Generalsekretär der landwirtschaftlichen Vereine zusammengesetzt wurde. Diese Einrichtung trat mit dem Jahre 1849 in Wirksamkeit, und daher lösten sich in diesem Jahre die 15 bisherigen Bezirksvereine auf. Auch die Leipziger Sozietät verlor den Charakter eines solchen Vereins und schloß sich gemäß eines bereits im Dezember 1848 gefaßten Beschlusses alsbald dem in Leipzig gegründeten Kreisvereine an. Eine kurz darauf von der Ökonomischen Gesellschaft im Königreiche Sachsen eingehende Anfrage über die künftige Stellung, die die beiderseitigen Gesellschaften in der neuen Organisation des landwirtschaftlichen Vereinswesens für sich etwa beanspruchen möchten und über etwaige gemeinsam in dieser Angelegenheit zu unternehmende Schritte wurde dahin beantwortet, daß für die Leipziger ökonomische Sozietät ein derartiges Bedürfnis nicht mehr vorliege, da sie sich der neuen Organisation bereits in der Eigenschaft eines zum Leipziger Kreisvereine gehörenden Zweigvereins angeschlossen habe. Als solcher Zweigverein bemühte man sich, die ursprüngliche wissenschaftliche Richtung wieder schärfer zu betonen und in einer den inzwischen eingetretenen Fortschritten der Wissenschaft und den veränderten gesellschaftlichen und Zeitverhältnissen entsprechenden Weise zu verfolgen. Diesem Zwecke dienten wissenschaftliche Vorträge, die zum großen Teile von Universitätsprofessoren gehalten wurden, ferner die Aussetzung von Preisen für die Beantwortung wichtiger land- und volkswirtschaftlicher Fragen und nicht zum mindesten die landwirtschaftlichen Versuche auf dem Möckernschen Gute, seitdem dieses von Dr. Crusius in Pacht genommen worden war.

Über das Gut war zuletzt erwähnt worden, daß im Jahre 1828 ein gewisser Schröder, den man der Sozietät als tüchtigen Landwirt empfohlen hatte, in den noch vier Jahre laufenden Pachtvertrag des Pächters Kietz eintrat. Während seiner Pachtzeit wurden die Gemeinheitsteilungen und die Zusammenlegung der Grundstücke in Möckern unter Mitwirkung des Amtmanns Hammer in hervorragender Weise

durchgeführt, und die Gesellschaft mit 45 Ackern in einen Plan und in günstiger Lage abgefunden. Es muß anerkannt werden, daß Schröder während seiner Pachtzeit das Gut wohl bewirtschaftet und sich auch mit der Anstellung landwirtschaftlicher Versuche eifrig beschäftigt hat.

In einer Versammlung am 18. März 1848 machte Dr. Crusius die Mitteilung, daß er im Einvernehmen mit der Deputation mit Schröder ein Abkommen getroffen habe, wonach die Pacht des Möckernschen Gutes von Johannis des laufenden Jahres an auf ihn übergehe. Es habe ihn dabei die Absicht geleitet, in der Bewirtschaftung des Gutes, der ursprünglichen Absicht des Schenkgebers gemäß, ein Musterbild für die Bewirtschaftung eines kleineren, in ähnlichen Verhältnissen befindlichen Bauerngutes aufzustellen, zugleich aber auch Gelegenheit zur Lösung wissenschaftlicher Fragen durch Anstellung praktischer Versuche zu geben und endlich die praktisch wissenschaftliche Ausbildung einer beschränkten Anzahl junger Leute bäuerlichen Standes zu bewirken. Daß dieses umfangreiche Programm die Gewißheit der Undurchführbarkeit von vornherein in sich enthielt, ist wohl nicht näher zu erläutern. Trotzdem hat die Sozietätswirtschaft, seit sie in Crusius' Hand überging, in nicht zu verkennender Weise anregend und vorbildlich gewirkt. Es sei nur daran erinnert, daß Crusius gleich im Jahre der Pachtübernahme einen Stamm Rindvieh, einen vorzüglichen Bullen und zehn weibliche Tiere aus dem Kanton Schwyz einführte und in Möckern einstellte. Ferner wurden im selben Jahre noch Anbauversuche mit verschiedenen Maissorten angestellt und die für hiesige Gegend als am geeignetsten erfundenen Sorten der Sozietät vorgelegt.

In einer Versammlung am 9. Dezember 1848 stellte Dr. Crusius die Anfrage, ob man geneigt sei, ihm nach Ablauf des Schröderschen Vertrages das Gut auf weitere 6 Jahre zu überlassen; er erklärte sich bereit, mindestens 500 Taler Pacht, außerdem aber den tatsächlich mehr gewonnenen Reinertrag jährlich zu bezahlen. Dieses günstige Anerbieten wurde nach besonderer Vorberatung durch die Deputierten von der Hauptversammlung am 13. Oktober 1849 angenommen, nachdem Dr. Crusius sich verpflichtet hatte, Baureparaturen in Gesamthöhe von 25 Talern jährlich aus eigenen Mitteln zu tragen. Diese verlängerte Pachtzeit hat der Pächter auch innegehalten.

IV. Die Zeit von 1849 bis 1875.

Die unruhigen Jahre 1848 und 1849 sind auch an der Sozietät nicht spurlos vorübergegangen. Die Hauptversammlung in der Ostermesse anfangs Mai 1849 konnte nicht stattfinden, da eben wegen der unsicheren politischen Verhältnisse außer dem Direktor, dem Syndikus und dem Sekretär nur zwei Deputierte erschienen waren. Ein von den Anwesenden gefaßter Beschluß, in einer in den nächsten Wochen einzuberufenden Sitzung die verfassungsmäßig in der Osterversammlung vorzunehmenden Geschäfte zu erledigen, blieb aus dem nämlichen Grunde unausgeführt. So kam man denn zum ersten Male wieder in der Hauptversammlung zu Michaelis 1849 zusammen, in der außer den erwähnten Abmachungen betreffs des Möckernschen Gutes unter anderem der Beschluß gefaßt wurde, von den gewöhnlichen Versammlungen in

den Wintermonaten, die schon seit mehreren Jahren nur geringe Teilnahme gefunden hatten, abzusehen und nur bei Bedürfnis zusammenzukommen. Daß die Sommer-Monatsversammlungen wegen allzu geringen Zuspruchs schon seit Jahren ausgefallen waren, sei noch erwähnt.

Wie überall, so hatte auch in den landwirtschaftlichen Kreisen Sachsens das Erscheinen des von Justus Liebig verfaßten Buches: „Die Chemie in ihrer Anwendung auf Agrikultur und Physiologie" (1840) eine außerordentlich tiefgehende Bewegung hervorgerufen; schon im Jahre 1843 wurde von einem landwirtschaftlichen Bezirksvereine in der Oberlausitz an den Hauptverein der Antrag gestellt, eine allgemeinverständliche Bearbeitung des Liebigschen Werkes zu veranlassen, und es ist bezeichnend genug für die bedeutsame Wirkung dieses Buches, daß die von dem Generalsekretär der landwirtschaftlichen Vereine nachmals angelegten Akten über „Agrikulturchemie" mit diesem Antrage eröffnet wurden.

Der besondere Zweck des Antrags ist allerdings nicht erreicht worden; aber die Bewegung schlief keineswegs ein. Vielmehr wurde der Drang nach Erleuchtung der Landwirtschaft durch die Chemie immer größer und allgemeiner, sodaß man auf Mittel zur Befriedigung dieses Bedürfnisses sann und in dieser Richtung an die Regierung und die Landesvertretung mit einschlägigen Gesuchen herantrat. So sei besonders auf die von Friedrich Ludwig Rießner und Konsorten zu Chemnitz an die Ständeversammlung gerichtete Petition vom Jahre 1845 betreffs der Anstellung von landwirtschaftlichen Kreischemikern hingewiesen. Die Bittschrift war schon, bevor sie den Kammern unterbreitet wurde, an Dr. Crusius als den Vorsitzenden im Direktorium des landwirtschaftlichen Hauptvereins mit der Bitte gesandt worden sie zu vertreten. Crusius und der Hauptverein glaubten jedoch, die Petition nicht unterstützen zu können, da das Bedürfnis nach Boden-, Düngemittel- und sonstigen Analysen noch nicht sehr groß sei. Man hielt es vielmehr für notwendig, zunächst den Boden für die angeregte Idee vorzubereiten, und darum beabsichtigte man in Tharandt einen Lehrstuhl ausschließlich für Agrikulturchemie zu gründen, ein Laboratorium dort einzurichten und den Lehrer zu verpflichten, Aufträge sächsischer Landwirte auszuführen. Der Hauptverein reichte ein entsprechendes Gesuch bei dem Ministerium ein und benutzte nach mehrfachen Erinnerungen namentlich den bevorstehenden Abgang des Professors Schweizer von der Akademie Tharandt zu erneuten lebhaften Vorstellungen. Diese waren denn auch von Erfolg gekrönt, indem vom 10. Februar 1847 an Adolf Stöckhardt, bisher an der Gewerbeschule in Chemnitz tätig, als Professor für Agrikulturchemie an der forst- und landwirtschaftlichen Akademie Tharandt angestellt und ihm bei dem Neubau des Akademiegebäudes ein geräumiges, wohleingerichtetes chemisches Laboratorium zur Verfügung gestellt wurde. Auf Antrag des Hauptvereins wurde außerdem vom Ministerium des Innern die Gewährung angemessener Beihilfen für die von Stöckhardt auszuübende Wanderlehrtätigkeit über Agrikulturchemie in den landwirtschaftlichen Vereinen zugesagt. Damit war die Agrikulturchemische Versuchsstation geistig erschaffen und ihr tatsächliches Entstehen nur noch eine Frage der Zeit. Da in der Nähe von Tharandt kein zur Einrichtung der Station geeignetes Landgut gefunden wurde, so wandte sich Dr. Reuning, den das

Ministerium mit der Ausführung der notwendigen Schritte betraut hatte, an Dr. Crusius, den derzeitigen Vorsitzenden des Landeskulturrates und Direktor der Leipziger Sozietät mit der Anfrage, ob er wohl entweder auf dem Gute der ökonomischen Sozietät oder auf einem seiner eigenen Besitzungen die Gründung der in Aussicht genommenen Versuchsanstalt gestatten könne und wolle. Dr. Crusius hielt das Sozietätsgut für weniger geeignet, weil es nur geringen Umfang hatte und weil kein Laboratorium vorhanden war; aber er brachte seine Besitzung Rüdigsdorf in Vorschlag, wo er bereits einen eigenen Chemiker beschäftigte und die erforderlichen Einrichtungen getroffen hatte.

Es ist nicht genau erwiesen, warum die Verlegung der Anstalt nach Rüdigsdorf nicht zustande kam, wahrscheinlich aber hat man geglaubt, auf die von Dr. Crusius gestellte und von dessen Standpunkt als Privatmann berechtigte Forderung einer halbjährigen Kündigungsfrist nicht eingehen zu können. Daraufhin tat Crusius noch in demselben Jahre bestimmte Schritte, um das von ihm seit 1848 erpachtete Möckernsche Sozietätsgut, das sich inzwischen doch als geeignet herausgestellt hatte, für den angedeuteten Zweck zu verwerten, nachdem er, wie erwähnt, schon bei Übernahme der Pachtung die Absicht gehabt hatte, jenes Gut den wissenschaftlichen Zwecken der Sozietät dienstbar zu machen. In der Michaelishauptversammlung 1850 teilte Crusius der Sozietät mit, daß es ihm gelungen sei, in der Person des Dr. Emil Wolff, bisher Lehrers der Naturwissenschaften an der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Bröſa, einen geeigneten und tüchtigen Vertreter für eine der wichtigsten Hilfswissenschaften des landwirtschaftlichen Gewerbes zu gewinnen, auch daß der Genannte nicht abgeneigt sei, zur Förderung derjenigen Zwecke, deren Verfolgung die Sozietät in ihrer neu zu gewinnenden Gestaltung sich vorgenommen habe, seine Kräfte zu widmen. Die Versammlung genehmigte dann auch einstimmig, „daß insofern die Staatsregierung darauf eingehen würde, für Dr. Wolff den zur Bestreitung des Lebensunterhaltes und zur Anschaffung der nötigen Chemikalien erforderlichen Kostenaufwand zu übernehmen, die Sozietät ihrerseits nicht abgeneigt sein würde, demselben auf ihrem Gute in Möckern freie Wohnung, jedoch mit Vorbehalt eines Lokales für die Versammlungen der Sozietät zu gewähren, auch die Kosten für die erste Einrichtung eines Laboratoriums zu übernehmen".

So war es denn durch den Beschluß der Leipziger Ökonomischen Sozietät vom 19. Oktober 1850 möglich geworden, daß die erste deutsche landwirtschaftliche Versuchsstation ins Leben trat, als Emil Wolff, der Aufforderung Crusius' folgend, im Jahre 1851 nach Möckern übersiedelte. Da zunächst die Staatsregierung eine Unterstützung für Möckern nicht gewährte und die Sozietät außer den oben erwähnten Leistungen keine weitere Beihilfe gewähren konnte, so übernahm Dr. Crusius sowohl die Bezahlung des Chemikers, der allerdings nur 300 Taler erhielt, als auch die Bestreitung der laufenden Ausgaben. Nach Abgang des Sekretärs der Sozietät Ende 1850 wurde dieses Amt an Dr. Wolff übertragen, und dadurch sein Gehalt um 150 Taler erhöht. Die erste, einigermaßen durchgreifende Unterstützung von außen wurde dem Unternehmen indessen erst im zweiten Jahre seines Bestehens zuteil, als die Staatsregierung auf Vortrag Rennings eine jährliche Bewilligung in Aussicht

stellte und die Versammlung deutscher Land- und Forstwirte zu Hannover den erwähnten Überschuß von reichlich 800 Talern, der bei der Aufstellung des Leipziger Thaerdenkmals erzielt worden war, der Ökonomischen Sozietät mit der Weisung zur Verwaltung überwies, daß die Zinsen dieses Kapitals für die Bedürfnisse der Versuchsstation Verwendung finden sollten. Durch die von der Staatsregierung von nun an regelmäßig gewährte Beihilfe wurde die Versuchsstation des mehr privaten Charakters entkleidet, und sie erhielt nunmehr auch bald die noch fehlende feste Organisation.

Von der Gründung der Versuchsstation hatte man eine Belebung und Erweiterung der Tätigkeit der Sozietät erhofft, vielleicht in der Weise, daß man die vorzüglichsten Vertreter der Naturwissenschaften und der Staatswissenschaften an der Leipziger Universität zur Teilnahme an den Versammlungen einlüde. Da es sich um eine fortgesetzte Teilnahme und Mitwirkung dieser Gelehrten handeln sollte, wurden sie auf Vorschlag des Direktors Dr. Crusius in der schon mehrfach erwähnten Michaelishauptversammlung 1850 einstimmig zu Ehrenmitgliedern ernannt. Dasselbe geschah in der nächsten Versammlung am 3. Mai 1851 mit Professor Dr. Limmer in Leipzig, Dr. Emil Wolff in Möckern und Gutsadministrator Bähr ebendort, und zwar wurde diesen beiden zugleich volles Stimmrecht verliehen, was bis jetzt noch niemals geschehen war.

Das geträumte neue Leben der Gesellschaft ist aber trotz der größten Bemühungen des Direktors und der Deputierten leider nur ein frommer Wunsch geblieben. Und das kann nicht verwundern. Denn im Leipziger Kreisvereine waren mehr als 20 landwirtschaftliche Vereine vertreten, die jährlich je 6 und mehr Versammlungen zu halten pflegten, und darunter solche, die reich an Mitgliedern und dabei wegen der gründlichen Verhandlungen über die aufgestellten Fragen in den Sitzungen sehr angesehen waren. Außerdem waren unter den 50 Mitgliedern, die die ökonomische Sozietät 1850 besaß, 30 Leipziger Bürger, von denen nur etwa 3 Interesse an der Landwirtschaft hatten. Der Verkehr der Sozietät nach außen hin mit den angesehensten wissenschaftlichen Korporationen und Vereinen gestaltete sich allerdings in jener Zeit besonders lebhaft, indem die Jahresberichte der Versuchsstation gegen die Schriften der erwähnten Vereine ausgetauscht wurden. Im übrigen waren jedoch die Kräfte der Sozietät ganz der Erhaltung der Versuchsstation gewidmet.

So hat denn in den Jahren 1850 bis 1875 die Leipziger Ökonomische Sozietät kaum eine andere Stellung als die einer sorgsamen Hauswirtin der landwirtschaftlichen Versuchsstation eingenommen, und bei dem schwachen Besuche der Versammlungen war es sehr oft schade um die hier gehaltenen, schönen wissenschaftlichen Vorträge. Eine sorgsame Wirtschaftsführung war in dem letztgenannten Zeitraume allerdings umsomehr geboten, als zu den Ausgaben an Zinsen und hohen Gemeindelasten noch mehrfach starke Baureparaturen — zum Teil infolge starker Stürme — und bedeutende Kosten wegen zweier Kriegsjahre kamen. Im Spätsommer 1854 wurde ein neuerbauter Kuhstall in Benutzung genommen, dessen Ausführung der Direktor Dr. Crusius fast allein geleitet hatte. Es waren darauf 5000 Taler, die ein Herr von Wuthenau zu 4 % geliehen hatte, hypothekarisch eingetragen worden. Der Bau

war jedoch sehr teuer geworden und als Dr. Crusius, der nach dem Tode des derzeitigen Kassierers, des Deputierten Carl Harkort, die Kasse auf ein Jahr selbst verwaltete, Rechnung legte, ergab sich zu seinem Gunsten ein Betrag von 2104 Talern. Über 2000 Taler gab die Sozietät an Dr. Crusius einen Schuldschein, während der Rest in bar ausgezahlt wurde. Es waren demnach in jener Zeit Zinsen zu bezahlen für folgende Schulden:

5000 Taler Hypothek an von Wuthenau,
2000 „ Handschein Dr. Crusius,
1000 „ in 10 Stück Aktien zu je 100 Taler,

und es konnte daher bei rund 600 Talern Pacht zur Zeit nicht an die weitere Einlösung von Aktien gedacht werden.

Bei der Osterhauptversammlung 1856 waren 25 Jahre verflossen, seitdem an Dr. Crusius zum ersten Mal das Direktorat der Sozietät übertragen worden war, das er in so anerkennenswerter, aufopfernder Weise während jenes Zeitraumes ununterbrochen geführt hatte. Leider sollte der bei dieser Gelegenheit ausgesprochene Wunsch, daß das Präsidium noch lange in seinen bewährten Händen zum Wohle der Gesellschaft verbleiben möge, nicht erfüllt werden, denn schon zwei Jahre später, am 26. August 1858, wurde er vom Tode ereilt. Seine Verdienste um die Sozietät im besonderen und um die sächsische Landwirtschaft im allgemeinen machen seinen Namen unvergeßlich.

Crusius hatte kein Testament hinterlassen; seine Erben aber wußten den Willen ihres Vaters zu ehren und schenkten der Leipziger Ökonomischen Sozietät die von dem Verstorbenen in den Jahren 1852/57 erworbenen, an Bähr mitverpachteten Grundstücke in Möckernscher und Gohliser Flur nebst einer neuerbauten Scheune und einigem Inventar. Aus dem § 1 der Schenkungsurkunde ersieht man die Gründe, welche die Erben zu diesem Schritte bewogen haben:

„In Erwägung der großen Teilnahme, welche ihr Erblasser, der am 26. August 1858 verstorbene Herr Dr. Heinrich Wilhelm Leberecht Crusius der Leipziger Ökonomischen Sozietät und insbesondere der auf seine Anregung gegründeten landwirtschaftlich-chemischen Versuchsstation zu Möckern unausgesetzt gewidmet hat, und von der Überzeugung geleitet, daß sie im Sinne des Entschlafenen handeln, wenn sie der gedachten von ihm mit aufopfernder Liebe und Hingebung gepflegten Versuchsstation die ihr von Seiten ihres Mitbegründers gewährte Unterstützung nicht entziehen, sondern ihr diese und damit auch ein ferneres Gedeihen für die Zukunft sichern, haben die genannten Crusiusschen Erben beschlossen, der Leipziger Ökonomischen Sozietät die nachverzeichneten Grundstücke, Gebäude und Effekten, welche ihr Erblasser lediglich zur Förderung der erwähnten Versuchsstation erworben, eingerichtet und im Werte erhöht hat, und welche zu einer Vereinigung mit dem der Ökonomischen Sozietät bereits zugehörigen Grundbesitze in Möckern vorzugsweise geeignet erscheinen, schenkungsweise zu überlassen."

Durch diese Schenkung bekam der Landbesitz der Sozietät einen Zuwachs von insgesamt 24 Äckern und 28 Quadratruten mit 982,98 Steuereinheiten. Einschließlich der Kosten eines Scheunenneubaues hatte die Erwerbung dieser Grundstücke Dr. Crusius

seiner Zeit 10325 Taler gekostet. Eine auf dem sogenannten Schlippe'schen Gute lastende Hypothek von 3000 Talern hatte die Sozietät dabei mit zu übernehmen.

Unter den Bedingungen findet sich u. a. § 2b: „daß die genannte Sozietät ihren dermaligen Sitz zu Leipzig niemals von da verlegt, auch für den unverhofften Fall einer stattfindenden Auflösung, bei diesfallsiger Veräußerung ihres Grundbesitzes entweder die obigen, ihre schenkungsweise überlassenen Immobilien in natura den Schenkgebern resp. deren Erben unentgeltlich zurückgewährt, oder nach ihrer, der Sozietät, Wahl, den letzten vom seligen Herrn Dr. Crusius für die einzelnen Grundstücke bezahlten Kaufpreis wie derselbe oben . . . . . in Zahlen angegeben ist, jedoch was das zu 2 erwähnte, vormals Schlippe'sche Gut anlangt, selbstverständlich unter Kürzung der übernommenen Hypothekenschuld von 3000 Talern, für die dort unter 5 aufgeführte Scheune, oder aber in runder Summe 1200 Taler denselben bar bezahlt."
c) „Daß dieselbe der vorerwähnten landwirtschaftlich-chemischen Versuchsstation auf ihrem, der ökonomischen Sozietät, Gute zu Möckern, für die Dauer des Bestehens der Versuchsstation nicht nur die derselben seither für ihre Zwecke gewährten Räumlichkeiten ferner unentgeltlich überläßt, und dieselbe so wie jetzt ungestört schalten und walten läßt, sondern auch derselben aus den Erträgen der vorstehend schenkungsweise abgetretenen Immobilien, es mag die Versuchsstation ihren Sitz in Möckern behalten oder an einen anderen Ort verlegen, alljährlich die Summe von wenigstens 50 Talern, buchstäblich Fünfzig Talern, als Unterstützung gewährt, auch sonst auf alle irgend tunliche Weise die Ausführung der von dem Kuratorium der Versuchsstation in Möckern beliebten Versuche, sei es in Feldern oder in Ställen, nicht erschwert, in dem Fall aber, wenn sie diesen sub c. hier erwähnten Verfügungen nicht nachkommen, namentlich der Versuchsstation nachweislich Hindernisse, welche deren Fortbestehen und erfolgreiches Wirken wesentlich gefährden, in den Weg legen würde, die ihr schenkungsweise überlassenen Immobilien entweder in natura unentgeltlich zurückgewährt oder nach ihrer eigenen Wahl deren letzten Kaufpreis resp. angenommenen Wert, ganz so wie vorstehend b) bestimmt ist, an die Schenkgeber resp. deren Erben bar bezahlt ...."

Demgegenüber ist der Sozietät gestattet, die schenkungsweise überlassenen Immobilien ganz oder teilweise zu veräußern oder zu verpfänden, wenn nur von ihr resp. unter ihrer Garantie von ihren Nachfolgern die übernommenen Verpflichtungen gegen die Versuchsstation nach wie vor erfüllt werden.

Die Schenkung verdient den lebhaftesten Dank der Empfängerin. Denn das Gesamtgrundstück bekam auf diese Weise als Pachtobjekt einen angemessenen Umfang, sodaß ein leidlicher Pachtzins bezahlt werden konnte. Dadurch aber wurde es möglich, die großen Ausgaben, die der Sozietät späterhin durch die Naturereignisse und die Kriegsjahre erwuchsen, zu bestreiten und die Kosten der erforderlichen Neu- und Umbauten für die Versuchsstation aufzubringen, ohne den Besitz allzusehr mit Hypotheken zu belasten.

Kurz nach dem Tode des Dr. Crusius waren die Deputierten in außerordentlichen Versammlungen zusammengekommen, um über die zunächst vorliegenden dringlichen Fragen zu beraten. Man kam überein, die Neuwahl eines Direktors bis zur

nächsten Hauptversammlung zu verschieben und übertrug indessen die Geschäftsleitung einem Direktorium von drei Deputierten, in dem der Universitäts-Professor Dr. *Knop* den Vorsitz führte. In der am 20. November 1858 stattfindenden Hauptversammlung wurde Herr Kammerherr *von Watzdorf* auf Störmthal zum Direktor gewählt. Bei den Beamten der Sozietät waren in den letzten Jahren ebenfalls verschiedene Änderungen eingetreten. So war an die Stelle des 1856 verstorbenen verdienten Syndicus Dr. Mothes Dr. Erich *Wendler* getreten, und nach dem in demselben Jahre erfolgten Ableben des langjährigen Mitglieds und Kassierers Harkort wurde dieses Amt in der Osterversammlung 1856 an Dr. Udo *Schwarzwäller* gleichzeitig mit dem Sekretariate und dem Rechnungsführeramte übertragen, da der bisherige Inhaber dieser beiden Ämter, Dr. *Ritthausen*, der Assistent und spätere Nachfolger des Agrikulturchemikers Dr. Knop, um Befreiung gebeten hatte.

Die ersten Arbeiten unter dem Direktorate von Watzdorf erstreckten sich auf die Übernahme der Crusiusschenkung, auf die Beschaffung einer Anleihe für die auf den neuen Grundstücken lastende gekündigte Hypothek und auf die Wiederverpachtung des Möckernschen Gutes. Bähr, dessen Pachtvertrag noch bis Johannis 1861 lief, hatte den Antrag auf Verlängerung seiner Pacht auf 12 Jahre gestellt und sich bereit erklärt, einen jährlichen Pachtzins von 900 Talern zu entrichten. Da einige Räume, die ihm kontraktlich zustanden, von der Versuchsstation mit Beschlag belegt worden waren, so wünschte er von der Verpflichtung, auf dem Gute wohnen zu müssen, entbunden zu sein und dafür entschädigt zu werden. Nachdem in verschiedenen Zusammenkünften und Besprechungen keine Entscheidung hatte erzielt werden können, einigte man sich am 1. Juli 1859 endlich dahin, daß Bähr auf weitere sechs Jahre, also von 1861 bis 1867, die Pacht des Gutes für einen Preis von 880 Talern unter der Bedingung erhielt, seinen ständigen Aufenthalt auf dem Gute weiter zu nehmen. Außerdem hatte er noch die Verpflichtung einzugehen, auf Verlangen der ökonomischen Sozietät und in deren Interesse gewisse landwirtschaftliche Versuche neben den von der Versuchsstation angeordneten Versuchen gegen entsprechende Entschädigung anzustellen.

Die lebhaften Verhandlungen, die der Bährsche Antrag auf Festsetzung der Pachtperiode auf 12 Jahre hervorrief, und die schließlich mit der Beibehaltung des früheren sechsjährigen Zeitraumes endigten, regen zu einer kurzen Betrachtung über die Zweckmäßigkeit kürzerer oder längerer Pachtzeiten an. Die Geschichte der Landwirtschaft zeigt, daß mit dem Steigen der landwirtschaftlichen Intensität die Pachtzeit immer länger geworden ist. Im Interesse der landwirtschaftlichen Kultur und der beiden, das Pachtgeschäft abschließenden Parteien muß man sich entschieden für längere Pachtzeiten aussprechen, d. h. für solche Pachten, die etwa auf die Dauer von 12 bis 18 Jahren abgeschlossen werden. Bei den preußischen Domänen wird die Verpachtung auf 18 Jahre als Regel betrachtet und das halten wir bei Staatsgütern für durchaus zweckmäßig. Bei Privatgütern liegt ein etwas kürzerer Zeitraum nicht selten im Interesse des Verpächters und seiner Familie, und dann ist ein Zurückgehen auf etwa 12 Jahre angemessen. Längere Pachtzeiten als auf 18 Jahre sind unter gewöhnlichen Verhältnissen, wo es sich um gangbare, in nor-

maler Kultur befindliche Wirtschaften handelt, auch bei Gütern des Staates und anderer juristischer Personen, nicht anzuraten, da bei zu langen Zeiträumen die für den Pachtzins maßgebenden Umstände in sehr fühlbarer Weise, für einen der beiden Kontrahenten nachteilig, sich ändern können; auch wird — zumal bei Privatpersonen — durch allzuweit aussehende Pachtgeschäfte die Disposition späterer Interessenten leicht empfindlich beschränkt.

Der Vertrag mit Bähr wurde mehrere Male um weitere sechs Jahre verlängert; seit dem Jahre 1872, in dem der junge Bähr mit in den Kontrakt aufgenommen wurde, war der jährliche Pachtschilling auf 1000 Taler erhöht worden. Hervorzuheben ist, daß Bähr Vater und Sohn bis zur Aufgabe des Pachtes im Jahre 1879 das Gut in anerkennenswerter Weise bewirtschaftet und seinen Kulturzustand verbessert haben. Schon als Administrator unter Crusius hatte Bähr an Stelle der Dreifelderwirtschaft eine *Fruchtwechselwirtschaft* eingeführt, die sich in der Folge als zweckmäßig erwies. Bereits im Jahre 1852 konnte er ferner von dem günstigen Erfolge der *Drainierung* einiger Feld- und Wiesenflächen berichten, Meliorationen, die fortgesetzt wurden und zur häufigeren Besprechung und Verhandlungen in den Sozietätsversammlungen Veranlassung gaben. Die Gründe für die Beseitigung der stockenden Nässe im Boden bedürfen heute weiter keiner Darlegung, sie sind eben so bekannt, wie die Erfahrung gelehrt hat, daß durch Drainage der Ertrag auf undurchlässigem Boden erhöht und gesichert wird, daß der Aufwand, wenn ein wirkliches Bedürfnis vorliegt, im Verhältnis zum Nutzen sehr gering ist, und daß das Kapital sich dauernd verzinst und in wenigen nassen Jahren sogar getilgt wird. Aber auch auf diesem Gebiete waren Vorurteile zu bekämpfen, mußte Aufklärung über das Wesen und die Anlage von Drainagen gegeben und die Landwirte mußten zu kleinen Versuchen angeregt werden. Der auffallende dauernde Mehrertrag zweckmäßig entwässerter Felder im Gegensatz zu den undrainierten Flächen trug zur Verbreitung dieser Kulturmaßregel mehr und mehr bei, während freilich die Ergebnisse mangelhaft ausgeführter Drainagen der Grund waren, daß sie stellenweise ganz verurteilt wurden. Die der Sozietät in den sechziger Jahren angehörenden praktischen Landwirte, wie besonders der Rittergutsbesitzer *Dietze* in Pommsen, der Kommissar *Dietrich* und andere, waren von der Bedeutung der Drainage überzeugt und erkannten auch, daß mangelhafte Drainagen mehr Schaden stifteten als nützten. Und so war denn ein Vortrag, den Kommissar Dietrich auf der Ostermeßversammlung 1865 über „Mängel bei der Ausführung verschiedener Drainagen" hielt, die Veranlassung, daß die Sozietät beim Kreisvereine den Antrag einbrachte: „der Kreisverein wolle mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit der Drainage, sowie auf die teilweise unvollkommene Ausführung mancher Drainagen die Staatsregierung bitten, daß diesen Übelständen (der Drainagepfuscherei) durch Bekanntmachung der Namen geprüfter oder bewährter Drainmeister oder in anderer geeigneter Weise abgeholfen werden möge". Des weiteren hören wir von dem Gesetze über die Berichtigung von Wasserläufen und die Ausführung von Be- und Entwässerungsanlagen vom 15. August 1855, das die rechtlichen Grundlagen für die Drainierungs- und Wiesenbewässerungsanlagen lieferte. Die Regierung erhielt durch dieses Gesetz die

Befugnis, auf Antrag Beteiligter zu Gunsten der Landeskultur die Ausführung und Unterhaltung der Berichtigung eines Wasserlaufs anzuordnen.

In ähnlicher Weise fanden in den Versammlungen der Sozietät häufig Erörterungen über Verwendung von Maschinen in der Landwirtschaft statt. Zunächst war die Meinung geteilt; die einen hatten günstige Erfahrungen gemacht und sprachen für die Anschaffung von Maschinen, andere wiederum wollten von ihnen nichts wissen und behaupteten, die Handarbeit sei besser und billiger. Das mag anfangs auch vielfach der Fall gewesen sein, denn der Bau landwirtschaftlicher Maschinen steckte noch in den Kinderschuhen und mußte sich erst entwickeln. Da haben denn die Vorträge und die anschließenden Diskussionen sehr viel zur Klärung mancher Mängel und Unzulänglichkeiten beigetragen und zu ihrer Abstellung und Verbesserung Veranlassung gegeben. Der Einführung der Dampfdreschmaschine setzte man anfangs großen Widerstand entgegen. So bemerkte der Gutspächter Bähr in der Osterhauptversammlung 1865, für sächsische Verhältnisse passe der Dampfdrusch nicht, möge er auch anderswo am Platze sein. Unsere sächsischen Landwirte hätten ihre schönen Scheunen, lagerten das Getreide nicht oder nur in ganz geringem Umfange in Feimen und wüßten nicht, wo sie beim Dampfdrusch Stroh und Spreu unterbringen könnten. Und was sollte man mit den Leuten anfangen, die bisher den ganzen Winter über mit Dreschen beschäftigt worden waren? Allein der sich bald mehr und mehr fühlbar machende Arbeitermangel und die teilweise unerhörten Lohnforderungen der Arbeiter drängten auf möglichsten Ersatz der Handarbeit durch Maschinen und befreundeten, wie wir aus den Versammlungsberichten ersehen, bald auch die anfangs noch zögernden Mitglieder der Sozietät mit der Anschaffung von Säe- und Drill-, von Mäh- und Dreschmaschinen.

Neben den erwähnten Gegenständen waren es namentlich die Arbeiten der Versuchsstation in Möckern, die den meisten Stoff zu den Verhandlungen der Sozietät lieferten. Es verging fast keine Versammlung, in der nicht der schon mehrfach erwähnte Professor Dr. Knop in Möckern einen Vortrag über seine Versuche hielt und den anwesenden Sozietätsmitgliedern und Gästen über die neusten Resultate seiner Forschungen berichtete, damit von diesen seine wissenschaftlichen Ergebnisse in der Praxis verwertet und in weiteren Kreisen verbreitet wurden. Trotzdem war der Besuch der Versammlungen, wie die Präsenzliste erkennen läßt, meistens so gering, daß es schade um die Vorträge war und daß daher der Sozietät eine unmittelbare Einwirkung auf die Hebung der praktischen Landwirtschaft in Sachsen damals nur in bescheidenem Maße zugesprochen werden kann.

Daher fand der von einem Deputierten gemachte Vorschlag, eine Säkularfeier zu veranstalten, nur wenig Beifall. Es sollte bei der bescheidenen Existenz der Sozietät nichts getan werden, was irgendwie danach angetan sein konnte, als aufsehenerregend oder eitelen Glanz verbreitend zu erscheinen. Der damalige Direktor, der Kammerherr von Watzdorf auf Störnthal, war eine viel zu edle und bescheidene Natur, um irgend etwas zu veranlassen, über dessen vollkommenste Berechtigung nach allen Seiten hin nur der leiseste Zweifel vorhanden gewesen wäre. Das einzige, was wir über dieses Jubiläum hören, ist denn auch nur die Mitteilung, daß der

Direktor bei Eröffnung der Osterhauptversammlung 1865 kurz darauf hinwies, die Sozietät feiere in diesem Jahre ihr 100jähriges Geburtstagsfest, da am 28. Februar 1765 ihr Statut bestätigt worden sei. Daran anschließend gab er eine geschichtliche Übersicht über die Stellung der Gesellschaft im landwirtschaftlichen Vereinswesen, sowie über ihre gegenwärtige Wirksamkeit, die sich gegen früher so sehr verändert habe.

Ein weiteres Zeugnis für die geringe Bedeutung, die der Sozietät in den siebziger Jahren selbst von ihren Mitgliedern beigemessen wurde, finden wir in einem Aufsatze in der „Neuen Zeitschrift für deutsche Spiritusfabrikanten“ vom Jahre 1874, wo der damalige langjährige Sekretär Dr. Udo Schwarzwäller über einen von ihm in der Sozietät gehaltenen Vortrag über neuere Brennereieinrichtungen berichtet. In der Einleitung dieses „Aus der ökonomischen Sozietät zu Leipzig“ überschriebenen Artikels sagt er folgendes: „Wir haben es hier mit einer alten Matrone zu tun, an der ein Jahrhundert schon längst vorübergegangen ist, und die wegen ihrer Altersschwäche nicht mehr Ursache hat, über großen Zudrang von Freunden sich zu beschweren, ungeachtet allen Kopfwackelns aber doch noch nicht Hand an sich legen kann, denn sie muß für ein ihr einst geschenktes Besitztum oder auch für die darauf angewiesenen Gläubiger leben . . . . .“ Diese Charakteristik ist reichlich scharf. Denn es darf nicht vergessen werden, daß die Leipziger Sozietät die festeste Stütze der Versuchsstation in Möckern war, und daß sie sich nur deshalb in Schulden gestürzt hatte, um der Station ein erfolgreiches Arbeiten zu ermöglichen. Außer den bereits erwähnten Umbauten hatten ihr die Erweiterung des Laboratoriums durch einen Anbau, der Neubau und die vollkommene neue innere Einrichtung der Versuchsställe, die Schaffung von Assistentenzimmern usw. große Ausgaben verursacht.

Im Jahre 1874 faßte das Ministerium auf Vorschlag des Landeskulturrates den Beschluß, die Tätigkeit der Versuchsstationen zu spezialisieren und, wie Tharandt für den Pflanzenbau, so Möckern für die Forschungen auf dem Gebiete der Tierernährung mit allen Mitteln auf das vollständigste auszurüsten. Die hierfür erforderlichen beträchtlichen Mittel schienen in einer passenden Verwendung der Crusiusstiftung geboten zu sein; so knüpfte denn zunächst das Königliche Ministerium des Innern mit der ökonomischen Sozietät Verhandlungen zu dem Zwecke an, diese Stiftung aus dem Gesellschaftsvermögen ganz auszuscheiden und im alleinigen Interesse der Versuchsstation Möckern zu verwenden. Die Bereitwilligkeit, mit der die Sozietät von Anfang an die Interessen der Versuchsstation gefördert hat, sowie der pietätvolle Sinn der Crusiusschen Erben, die auch jetzt wieder im Geiste des Erblassers ihre Zustimmung zu einem für Möckern so heilsamen Verfahren erteilten, führte ohne Schwierigkeiten zum Abschlusse eines Übereinkommens, nach welchem die ökonomische Sozietät zu Leipzig diejenigen Grundstücke und Rechte, die ihr durch die Schenkungsurkunde vom 31. März 1859 von den Erben des Dr. Crusius überlassen worden waren, an die sächsische Staatsregierung zunächst für die Zwecke der landwirtschaftlichen Versuchsstation zu Möckern, und, wenn deren Tätigkeit aufhören sollte, zur Erreichung eines die Landwirtschaftswissenschaft entschieden fördernden Zwecks im Bezirke der Leipziger Kreishauptmannschaft erb- und eigentümlich unter gewissen, hier

als unwesentlich zu übergehenden Bedingungen abtritt, und wonach ferner die Staatsregierung die Pachtung des eigentlichen Sozietätsgutes vom 1. Juli 1879 an auf 50 Jahre, also bis 1929, übernimmt.

Hierdurch war nicht nur der erhebliche Geldwert der Crusiusstiftung für die Zwecke eines Neubaues verfügbar geworden, sondern es wurde namentlich dadurch, daß das Königliche Ministerium die Pachtung übernahm, die Möglichkeit geboten, die gesamte Gutswirtschaft, ohne jeden Konflikt mit berechtigten Interessen eines Privatmannes, zu jeder Zeit und je nach Bedürfnis den Zwecken der Station dienstbar zu machen. — Gleichzeitig mit der Übergabe der Crusiusstiftung und der Verpachtung des Möckernschen Gutes wurde beschlossen, die Sammlungen der ökonomischen Sozietät der landwirtschaftlichen Schule zu Wurzen und die Bibliothek der Versuchsstation Möckern zu schenken.

V. Die Entwicklung der Sozietät nach der Übernahme der Versuchsstation Möckern durch den Staat.

So war denn das Bestehen der Station gesichert, und die Aufgabe, von der die Sozietät in den letzten 50 Jahren stark in Anspruch genommen war, glücklich gelöst. Namentlich ist aber hervorzuheben, daß der Vermögensstand der Sozietät nach Abtretung der Crusiusschenkung und infolge der Entschädigung für die bereits für die Versuchsstation ausgeführten Bauten, wie auch infolge des Verkaufes einiger kleinerer Flächen sich sehr gebessert hatte, sodaß im Jahre 1877 die letzten 10 Aktien eingelöst und auch die sonstigen Schulden größtenteils getilgt werden konnten.

Am 5. Januar 1880 starb der Kammerherr von Watzdorf, der über 21 Jahre lang an der Spitze der Sozietät gestanden und sich große Verdienste um die deutsche Landwirtschaft erworben hatte. War er doch, wie wir aus den Versammlungsberichten sehen, stets ein eifriger Verfechter eines gemäßigten Schutzzolles und Gegner des Freihandels schon in einer Zeit, wo man selbst in agrarischen Kreisen größtenteils noch nicht von der Bedeutung des Schutzzolles überzeugt war.

Als im Jahre 1878 die von Zwätzen-Jena an alle landwirtschaftlichen Vereine zur Beitrittserklärung versandte Petition um Einführung von Schutzzöllen besprochen wurde, sprach sich der Professor Dr. Birnbaum, seit Oktober 1877 Sozietätsmitglied, in längerem Vortrage dahin aus, daß der Kampf gegen den Freihandel nur ein Ansturm gegen Windmühlen sei; denn Deutschland könne gar nicht den Bedarf des Volkes an Lebensmitteln hervorbringen, das sei für seine Landwirtschaft gar nicht möglich, ja nicht einmal wünschenswert. Der beste Beweis hierfür seien andere Länder, wo ungünstigere Verhältnisse herrschten und das Volk trotzdem kräftiger ernährt sei als das unsrige, z. B. in England, wo nur 24 % des Bodens im Dienste der Landwirtschaft ständen, während es bei uns 70 % seien. Bei den Anwesenden fand der Redner allerdings nur wenig Beifall, ein Zeichen dafür, daß die Landwirte bereits damals von der Bedeutung des Schutzzolles für die heimische Landwirtschaft überzeugt waren. Von einigen der Anwesenden wurde sehr richtig darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse in England mit seiner günstigen Verkehrslage ganz andere wären

als in Deutschland. Besonders entschieden trat der Rittergutsbesitzer Gontard in Mockau den Ansichten des Professors Birnbaum entgegen, indem er nachzuweisen suchte, daß ein Schutzzoll das Nationalvermögen vermehren müßte, weil dadurch das Ausgeben von Geld für auswärtige Waren erschwert würde.

Von der sonstigen Beschäftigung der Sozietät mit volkswirtschaftlichen Problemen seien nur noch die Unterstützung einer auf Anregung des Kongresses deutscher Landwirte im Mai 1881 beschlossenen Bittschrift an den Bundesrat um Aufrechterhaltung einer strengen veterinärpolizeilichen Überwachung des Grenzverkehres mit Vieh gegenüber Österreich und ebenso einer im April 1883 beschlossenen Petition um Erhöhung des Zolles auf landwirtschaftliche Erzeugnisse erwähnt.

Nachfolger des am 5. Januar 1880 verstorbenen Direktors von Watzdorf im Direktorate der Sozietät wurde Dr. von Frege auf Abtnaundorf (jetzt von Frege-Weltzien), der am 13. Mai 1876 als Mitglied aufgenommen und bereits ein Jahr später zum Deputierten gewählt worden war. Sein Hauptbestreben war zunächst darauf gerichtet, der Gesellschaft die frühere Stellung und ihren früheren Einfluß wieder zu gewinnen. Zu diesem Zwecke machte er den Versuch, für die Mitglieder einen regelmäßigen Vereinigungspunkt in einem eigenen Lokale zu schaffen. Zunächst sollte der mehr gesellige Charakter dieser Vereinigung betont werden: später hoffte man mit der Geselligkeit eine wissenschaftliche Tätigkeit zu vereinigen. Im Auftrage der Sozietät trat das Direktorium mit der Gesellschaft „Harmonie" in Verhandlungen, die den Erfolg hatten, daß den Mitgliedern der Sozietät allwöchentlich am Sonnabend ein Zimmer zur Verfügung stand, in dem man sich treffen und die wichtigsten, die Landwirtschaft angehenden Zeitfragen besprechen konnte. Die erste Versammlung in diesem Klubzimmer fand am Sonnabend den 11. Februar 1882 statt. Infolge dieses häufigen Zusammenseins der Sozietätsmitglieder wurde es möglich, für die regelmäßigen Hauptversammlungen eine geeignete Tagesordnung aufzustellen, sodaß die Versammlungen wieder eine größere Anziehungskraft bekamen, und es sich wieder verlohnte, bedeutende Fachleute zu Vorträgen zu gewinnen. So sprach in der Michaelishauptversammlung 1882 Dr. Henry Settegast (damals Assistent am landw. Institute der Universität Leipzig) über „Samenfälschungen", und in der folgenden Osterversammlung 1883 der Landstallmeister Graf Münster über den „Fohlenaufzuchtverein im Königreiche Sachsen und seine Bestrebungen". Aus diesem Referate ersehen wir, daß der genannte Verein sich die Aufgabe gestellt hatte, ein Beispiel rationeller Fohlenaufzucht zu geben, indem er sowohl den Besitzer eines etwa 50 Acker großen Bauerngutes zu Eppendorf vertragsmäßig verpflichtete, eine der Größe des Gutes angemessene Anzahl Fohlen bei sich aufzunehmen und den Tieren unter Oberaufsicht des Vereins bis zum Alter von $3\frac{1}{2}$ bis 4 Jahren vorschriftsmäßige Haltung und Pflege zukommen zu lassen, als auch ferner von dem Fürsten Schönburg einen Teil des Rittergutes Oelsnitz bei Hartenstein mit einer Fläche von 250 Acker Feld und Wiesen erpachtete, um darauf in eigener Verwaltung die entsprechende Anzahl Fohlen aufzuziehen. Hierdurch sollten in zwei verschiedenen Landesteilen und für Wirtschaften verschiedener Größe gleichzeitig Gelegenheit und Anregung zu zweckmäßiger Fohlenaufzucht gegeben werden. Das erste Beispiel sollte

zeiger, daß Fohlenaufzucht in bäuerlichen Wirtschaften bei sachgemäßer Ausübung ein lohnender Wirtschaftszweig werden kann, während das zweite ein Vorbild für größere Wirtschaften sein sollte. In Eppendorf wurden jährlich 5 bis 6, in Oelsnitz 14 bis 18 Fohlen im Alter von einem, zwei und drei Jahren aufgenommen und im ganzen demnach auf beiden Gütern zusammen 60 bis 70 Fohlen gehalten. Zur Bekundung ihres Interesses an den Bestrebungen des Fohlenaufzuchtvereins erwarb die Sozietät die Mitgliedschaft des Vereins mit einem einmaligen Beitrage von 300 Mark.

In der Michaelishauptversammlung 1884 referierte ein Dr. Lange von der Versuchsstation des Vereins der Spiritusfabrikanten in Deutschland über das „Unfallversicherungsgesetz in seiner Anwendung auf Brennereiarbeiter“ und empfahl den Brennereibesitzern, gemeinsam mit den Stärke-, Hefen- und Spritfabrikanten einen ganz Deutschland umfassenden Verband mit der Zentralstelle in Berlin zu bilden, von der aus durch sachverständige Vertrauensmänner die Regelung der Entschädigungsfragen zu erfolgen habe, sodaß genügende Gleichmäßigkeit in der Behandlung der einzelnen Fälle erreicht werde. Nach einer dem Vortrage folgenden lebhaften Besprechung beschloß die Sozietät, eine Aufforderung an alle in Betracht kommenden Besitzer von Brennereien im Königreiche Sachsen zu erlassen, sich für Bildung einer Reichsgenossenschaft deutscher Spiritusfabrikanten für Unfallversicherung der Arbeiter unter Voraussetzung der Bildung einer besonderen Sektion für das Königreich Sachsen zu erklären, und bei dem Kaiserlichen Reichsversicherungsamte die Einberufung einer Generalversammlung aller Brennereibesitzer Deutschlands nach Berlin, Leipzig oder einem sonst geeigneten Verkehrsmittelpunkte zu beantragen, um über die Bildung einer, das ganze Deutsche Reich umfassenden Genossenschaft für Spiritusfabriken und verwandte Betriebe Beschluß zu fassen. Die Bildung von Sektionen mit eigener Verwaltung innerhalb des Verbandes hielt man in der Sozietät für nötig, da besonders in Sachsen durch die im Brennereibetriebe bestehenden, von anderen Staaten abweichenden vortrefflichen Einrichtungen der Fabrikordnung, Fabrikinspektionen, Brennerschulen, Konzessionsbedingungen für Dampfkesselanlagen, überhaupt der gesamten Brennereikontrolle, die Anwendung niedrigerer Gefahrenklassen als irgendwo anderwärts und daher auch niedrigere Prämien berechtigt seien.

Des weiteren beschäftigte man sich in der Sozietät mit der Bildung einer Spiritusbank, um dem Kreditbedürfnisse der landwirtschaftlichen Brennereibesitzer Rechnung zu tragen und sie von der bisherigen Gepflogenheit, ihren Spiritus einer bestimmten Firma im voraus zu festen Preisen für die folgende Kampagne zuzusagen, freizumachen.

Als der Bundesrat im Jahre 1892 beabsichtigte, dem Reichstage eine Vorlage zugehen zu lassen, zur Deckung vermehrter Reichsausgaben eine Beschränkung des Spirituskontingents oder eine Herabsetzung der Verbrauchsabgabe für den in landwirtschaftlichen Brennereien gewonnenen Spiritus zu beschließen, richtete die Leipziger ökonomische Sozietät in ihrer Herbsthauptversammlung vom 15. Oktober 1892 auf Antrag des Rittergutsbesitzers Peltz in Ramsdorf einstimmig folgende Eingabe an das Ministerium des Innern: „Die Königl. Sächs. Staatsregierung zu ersuchen, sich bei dem Bundesrate dahin zu verwenden, daß bei einer notwendigen

Vermehrung der Reichseinnahmen nicht die landwirtschaftlichen Interessen durch Schädigung ihres wichtigsten Nebengewerbes, des jetzt schon darniederliegenden landwirtschaftlichen Brennereibetriebes, in erhöhte Mitleidenschaft gezogen werden“. In gleicher Weise beteiligte sich die Sozietät an allen Bittschriften, die von landwirtschaftlicher Seite über die Zollschutzgesetzgebung an den Reichstag gerichtet wurden, nachdem der betreffende Stoff durch Vortrag und Besprechung geklärt worden war.

Weiter widmete die Sozietät ihre Aufmerksamkeit dem Krankenkassengesetze und ließ besonders der Versicherung landwirtschaftlicher Arbeiter erhöhte Berücksichtigung zuteil werden.

Gemeinsam mit dem Landwirtschaftlichen Kreditvereine im Königreiche Sachsen und der Ökonomischen Gesellschaft zu Dresden stiftete die Leipziger Sozietät im Jahre 1888 die Mittel für die Studienreise des Dr. Platzmann in Sayda nach dem Großherzogtume Baden, um daselbst an Ort und Stelle die Einrichtungen der Raiffeisenschen Darlehnskassen einer genauen Untersuchung und Prüfung zu unterziehen und darnach ähnliche Einrichtungen für Sachsen in die Wege zu leiten. Vielfache Klagen waren aus der Mitte der landwirtschaftlichen Bevölkerung unseres engeren Vaterlandes über die mangelnde Organisation des Personalkredits laut geworden. Die Handschulden waren in jener Zeit allgemein sehr hoch, und viele Landwirte konnten nicht mehr über den Ankauf ihres Wirtschaftsbedarfes und über den Verkauf ihrer Erzeugnisse frei verfügen, weil sie ihren bisherigen Lieferern von Saatfrucht, Düngemitteln und Futtermitteln, oder ihren Abnehmern von Getreide, Vieh, Spiritus ꝛc. pekuniär verpflichtet waren. Außerdem mußten sie für rückständige Zahlungen Verzugszinsen bezahlen, die den derzeitigen allgemeinen Zinsfuß nicht unbeträchtlich überstiegen. Da die in der Sozietät vereinigten Landwirte richtig erkannten, daß in den erwähnten Verhältnissen das hauptsächlichste Hemmnis für die Beseitigung des übermäßigen Zwischenhandels durch Anbahnung unmittelbaren Verkaufs oder durch Bildung von landwirtschaftlichen Konsumvereinen begründet war, so wurden die beantragten Mittel sofort bewilligt.

In gleicher Weise erfüllte die Sozietät ihre Bestimmung, gemeinnützige Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu fördern, indem sie in der Frühjahrsversammlung 1889 einen vom Kreissekretär Francke eingebrachten Antrag, 1000 Mark Beihilfe zu den Kosten für Ausübung der Düngemittelkontrolle im Jahre 1888 zu gewähren, einstimmig genehmigte. Da die landwirtschaftlichen Kreisvereine nicht in der Lage waren, den durch die Beiträge der Düngemittelfabrikanten und Düngerhändler nicht gedeckten Fehlbetrag von über 1700 Mark zu ersetzen, so lag die Gefahr nahe, daß die Einrichtung der Düngerkontrolle zum größten Schaden für unsere Landwirtschaft eingehen würde. In welchem Maße diese Einrichtung schon damals geschätzt wurde, sehen wir daraus, daß im Jahre 1888 insgesamt 471 Analysen und davon allein 215 für Landwirte des Leipziger Kreises ausgeführt wurden.

In den Neunziger Jahren beschäftigte die Mitglieder der Sozietät des öfteren der herrschende Mangel an Landarbeitern, und manche Maßregel zu ihrer Abwehr wurde empfohlen und erprobt. Bereits 1845 hörten wir über den Mangel an Knechten, Mägden und Tagelöhnern klagen, und diese Not nahm in den folgenden

Jahrzehnten ununterbrochen zu. Die stetig wachsende Industrie zog die Arbeiter infolge ihrer teils dauernd, teils zeitweilig höheren Löhne, des meistens geringeren Grades der von ihr geforderten Anstrengung bei größerer Annehmlichkeit des Lebens, die vielfach allerdings nur scheinbar ist, sowie der Gewährung größerer persönlicher Unabhängigkeit immer mehr an sich, wobei ihr das Gewerbe- und das Freizügigkeitsgesetz zu Hilfe kamen. Auch die zahlreichen öffentlichen Bauten entzogen der Landwirtschaft eine große Zahl von Arbeitern um so leichter, je schwerer und langsamer sich die Landwirtschaft entschließen konnte, höhere Löhne zu gewähren. Dazu kommt, daß die Landwirtschaft nur eine beschränkte Anzahl von Arbeitskräften dauernd zu beschäftigen vermag, aber regelmäßig zu vorübergehenden Arbeiten, die keinen Aufschub dulden, eine starke Vermehrung dieser Kräfte nötig hat, besonders zur Zeit der Heu-, Getreide-, Kartoffel- und Rübenernte. Als dann die Landwirtschaft notgedrungen immer höhere Löhne zugestehen mußte, nahm die Gesinde- und Arbeiternot trotzdem nicht ab, weil unterdessen die Industrie einen weiteren Aufschwung genommen hatte, und der Zug vom Lande nach der Stadt allgemein geworden war. Die s. g. „Leutenot", d. h. der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern, gab den Gedanken ein, das ländliche Gesinde und die landwirtschaftlichen Arbeiter zum Verbleiben dadurch zu ermuntern, daß man den Leuten für langjährige treue Dienstleistungen Auszeichnungen verlieh. Zum ersten Mal wird dies in der Sozietät von dem Erzgebirgischen Kreisvereine aus den Jahren 1874 und 1875 berichtet, und zwar händigte dieser Verein den hierzu vorgeschlagenen Dienstboten Ehrenzeugnisse ein. Im Jahre 1892 konstituierte sich unter dem Vorsitz des Sozietätsmitgliedes, Rittergutsbesitzers Dr. von Wächter auf Röcknitz, ein „Verband zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse im Königreiche Sachsen", zu dessen Vorstand das Direktorium des Kreisvereins Leipzig ernannt wurde. Die Sozietät unterstützte das Unternehmen, indem sie 500 Mark für die Organisation und die erste Einrichtung vorschußweise überwies. Diese Gründung hatte indessen keinen langen Bestand, denn noch im Oktober desselben Jahres mußte der Verband aus verschiedenen Gründen wieder aufgelöst werden.

Dem Mangel an Landarbeitern, als einer die Landwirtschaft in ihrem vitalsten Interesse berührenden Frage, wurde noch häufig, man kann fast sagen, von jetzt ab unausgesetzt in der Sozietät die größte Beachtung gewidmet; sowohl ideale wie reale Mittel der Abhilfe sind es, deren hier zu gedenken ist. In erster Linie wurde es als wünschenswert bezeichnet, ein besseres Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen; denn nichts hindert ein gutes Einvernehmen mehr, als wenn der Arbeiter sehen muß, daß er von früh bis abends nur Arbeitsmaschine ist, und daß sich um sein sonstiges Wohl niemand bekümmert. Weiter hält man es für nötig, die Leute durch Vermittelung eines kleinen Landbesitzes seßhafter zu machen. Zur Erreichung dieses Zieles wird die Einführung eines Sparsystems empfohlen, für das die Arbeiter anfänglich zwar schwer zugänglich sind, dessen Vorteile von ihnen aber mit der Zeit doch eingesehen werden. Kleine Lohnzulagen mit der Bedingung des Sparens sollen hierzu den Anfang machen. Hat es eine tüchtige Familie zu einem Morgen Land gebracht, welches der Arbeitgeber unentgeltlich bestellt, so bessert dies die Lage des Arbeiters und findet Nachahmung. Das bindet an die Scholle und

ist für die Leute wertvoller als das jährliche sogenannte Kartoffelgeld. Viel leichter tritt dann der Sohn an die Stelle des alternden Vaters, während er jetzt nur daran denkt, sobald als möglich Arbeit in der Stadt zu bekommen. Alles, was in seinen Kräften steht, soll der Landwirt tun, um die Kranken- und Wohlfahrtspflege auf dem Lande zu bessern.

Einen Hauptgrund für die Abwanderung seit lange angesessener Landarbeiterfamilien nach den Städten und den Industrieorten erkennt man ferner in der Erregung von Unzufriedenheit und der Verhetzung durch Drucksachen und sozialdemokratische Zeitschriften, die den Arbeitern unentgeltlich oder zu einem sehr niedrigen Preise in die Hände gespielt werden. Da wird einerseits der geringere Barlohn erwähnt, den der Arbeiter auf dem Lande erhält, andrerseits wird über kürzere Arbeitszeit, über die größere Unabhängigkeit und über die Möglichkeit der Teilnahme an allerhand Vergnügungen in der Stadt geschrieben. Welche Vorteile dagegen das Leben auf dem Lande und die Beschäftigung in der freien Natur bieten, wieviel billiger die zum größten Teile selbst gebauten Kartoffeln und ebenso das Obst und das Gemüse sind, darüber wird nichts gesagt. Nur immer und immer liest der Arbeiter, daß er von seinem Brotherrn ausgenutzt werde und daß seine Arbeit nicht den verdienten Lohn finde. — Bei Besprechung der Arbeiternot in der Sozietät wird daher auch mit Recht den Landwirten empfohlen, für jede ihrer Arbeiterfamilien eine gute, leichtverständliche nationale Zeitung zu halten. Dieses Opfer wird sich in vielen Fällen verlohnen, denn hat sich der Arbeiter erst einmal an diese gewöhnt, dann wird er von einer Presse, die alles in den Schmutz zieht und deren Zweck die Erregung von Unzufriedenheit ist, nichts mehr wissen wollen.

Doch nicht nur mit Rat, sondern auch mit Tat sucht die Sozietät die sog. Arbeiternot zu lindern. Dem häufigen Wechsel des Dienstes wurde sehr oft durch den Einfluß der Gesindemäkler Vorschub geleistet, für deren Geschäft dieser Wechsel natürlich von Vorteil ist. Um hier Abhilfe zu schaffen, hatte die Leipziger ökonomische Sozietät im Jahre 1899 auf ihre Kosten eine Arbeitervermittlungsstelle eingerichtet.

Allein der Arbeitermangel war noch nicht das größte Übel, von dem die deutsche Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts heimgesucht wurde. Schwerer noch hatte sie unter der ihr so verderblichen Aera Caprivi mit ihren ungünstigen Handelsverträgen zu leiden. Von Jahr zu Jahr hatte der Notstand unter den deutschen Landwirten eine weitere Verschärfung erfahren. Viele ländliche Besitzer hatten den von den Vätern ererbten Besitz, die Stätte ihrer Kindheit, verlassen müssen, weil sie trotz angestrengtesten Fleißes und der größten Sparsamkeit bei den unter die Erzeugungskosten gesunkenen Getreidepreisen nicht bestehen konnten. In dieser großen Not vollzog sich am 18. Februar 1893 die Begründung des Bundes der Landwirte, ein Ereignis, das sich, wie jetzt mit Fug und Recht behauptet werden kann, in der Folge von größter Bedeutung für die gesamte Landbau treibende Bevölkerung unseres deutschen Vaterlandes erwiesen hat. Die Sozietät hat die meisten vom Bunde der Landwirte in jenem Jahre der Not angeregten Eingaben und Bittschriften an Regierung und Reichstag nachdrücklich unterstützt.

Wenden wir uns von dem mehr nationalökonomischen und wirtschaftspolitischen

Wirken der Sozietät wieder ihrer Tätigkeit für Förderung der landwirtschaftlichen Technik zu, so ist zunächst ihrer Unterstützung der *Ausstellungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft* in Dresden 1898 und in Leipzig im Jahre 1909 zu gedenken. Welch' großer Einfluß durch diese Ausstellungen auf die gesamte Landeskultur sowohl unseres engeren wie weiteren Vaterlandes ausgeübt wird, ist allgemein bekannt. Wenn diese Ausstellungen nun auch stets aus allen Teilen Deutschlands und vom Auslande beschickt zu werden pflegen, so entspricht es doch den natürlichen Verhältnissen, wenn diese Beschickung von Seiten desjenigen Bezirks, in dem sie jeweils abgehalten werden, immer in ganz besonders reichlichem Maße geschieht. Dazu ist es allerdings für die Landwirtschaft dieses Bezirkes gewissermaßen eine Ehrenpflicht, den Besuchern ein tunlichst vollständiges Bild von allem zu zeigen, was die Landwirtschaft auf jedem der vielen Zweige ihres Betriebs zu leisten im Stande ist. Daher wurden sowohl 1898 wie 1909 von den Kreisvereinen rechtzeitig Vorbereitungen getroffen, um eine würdige Vertretung der sächsischen Landwirtschaft auf den Ausstellungen zu sichern. Auch von der Sozietät ist diesen Schauen lebhaftes Interesse entgegengebracht und dadurch ausgedrückt worden, daß sie namentlich zwei kostbare Sieger-Ehrenpreise bei der Dresdener und beträchtliche Geldpreise und größerer Beihilfen bei der Leipziger Veranstaltung für Aussteller aussetzte.

Seit dem Jahre 1891 wurden fast in jedem zweiten Jahre unter der Leitung des Leipziger Kreisvereins und in Gemeinschaft mit dem landwirtschaftlichen Institute der Universität von einer Reihe von Universitäts-Dozenten und auswärtigen Gelehrten in Leipzig *Vorträge für praktische Landwirte* gehalten. Die Vorträge haben den Zweck, dem in der Praxis stehenden selbständigen Landwirte alle diejenigen Zeitfragen kritisch vorzutragen, die für den Betrieb der Landwirtschaft technisch und wirtschaftlich von Wichtigkeit sind. Die Sozietät hat diese Vorträge dadurch unterstützt, daß sie fast jedes Mal ein freilich bisher noch nicht in Anspruch genommenes Berechnungsgeld — meistens im Betrage von 500 Mark — für die Deckung der Kosten zur Verfügung gestellt hat. Auch hierdurch hat sie sich um die Förderung der Landwirtschaft namentlich im Leipziger Kreise verdient gemacht.

In gleicher Weise haben die beiden im Bereiche des Leipziger Kreisvereins gelegenen *landwirtschaftlichen Schulen*, zu *Wurzen* und *Pegau*, sowie die *Haushaltungsschule* zu Dahlen manche Förderung von der Sozietät erfahren, indem diese immer dann hilfreich einsprang, wenn die staatlichen Mittel versagten. So wurde im Jahre 1901 dem Stipendienfonds der Wurzner Schule ein angemessener Beitrag zugeführt und ebenso die Pegauer Schule mehrmals mit ansehnlichen Beträgen unterstützt die zur Vervollständigung ihrer Einrichtungen dienten. Außerdem wurde im Jahre 1905 für je einen Lehrer der beiden Schulen ein Beitrag von 300 Mark zu den Kosten einer Reise zum Besuche der Ausstellung der Royal Agricultural Society of England in London und zur Besichtigung englischer Landwirtschaftsbetriebe zur Verfügung gestellt. Ebenso wurde im Jahre 1909 einem Landwirtschaftslehrer der Wurzener Schule die gleiche Beihilfe zu den Kosten einer wissenschaftlichen Reise nach Ungarn bewilligt. Daß die auf diesen Studienreisen erlangte Vermehrung

der Kenntnisse der genannten Landwirtschaftslehrer im Interesse ihrer Lehrtätigkeit und des Zuchtinspektoramtes liegt, das beide Herren gleichzeitig versahen, bedarf keiner näheren Begründung. Als es sich im Jahre 1900 darum handelte, in Wurzen im Anschluß an die landwirtschaftliche Schule einen *Obstbau-Mustergarten* einzurichten und die Anstellung eines Obstbauwanderlehrers zu ermöglichen, richtete der Bezirksobstbauverein Grimma und der Direktor der Wurzener Schule an die Sozietät die Bitte, das Zustandekommen der geplanten Einrichtung durch Gewährung eines entsprechenden Beitrages zu ermöglichen. Die Mitglieder der Sozietät waren sich vollständig klar darüber, daß der Obstbau ein wichtiger Zweig der sächsischen Landwirtschaft ist, und daß durch seine zweckmäßige Handhabung die Rentabilität gerade der kleineren Güter dauernd gesteigert werden kann. Aber gerade die zweckmäßige Kultur des Obstes ließ damals noch viel zu wünschen übrig. Unseren kleineren Landwirten fehlte es fast allgemein an praktischer Unterweisung. Unter der Voraussetzung, daß der Obstbaulehrer einen Teil seiner Zeit zu Demonstrationen und Vorträgen im Leipziger Kreise, den Hauptteil aber zum Unterricht an der Landwirtschaftlichen Kreisschule zu Wurzen sowie zur Abhaltung von Lehrkursen für Lehrer und sonstige Interessenten des Obstbaues, für Ausbildung von Baumwärtern usw. zu verwenden habe, bewilligte die Sozietät eine Subvention von 500 Mark. Auch die Pegauer Schule hat von der Sozietät im Jahre 1905 einen einmaligen Beitrag zur Förderung des Obstbaues erhalten. Gewiß hat sich die Sozietät durch Unterstützung dieser Schulen ein bleibendes Verdienst um die sächsische Landwirtschaft erworben, und es ist nur zu wünschen, daß diese Anstalten sich fortdauernd eines reichlichen und noch mehr und mehr anwachsenden Besuches erfreuen; denn bei der großen Zahl derjenigen jungen Leute, für die diese Schulen bestimmt sind, wird die Wohltat des Unterrichts zur Zeit immer nur verhältnismäßig wenigen zuteil.

In nicht geringerem Maße hat sich die Sozietät der Förderung der *höheren Fachbildung* angenommen. Um den Besuch der studierenden Landwirte an der Universität Leipzig zu heben und die Studierenden zu selbständigen Arbeiten anzuregen, schrieb die Sozietät in der Frühjahrshauptversammlung des Jahres 1900 auf Antrag des Ökonomierat *Francke* folgende zwei Preisaufgaben aus, deren Themata vom Direktor des landwirtschaftlichen *Institutes* der *Universität*, *Professor* Dr. Kirchner, vorgeschlagen worden waren: 1. Können die Erzeugungskosten im Betriebe der Landwirtschaft, namentlich im Königreiche Sachsen, durch vermehrte Anwendung von Maschinen vermindert werden, und in welchem Maße ist dies der Fall? 2. Wieweit haben Gründüngung und Zwischenfruchtbau als wirtschaftliche und Düngungsmaßnahmen für die Landwirtschaft des Königreichs Sachsen Bedeutung? Ohne auf den Inhalt der eingelieferten Preisarbeiten einzugehen, für deren beste Preise von je 250 Mark ausgesetzt waren, seien die weiteren Preisaufgaben genannt, die von der Sozietät in den folgenden Jahren ausgeschrieben wurden, und für welche Preise in Höhe von 200 bis 500 Mark ausgesetzt waren:

Frühjahrsversammlung 1901:

Die Produktionskosten der Milch im Bezirke des Kreisvereins Leipzig.

Herbstversammlung 1901:

1. Ist die Pferdezucht ein rentabler Zweig der sächsischen Landwirtschaft, und welche Richtung dieser Zucht ist für Sachsen am geeignetsten?
2. Über die Anwendung des Fäkaldüngers in festem und in flüssigem Zustande und des Blankenburger Düngers.

Oktoberversammlung 1902:

1. Von welchen Bedingungen ist die Rentabilität des Obstbaues in Sachsen abhängig?
2. Ist es vorteilhaft, den Umfang der Schweinehaltung im Königreiche Sachsen auszudehnen und, wenn das richtig ist, durch welche Mittel wird dies am zweckmäßigsten, auch in landwirtschaftlicher Hinsicht, erreicht?
3. Der Kampf gegen das Unkraut auf Acker und Wiese.

Nach Begutachtung der drei letztgenannten Preisaufgaben beschloß man in der Herbstversammlung 1903, zunächst von der Ausschreibung weiterer Preisarbeiten abzusehen. Wenn auch das eine oder andere Thema keine völlig befriedigende Bearbeitung erfahren hatte, so ist doch nicht zu verkennen, daß in den Arbeiten viel im Interesse der vaterländischen Landwirtschaft nutzbarer Stoff zusammengetragen worden war.

Ihr Interesse für das landwirtschaftliche Studium an der Universität Leipzig und für das diesem Studium im besonderen dienende Institut zeigte die Sozietät ferner dadurch, daß sie in ihrer Herbstversammlung 1909, dem Jahre des fünfhundertjährigen Jubiläums der Universität, die Begründung einer „Stiftung der Leipziger Ökonomischen Sozietät für Studierende der Landwirtschaft an der Universität Leipzig" beschloß, deren Zweck darin besteht, Studierenden der Landwirtschaft eine Unterstützung für das Studium oder für gute Leistungen, Fleiß und Strebsamkeit eine Auszeichnung zu gewähren. Um den Stipendienfonds auf die beschlossene Höhe von 10000 Mark zu bringen, verpflichtete sich die Sozietät, an die Stiftung jährlich, beginnend mit dem Jahre 1910 bis zum Jahre 1919, 1000 Mark zu bezahlen, und, damit die Stiftung bereits von 1910 an in Wirksamkeit treten konnte, für die Stiftung außerdem alljährlich 400 Mark, entsprechend dem späteren Zinsenbetrage des Kapitals von 10000 Mark, zur Verfügung zu stellen. Die einzelnen Stipendienbeträge wurden auf mindestens 200 Mark festgesetzt; jedoch soll der Vergebung des gesamten jährlichen Stiftungsbetrages an eine einzelne Person nichts im Wege stehen.

Wie die Sozietät die Viehzucht, den für unser dichtbevölkertes Königreich Sachsen so besonders wichtigen Betriebszweig, durch Unterstützung der landwirtschaftlichen Ausstellungen und durch einschlägige Preisarbeiten zu fördern suchte, ist bereits erwähnt worden. Reiche Mittel stellte sie auch für die *Bekämpfung der Tuberkulose beim Rindvieh* zur Verfügung, indem sie die Arbeiten unterstützte, die vom Professor Dr. Eber im Veterinärinstitute der Universität Leipzig über die Immunisierung von Rindern gegen die Tuberkulose nach dem von Behringschen Verfahren ausgeführt wurden. Das Verfahren besteht bekanntlich in einer Schutzimpfung der Kälber im Alter von einigen Wochen bis zu drei Monaten mit abgeschwächten menschlichen Tuberkeln. Welch' ein Fortschritt, wenn es gelänge, die Herden nachweislich tuberkulosefrei zu machen, wenn die Milch der Tiere, die als Säuglingsnahrung durch das Sterilisieren in ihrer Zusammensetzung und Bekömmlichkeit nachteilige Änderungen erfährt, wenn die Milch

solcher Tiere roh verabreicht werden könnte! Die Bestrebungen, das Behringsche Verfahren für die große Praxis nutzbringend anzuwenden, scheiterten bis zum Jahre 1908 an der zu kurzen Dauer des Impfschutzes. Die Möglichkeit, durch eine jährliche Wiederholung der Schutzimpfung diese Schwierigkeit zu umgehen, war bei dem bisher üblichen Schutzimpfverfahren nicht vorhanden, da die intravenöse Einspritzung lebender Tuberkelbazillen, wie sie bei dem genannten Verfahren üblich ist, von den Rindern nur in den ersten Lebensmonaten ohne Schädigung der Gesundheit vertragen wird. Im Laufe des Jahres 1908 wurden einige neue Schutzimpfverfahren und Abänderungen der bisherigen Impfverfahren bekannt, die eine beliebige Wiederholung der Schutzimpfung gestatteten, sodaß es möglich wurde, auf diese Weise die Widerstandsfähigkeit bei den geimpften Rindern längere Zeit zu erhalten. Bei der außerordentlich großen Bedeutung, die auch der kleinste Fortschritt in dem schweren Kampfe, den die Landwirtschaft beständig mit der Rindertuberkulose zu führen gezwungen ist, für die gesamte heimische Viehzucht besitzt, hielt die Sozietät die Fortsetzung der mit ihrer Unterstützung seit dem Jahre 1903 zur Prüfung der Wirksamkeit der Tuberkuloseschutzimpfungen im Veterinärinstitut der Universität zur Durchführung gelangten Versuche für geboten und bewilligte im Jahre 1908 zum dritten Male eine Beihilfe von 1000 Mark. Die in den früheren Jahren zum Abschluß gelangten Versuche hatten ergeben, daß neben der Schutzimpfung in erster Linie namentlich die Durchführung hygienischer Maßnahmen, insbesondere auch die Aufzucht der Kälber mit gekochter Milch oder mit der Milch tatsächlich tuberkulosefreier Muttertiere, eine bedeutungsvolle Rolle im Kampfe gegen die Rindertuberkulose spielt. Man hielt es daher für sehr erwünscht, die Maßnahmen, Einrichtungen und Vorkehrungen, die in verschiedenen Zuchtgebieten Deutschlands schon seit Jahren getroffen werden, und die Erfahrungen, die man gesammelt hat, zu studieren und auf unsere heimischen Verhältnisse zu übertragen. Auch zu diesen Zwecken sollten die von der Sozietät bewilligten Mittel verwendet werden.

In derselben großzügigen Weise wurden dem Universitäts-Professor Dr. Falke in Leipzig in den Jahren 1906 und 1908 die Mittel zur Durchführung von *Weideversuchen* überwiesen. Namentlich hierdurch wurde es Professor Dr. Falke ermöglicht, eingehende Forschungen über die Physiologie und Biologie der Weidegräser durchzuführen und Versuche über die zweckmäßigste Art der Weideumzäunungen anzustellen. Die Ergebnisse dieser Versuche und Forschungen sind in dem bekannten Werke Falke's „Die Dauerweiden, ihre Bedeutung, Anlage und ihr Betrieb unter besonderer Berücksichtigung intensiver Wirtschaftsverhältnisse", in 2. Auflage 1912 erschienen, veröffentlicht worden, das der Verfasser als Ausdruck seines Dankes für ihre reichliche Unterstützung der Leipziger Ökonomischen Sozietät gewidmet hat. So ist es denn auch der Sozietät mit zu verdanken, daß der Dauerweide in unseren deutschen Landwirtschaftsbetrieben mehr und mehr die ihr unter den jetzigen Wirtschaftsverhältnissen gebührende wichtige Stellung zuerkannt wird.

Weiter gewährte die Sozietät im Dezember 1911 dem *Milchkontrollvereine Otterwisch*, der vom Staate keine genügende Unterstützung erhalten konnte, die gewünschte Beihilfe zu seinen Einrichtungskosten, in der Erwartung, daß der Verein

vorbildlich wirken und die Rindviehzucht in den Bezirken Borna und Grimma fördern werde. Denn was unsere Landwirtschaft bedarf, das ist leistungsfähiges Vieh; und naturgemäß gibt die genaue Ermittelung des Ertrages jeder Kuh an Milchmenge und an Butterfett für die Beurteilnng der Leistungsfähigkeit und des Reinertrages des Einzeltieres eine weit mehr gesicherte Grundlage als die Beurteilung nach äußeren Merkmalen, den sogenannten Milchzeichen. Auf Grund der Ergebnisse des Probemelk- und Zuchtregisters kann der Einzelbesitzer seine Zucht verbessern, und diese Zuchtwahl nach Leistung in der Einzelwirtschaft bildet den Grund, auf dem später weiter gebaut werden kann. Die erforderliche Ausgeglichenheit in der Züchtung leistungsfähigen Viehes über größere Bezirke erfordert dann aber den Zusammenschluß der Landwirte zu Rindviehzuchtvereinigungen; denn in der Gemeinsamkeit der zielbewußten Arbeit liegt die Kraft. Zuchtvieh kann gemeinsam beschafft und verkauft, Stiere können im Vereine ausgetauscht werden, um Inzucht zu vermeiden. Die Auswahl der zur Zucht geeigneten, gesunden, leistungsfähigen und dem Zuchtziele entsprechenden Tiere erfolgt innerhalb des Vereins durch den Körungsausschuß, der sicherer und weniger befangen urteilt, als der Besitzer des Tieres, der Fehler leichter übersieht. In Anerkennung der großen Wichtigkeit solcher Rindviehzucht-Genossenschaften wurde im Jahre 1900 der „Herdbuchverein im Bezirke des Leipziger Kreises" auf Antrag des Geh. Ökonomierates Dr. von Wächter auf Röcknitz von der Sozietät auf fünf Jahre mit einer jährlichen Beihilfe von 1000 Mark zu den Anschaffungs- und Verwaltungskosten bedacht.

Auch dem Sächsischen Fischereivereine wurde im Jahre 1910 eine beträchtliche Unterstützung zuteil, indem ihm von der Sozietät für drei Jahre ein Zuschuß von je 400 Mark zugesagt wurde.

Auch dem Gebiete des Ackerbaues hat die Sozietät in der letzten Zeit ihr Interesse zugewandt. Außer den schon erwähnten Preisaufgaben sorgte sie durch Gewinnung anerkannter Fachgrößen zu Vorträgen für Anregung und wissenschaftliche Fortbildung ihrer Mitglieder und Gäste. Die Hauptarbeit aber bestand in der Veranstaltung von Felddüngungsversuchen. Auf Antrag des Prof. Dr. Kirchner wurden in der Herbstsitzung des Jahres 1903 unter Ausschreiben eines Wettbewerbes die Mittel für die Ansführung vergleichender Felddüngungsversuche bewilligt. Der Zweck dieser Versuche sollte im wesentlichen darin bestehen, das Interesse vor allem der kleineren Landwirte für die Anwendung künstlicher Düngemittel sowie besonders für die Ausführung vergleichender Versuche mit diesen Düngemitteln auf dem eigenen Acker zu wecken, und ferner Anleitung für die zweckmäßige Anlage und Durchführung solcher Versuche zu geben. Mit der Anordnung, der Leitung und Überwachung der Versuche sowie mit der Zuerkennung der Preise wurde ein Ausschuß betraut, in den Prof. Dr. Kirchner, Ökonomierat Mayer in Frohburg und Rittergutspächter Töpfer in Großzschocher gewählt wurden. Die bei den Versuchen im Jahre 1904 anzubauende Frucht war Hafer. Wenn auch bei den vergleichenden Versuchen mit käuflichen Düngmitteln Hackfrüchte im allgemeinen den Vorzug verdienen, weil der Ertrag der einzelnen Teilstücke einfacher festzustellen ist als beim Getreide, und weil die Wurzelgewächse für die Zufuhr käuflicher Düngemittel in der Regel besonders dankbar sind, so

mußte, weil zur Zeit der Veröffentlichung des Ausschreibens die Vorbereitungen für die Kultur der Wurzelgewächse meistens schon getroffen waren, von der Heranziehung dieser Früchte zum Versuche im Jahre 1904 abgesehen werden. Der Zweck dieser Versuche bestand im wesentlichen darin, festzustellen, ob die Verwendung

1) von Stickstoff in Form von Chilesalpeter,
2) von Phosphorsäure und Kali in Form von Superphosphat und 40 %igem Kalisalz und
3) von allen drei Nährstoffen zusammen in den genannten Formen zu Hafer,

der in der Leipziger Gegend fast niemals in Stalldünger gebaut wird, sowohl die Erträge erhöht, als auch, was das wichtigste ist, ob nach Abzug der Düngungskosten noch eine angemessene Rente gewährt. Ohne auf Einzelheiten der Ausführung und der Ergebnisse näher einzugehen, sei nur erwähnt, daß die Volldüngung in 29 von 32 Versuchen, also in rund 91 Prozent, eine zwischen 3,17 und 134,97 Mark liegende Rente pro Hektar gebracht hat. Die Rente der Volldüngung ist aber nicht nur in einzelnen Fällen sehr hoch, sondern übertrifft auch im Durchschnitt die Salpeter-, sowie die Kali-Phosphat-Düngung. Das Jahr 1904 war, weil sehr trocken, für den Hafer wenig geeignet.

Erwähnung verdient eine wissenschaftliche Arbeit des Dr. Grohmann, Assistenten an der Königlichen Wetterwarte zu Dresden, über die Beziehungen zwischen dem Maße der Niederschläge und der Wirkung der verschiedenen Düngungsarten bei obigen Haferdüngungsversuchen, deren Honorierung, Drucklegung und Verbreitung von der Sozietät übernommen wurde.

In der Herbstsitzung des Jahres 1904 wurde die Ausschreibung eines zweiten Wettbewerbs für die sorgfältige Ausführung vergleichender Felddüngungsversuche beschlossen. Als Versuchsfrucht wurde die Futterrübe bestimmt, da diesem Gewächse für die Ernährung des Nutzviehes eine immer steigende Bedeutung zukommt, und die Kenntnis derjenigen Mittel, die geeignet sind, ihre Erträge zu erhöhen, für die Viehhaltung und somit auch für den gesamten Betrieb von großer Wichtigkeit ist. Die Beantwortung der Frage, welche Wirkung die Verwendung künstlicher Düngemittel bei gleichzeitiger Zufuhr von Stalldünger, in dem die Rüben im Bezirke der Leipziger Kreishauptmannschaft fast immer gebaut werden, auf den Ertrag der Futterrüben ausübt, kommt deshalb in Betracht, weil die neuen ertragreichen Sorten dieser Kulturpflanze auch größere Ansprüche an den Nährstoffgehalt des Bodens stellen, d. h. eine reichere Düngung verlangen, um ihre Vorzüge, die höheren Erträge, entfalten zu können. Es war also anzunehmen, daß der Stalldünger in vielen Fällen nicht genügte, um die höchsten Erträge zu erzielen. Als wichtigstes Ergebnis der Versuche war die Tatsache zu verzeichnen, daß die künstlichen Düngemittel, ganz allgemein gesprochen, noch sehr stark gewirkt haben, trotzdem dem Rübenacker schon Stalldünger, und zwar teilweise in großen Mengen (bis 600 dz auf 1 ha), gegeben worden war. Diese Wirkung des Kunstdüngers war nicht nur aus den hohen Durchschnittserträgen an Wurzelmasse, sondern auch aus den hohen Beträgen für den Durchschnittsgewinn ersichtlich. In 30 von 32 Fällen, also in 94 Prozent, hatte die Volldüngung einen zwischen 11 und 444 Mark betragenden Gewinn ergeben, und nur

in zwei Fällen, d. h. in 6 Prozent aller Versuche, hat sich ein Verlust herausgestellt. Die Gewinnbeträge sind teilweise ausnehmend hoch. Wenn man durch entsprechende Düngung der Futterrüben allerdings nur im allergünstigsten Falle in den Stand gesetzt ist, die Reineinnahmen um einen Betrag von 444 Mark pro ha zu steigern, so ist wohl nichts mehr als diese Tatsache geeignet, die Bedeutung solcher Versuche zu kennzeichnen.

Durch die Ergebnisse eines dritten Wettbewerbs sollte die Frage beantwortet werden, welchen Einfluß die Anwendung bestimmter Arten von Kunstdünger auf den Ertrag des Winterweizens unter denjenigen Verhältnissen ausübt, die im Leipziger Kreise vorliegen. Auch bei diesen Versuchen hat die Volldüngung im ganzen wie im einzelnen am stärksten gewirkt und den höchsten Gewinn gebracht. Im günstigsten Falle waren durch die Volldüngung die Körnererträge um mehr als 1000 kg und die Stroherträge um fast 3000 kg erhöht worden, sodaß bei einem Preise von 200 Mark für die Tonne Körner und von 15 Mark für die Tonne Stroh ein Gewinn von 215 Mark auf 1 ha gegenüber ungedüngt erzielt wurde. Es liegt demnach im eigensten Interesse der Landwirte, sich durch Versuche auf dem eigenen Acker darüber zu unterrichten, ob sie durch Anwendung käuflicher Düngemittel die Rente ihrer Äcker, und zwar unter Umständen sehr bedeutend, zu steigern vermögen. Auch dem kleinen und kleinsten Landwirte diesen Weg zur Verbesserung seiner Lage gewiesen zu haben, bleibt ein Verdienst der ökonomischen Sozietät.

Aus ihrem erheblichen Vermögen spendete die Sozietät des ferneren beträchtliche Mittel für die Zwecke der agrargeschichtlichen Forschung. In Erledigung eines Antrages des Universitäts-Professors Dr. Lamprecht wurden auf der Herbstversammlung des Jahres 1904 der Königl. Sächs. Kommission für Geschichte, deren geschäftsführendes Mitglied der Genannte ist, eine Beihilfe von 5000 Mark für das von ihr in Angriff genommene Werk der Herstellung von Flurkarten bewilligt. Die genannte Kommission hat unter die Aufgaben, die sie sich ihren Satzungen gemäß gestellt hat, auch die Förderung der heimischen Agrar- und Siedelungsgeschichte aufgenommen und sich dementsprechend zum Ziel gesetzt, die Besiedelungsgeschichte nach der nationalen Seite hin zu klären, den allmählichen Landesausbau zu erkennen, die auch für die Gegenwart wichtigen älteren Rechtsverhältnisse und die Eigentumsverteilung der Vorzeiten aufzuhellen, die Geschichte des ländlichen Genossenschaftswesens, die Rittergutsbildung, und die Entwicklung der neueren wirtschaftlichen Wandlungen seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit wissenschaftlichen Mitteln zu erforschen. Die Aufgabe der Kommission in dieser Hinsicht ist es nun, durch Bereitstellung des Quellenmaterials die Lösung jener Fragen zu fördern. Unter denjenigen Quellen, die für die agrar- und siedelungsgeschichtliche Forschung zur Verfügung stehen, nehmen eine besonders wichtige Stellung die Flurkrokis aus der Zeit der ersten allgemeinen Flurаufnahmen des Landes, nämlich aus den Jahren 1835 bis 1842, ein. Sie sind als Basis, von der die rückwärts schreitende historische Forschung ausgeht, ein ganz einzigartiges Mittel, um die älteren Flurverhältnisse zu untersuchen. Ihre Benutzung für wissenschaftliche Zwecke ist aber, da sie auf den Bezirkssteuerämtern verstreut sind, äußerst erschwert. Außerdem aber war schon damals ihr Zustand derart, daß ihre Erhaltung recht fraglich erschien. Die Königl. Sächs. Kommission

für Geschichte hat deshalb damit begonnen, diese Krokis im Maßstabe 1 : 12000 wiederherstellen und verbessern zu lassen. Ihre Absicht geht dabei dahin, in diesen erneuerten und farbig gemachten Karten ein Material zu sammeln, das für Generationen eine Grundlage landesgeschichtlicher Forschungen abzugeben geeignet ist, sowohl für Aufgaben, die die Kommission selbst sich stellt, als auch für Aufgaben, die Vereine oder Einzelforscher zu lösen übernehmen. Zu diesen Aufgaben gehört z. B. die mit Unterstützung des Vereins für Sächsische Volkskunde, dem die Sozietät ebenfalls als Mitglied angehört, vor einigen Jahren in Angriff genommene Sammlung der Flurnamen. In Anerkennung der wissenschaftlichen Bedeutung der Tätigkeit der Kommission bewilligte die Sozietät den oben genannten hohen Betrag, da bereits die äußerste Gefahr bestand, daß die Weiterführung des begonnenen Werkes an den beträchtlichen Kosten scheitern würde.

Auf Anregung der Gesellschaft für Geschichte und Literatur der Landwirtschaft stiftete die Sozietät in der Frühjahrsversammlung 1909 den Betrag von 300 Mark zur Anbringung einer Gedenktafel an dem Geburtshause des Dr. Crusius, des bekannten Förderers der sächsischen Landwirtschaft und einstigen treuen Mitgliedes und verdienstvollen Direktors der Sozietät. Bei der im nächsten Jahre erfolgenden Enthüllung der Gedenktafel in Rüdigsdorf widmete Geh. Hofrat Prof. Dr. Kirchner als Vertreter der Sozietät dem Entschlafenen Worte der Anerkennung und Dankbarkeit.

In gleicher Weise hatte die Sozietät schon im Jahre 1900 den Plan des landwirtschaftlichen Kreisvereins Leipzig unterstützt, ein Denkmal für Rudolf Sack, den Begründer der weltbekannten Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen in Leipzig, zu errichten, indem sie eine Beihilfe von 500 Mark zusagte, in der Erwägung, daß Rudolf Sack wegen seiner hervorragenden Bedeutung ein Denkmal umsomehr verdiene, als gerade für Landwirte nur wenige Denkmäler bestehen, und dadurch doch immer Anregung zum Streben und Schaffen auf denjenigen Gebieten gegeben wird, denen der betreffende Mann angehört hat.

Das Andenken anderer großer um die Landwirtschaft verdienter Männer, wie Julius Kühn und Kellner, ehrte die Sozietät dadurch, daß sie über deren Wirken und Leben von berufener Seite (über Kühn durch Prof. Dr. Falke, über Kellner durch Dr. Volhard) Gedächtnisreden halten ließ.

Wie aus den letzten Abschnitten zu ersehen ist, hat die Sozietät beträchtliche Beträge zur Unterstützung der verschiedensten landwirtschaftlichen Unternehmungen zur Verfügung gestellt und manche wissenschaftliche Arbeit ermöglicht, die sonst wohl unterblieben wäre. Dies war ihr nur infolge ihrer sehr befriedigenden Vermögenslage möglich. Noch im Jahre 1874 hatte der damalige Sekretär Dr. Schwarzwäller gesagt, daß die Sozietät nicht sterben könne, weil sie ihren Schulden leben müsse. Diese mißliche Lage hat sich jedoch von jener Zeit ab mehr und mehr in das Gegenteil verwandelt. Durch Verkauf von Teilen ihres Möckernschen Grundbesitzes, der infolge der Ausdehnung der Stadt Leipzig als Bauareal großen Wert gewonnen hat, ist es ihr möglich geworden, nach Tilgung sämtlicher alten Schulden ein beträchtliches Kapital anzusammeln. Im Jahre 1892 wurden 5 ha Land an das Königlich Sächsische Kriegsministerium zum Preise von 50000 Mark verkauft. Nun war bekanntlich in

dem Rezeß von 1824 der ökonomischen Gesellschaft im Königreich Sachsen ein Erbrecht an dem Vermögen der Leipziger Sozietät für den Fall ihrer Auflösung zugestanden worden, und hinsichtlich der Leichschen Schenkung bestand die Bestimmung: „die Ökonomische Sozietät zu Leipzig hat sich aller Veräußerungen und Verpfändungen des Grundstücks Blatt 18 des Grundbuchs für Möckern mit Zubehör zu enthalten“. Nach eingehenden Verhandlungen kam am 21. September 1893 ein Vertrag zustande, wonach die Leipziger Sozietät der Dresdner Gesellschaft gegenüber die Zusicherung gab, die 50000 Mark, die ihr durch den Verkauf der 5 ha Land zugefallen sind, mündelsicher werbend anzulegen, von den jährlich erworbenen Zinsen bis zum Jahre 1929 1000 Mark pro Jahr zu obigem Kapital gleichfalls werbend hinzuzuschlagen und weder über das Ursprungskapital noch über das durch die jährlichen Zinszuschlagungen von je 1000 Mark samt deren Zinsen zu vermehrende Kapital ohne Vorwissen und vorher einzuholende schriftliche Zustimmung der Ökonomischen Gesellschaft im Königreiche Sachsen einseitig zu verfügen. Dieser Vertrag wurde am 22. März 1896 durch einen neuen, wenn auch ähnlichen ersetzt, als die Sozietät durch Verkauf von weiteren 9,356 ha Land an das Kriegsministerium den Betrag von 112272 Mark erhielt. In den nächsten Jahren erfolgten dann im Einvernehmen mit der Dresdner Gesellschaft noch einige weitere Landveräußerungen, sodaß das Barvermögen der Leipziger Sozietät, das aus den nach dem Vertrage vom 22. März 1896 geschaffenen Fonds (Stammfonds und Rücklagefonds) gebildet wurde, sich nach der Rechnungsaufstellung vom 31. Dezember 1906 auf 279794,85 Mark belief. Zu den einzelnen Verkaufsabschlüssen hatte die Leipziger Sozietät regelmäßig die Einwilligung der Dresdner Gesellschaft einholen müssen, was verschiedentlich zu Unzuträglichkeiten und Weiterungen geführt hatte. Um diesen Übelstand zu beseitigen und dabei den beiderseitigen Interessen Rechnung zu tragen, kam, besonders Dank den Bemühungen des Sozietäts-Direktors Kammerherrn Dr. von Frege-Welzien, am 6./10. Mai 1908 ein Vertrag zustande, der die fraglichen Verhältnisse endgültig regelte. Nach diesem Abkommen ist die Leipziger ökonomische Sozietät verpflichtet, bis zum 31. Dezember 1929 von dem jährlichen Zinserträgnisse des Stammkapitals im Betrage von 280000 Mark den vierten Teil an die Ökonomische Gesellschaft in Dresden zu entrichten, während ihr vom 1. Januar 1930 an das volle Zinseinkommen dieses Kapitals allein ohne irgend welche Beschränkung zusteht. Das Stammkapital von 280000 Mark jedoch hat die Leipziger Ökonomische Sozietät stets in voller Nominalhöhe und mündelsicher angelegt zu erhalten und kann darüber weder ganz noch teilweise verfügen. Hinsichtlich des unbeweglichen Vermögens der Leipziger ökonomischen Sozietät bleibt die rechtliche Grundlage, wie sie durch den Rezeß am $\frac{\text{1. September 1824}}{\text{28. März 1825}}$ geschaffen worden ist, grundsätzlich unberührt. Es gilt daher die durch Eintragung in das Grundbuch gesicherte Bestimmung, daß die Leipziger Ökonomische Sozietät nicht ohne Zustimmung der Ökonomischen Gesellschaft im Königreiche Sachsen über ihren Möckernschen Grundbesitz verfügen darf, und daß dieser unter bestimmten Voraussetzungen der ökonomischen Gesellschaft anheimfällt. Diese verpflichtet sich jedoch, die Verfügungsbeschränkung nicht in Wirkung treten zu lassen,

mithin zu einer das Grundstück Blatt 18 für Möckern betreffenden Veräußerung die grundbuchmäßig erforderliche Zustimmung zu geben, wogegen die Leipziger Sozietät zu der Gegenleistung verpflichtet ist, den ihr aus der Veräußerung zufallenden Kaufpreis nach Abzug aller Unkosten mündelsicher anzulegen und der Dresdner Gesellschaft den vierten Teil des jährlichen Zinserträgnisses auf die Dauer von 25 Jahren, je vom Datum des betreffenden Verkaufs an gerechnet, zu überweisen. Die Dresdener Gesellschaft darf ihre Zustimmung zur Veräußerung nur versagen, wenn sie den Kaufpreis für zu niedrig hält. In diesem Falle entscheidet ein Schiedsgericht endgültig über die Frage, ob der Kaufpreis hinter dem Zeitwerte des Kaufgegenstandes wesentlich zurückbleibt oder nicht. Durch diesen beiderseits unkündbaren Vertrag ist das Verhältnis der beiden Sozietäten in bezug auf den Möckernschen Grundbesitz klar festgelegt und so der Grund verschiedentlicher Uneinigkeiten beseitigt worden. Die Beziehungen beider Gesellschaften sind seit jener Zeit durch keinen Mißton wieder getrübt worden.

So sind wir denn am Ende der 150-jährigen Geschichte der Leipziger Ökonomischen Sozietät angelangt. Wir haben die Vereinigung begleitet in ihren guten und ihren trüben Zeiten; wir haben die Sozietät in hoher Blüte, im Zustande des Hinwelkens und des Wiedererwachens gesehen. Durch 150 Jahre ist sie bald mit mehr, bald mit weniger Erfolg bestrebt gewesen, ihrem Stiftungszwecke getreu, den „Nahrungsstand“ zu heben. Das Zugeständnis, alle Zeit das Beste gewollt zu haben, ist ihr freudig zu machen, trotzdem ihre Mittel oft auch nur gering waren.

Jetzt, am Schlusse der ersten 150 Jahre, kann sie stolz und zuversichtlich in die Zukunft blicken. Fest, auf reiche Mittel gestützt, wird sie in der Zeiten Flut nicht untergehen, ein stetiger Bestand ist ihr gesichert. Und blicken wir auf die Männer, die heute zu ihr gehören, die ihr schon seit Jahren in uneigennütziger Weise ihre Kräfte gewidmet und Bedeutendes geleistet haben, so wird uns die Gewißheit, daß die Sozietät, in alten Bahnen fortschreitend, weiterwirken wird zum Segen unserer vaterländischen Landwirtschaft.

Verzeichnis der Direktoren der Ökonomischen Sozietät in Leipzig.

(Die Jahreszahlen bedeuten das Jahr der Wahl.)

1764 Kurfürstlicher Kabinetsminister und Staatssekretär Johann Georg Friedrich Graf von Einsiedel auf Gersdorf.

1770 Konferenzminister von Wurmb.

1774 Kabinetsminister und Staatssekretär Graf Sacken.

1777 Konferenzminister und wirklicher Geheimrat Reichsgraf Detlev von Einsiedel auf Wolkenburg.

1810 Konferenzminister und Wirklicher Geheimrat Peter Karl Wilhelm Graf von Hohenthal.

1817 Kabinetsminister und Staatssekretär Detlev Graf von Einsiedel.

1817 Kreishauptmann Alexander von Einsiedel auf Priesnitz (Vorsitzender des Leipziger Kreisvereins und der ökonomischen Gesellschaft im Königreiche Sachsen.)

1819 Professor Dr. Rosenmüller } in Leipzig

1820 (provisorisch) Prof. Dr. Ribbe } in Leipzig

1821 Hofrat Mahlmann } in Leipzig

1826 Kammerrat Christoph Heinrich Ploß } in Leipzig

1831 Dr. Crusius auf Sahlis.

1858 Kammerherr von Watzdorf auf Störmthal.

1880 Kammerherr Dr. von Frege-Weltzien auf Abtnaundorf.

Literatur.

1. Protokolle, Akten, Druckschriften, Zeitungsberichte ꝛc. der Leipziger ökonomischen Sozietät.
2. Gretschel und Bülau, Geschichte des Sächsischen Volkes und Staates, Bd. III. Leipzig 1853.
3. Gebauer, Die Volkswirtschaft im Königreiche Sachsen. 1. Band. 1893.
4. Nobbe, Die Landwirtschaftlichen Versuchsstationen, Bd. XXIII. 1877.
5. Ende, Die ökonomische Gesellschaft im Königreiche Sachsen. Dresden 1884.

Inhaltsverzeichnis.

Lebenslauf.

Ich, Karl Kohlsdorf, evangelisch-lutherischer Konfession, wurde am 13. Februar 1883 zu Steinbach (Amtshauptmannschaft Borna) als Sohn des verstorbenen Freigutsbesitzers Karl Kohlsdorf geboren. Den ersten Unterricht erhielt ich in der Schule meines Heimatsortes. Von 1896 an besuchte ich das Realgymnasium in Borna, das ich nach neunjährigem Besuche mit dem Maturitätszeugnisse verließ. Vom 1. April 1906 ab genügte ich meiner Militärpflicht beim 5. Königl. Sächs. Infanterie-Regiment „Kronprinz“ Nr. 104. Von Ostern 1908 bis Michaelis 1911 studierte ich Landwirtschaft an der Universität Leipzig und legte 1910 die landwirtschaftliche Diplomprüfung ab. Vor und nach meiner Studienzeit war ich praktisch in der Landwirtschaft tätig.


COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
0021104433



END OF
TITLE